Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 262. Donnerstag, 10. November 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der weise Storch.

„Austen Chamberlain hat sich lange genug in Locarno ausgeruht. Es nützt ihm nichts, weiter an den Ufern des Lago Maggiore zu stehen wie ein weise aussehender Storch, nur weil er dort eine Forelle gefressen hat." Diese Kennzeichnung, die Lloyd George in seiner letzten Rede der Amtstätigkeit des Herrn Chamberlain angedeihen läßt, ist selbstverständlich das Produkt des englischen Wahlkampfes. Und man weiß zur Genüge, wie man Erklärungen und Reden, die im Verfolg eines Wahlkampfes sich Gehör verschaffen, zu werten hat. Lloyd George ist der größte Rivale Chamberlains bei den kommenden Wahlen. Es darf daher nicht wundernehmen, daß er das schwerste Geschütz gegen seinen Gegner auffährt. Zu klären bleibt allerdings die Frage, ob das Pulver, das Herr Lloyd George verschießt, auch echt ist. Oder ob es nur Lärm machen soll, Agitation, Wahlkampf. Immerhin haben wir Deutsche das, was Herr Lloyd George in seiner letzten Sitzung zu sagen hatte, mit der größten Sorgsamkeit festzuhalten. Denn er beschäftigte sich auch in seiner Abwehr gegen Chamberlain mit Dingen, die uns sehr nah am Herzen brennen. Die Beleuchtung, die er diesen Dingen gibt, ist bedeutsam, da Lloyd George schließlich nicht nur der Führer der englischen Liberalen ist, sondern auch der offizielle Lenker der englischen Politik im Weltkriege war. Was besagt, daß das, was er kundgibt, aus einer Quelle stammt, die man als nicht unbefugt hinstellen kann. In seiner letzten Rede verlas Lloyd George auch den Wortlaut des Schreibens, das den deutschen Delegierten vor Unterzeichnung des Friedensvertrages gesandt wurde. In diesem Schreiben wird, wie Lloyd George ausdrücklich betont, erklärt, daß die Alliierten die Entwaffnung Deutschlands nicht allein fordern, um Deutschland die Wiederaufnahme seiner „aggressiven Politik" unmöglich zu machen, sondern weil sie in ihr gleichzeitig auch den ersten Schritt zu einer allgemeinen Herabsetzung der Begrenzung der Rüstungen der ganzen Welt erblickten. Will noch jemand nach dieser Mitteilung eines der führendsten Männer der einstigen Entente-Welt abstreiten, daß die Abrüstung der ganzen Welt eine der Voraussetzungen war, unter denen der Friedensvertrag überhaupt unterschrieben wurde? Will noch jemand leugnen, daß Deutschland das moralische und schließlich auch juristische Recht hat zu verlangen, daß dieser Verpflichtung des Friedensvertrages Rechnung getragen wird? Lloyd George gibt im Verlauf seiner Rede ein klares Bild darüber, wie die Entente-Welt die aus dem Friedensvertrag sich ergebende „rechtliche Verpflichtung" bisher erfüllt hat: „Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien sind entwaffnet, sie verfügen zusammen über keine 300 000 Mann mangelhaft ausgerüsteter Soldaten. Die Alliierten dagegen können im Augenblick noch über 10 Millionen Soldaten aufstellen, die besser ausgerüstet sind als ihre Armeen im Jahre 1914. Sie haben ihre Armeen nicht um eine einzige Division, nicht um eine einzige Flugzeugstaffel, nicht um eine einzige Batterie verringert." Lloyd George bezeichnet diese Tatsache als gleichbedeutend mit der Nichtachtung eines feierlich gegebenen Versprechens. Wir in Deutschland haben keine Ursache, dieser Kennzeichnung eines Wortbruches etwas entgegenzusetzen. Wenn schließlich Lloyd George Chamberlain zum Vorwurf macht, daß er Locarno als ein nunmehr abgeschlossenes politisches Ziel betrachte, und nicht als einen Schritt, dem weitere Schritte zu folgen hätten, so wird es in Deutschland wohl wenige Menschen geben, die Lloyd George aus dieser Behauptung einen Vorwurf machen könnten. Was der ehemalige Führer Englands im Weltkriege in seiner Geißelung der Politik Chamberlains zu sagen hatte, war eine restlose Vertretung des deutschen Standpunktes. Wir danken es ihm. Knüpfen aber an diesen Dank die Hoffnung, daß er, sollte er als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen, auch die Folgerungen aus dem zieht, was er als Recht und einer englischen Politik würdig hinstellt.

*

Französischer Rechtfertigungsversuch.

Bekanntlich hat in seiner letzten Rede Lloyd George auch das Schreiben verlesen, das die alliierten Regierungen noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages Deutschland zustellten und worin sie erklärten, daß sie die Abrüstung Deutschlands auch als den ersten Schritt zu einer Abrüstung der anderen Nationen ansehen würden. Lloyd George hat im weiteren Verlauf seiner Rede festgestellt, daß dieses Versprechen von den alliierten Staaten nicht erfüllt wurde, daß sie nicht nur nicht abgerüstet hätten, sondern auch ihre Armeen auf einen höheren Stand gesetzt hätten als den von 1914. Lloyd George definierte abschließend dieses Verhalten der Alliierten als einen Wortbruch. Diese Rede hat anscheinend in Frankreich den allerunangenehmsten Eindruck hervorgerufen. Das lebhafte Geschrei der französischen Presse erinnert unwillkürlich an das deutsche Sprichwort: Der getroffene Hund bellt. Er bellt hier recht laut. Denn man höre: der Pariser „Excelsior" läßt die Oeffentlichkeit wissen, daß die französische Regierung eine Note veröffentlichen werde, durch die die „beträchtliche Verminderung der Truppenbestände und militärischen Ausgaben zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht werden sollten, die Frankreich während der letzten Jahre aus eigenem Antrieb vorgenommen habe". Der „Excelsior" und die Herren der französischen Regierung dürfen überzeugt sein, daß die Weltöffentlichkeit mit dem allergrößten Interesse die Angaben prüfen wird, die eine angebliche Reduzierung der französischen Heeresstärke beweisen könnten. Vergegenwärtigt man sich den neuen französischen Heeresetat, den neuen Verteidigungsfestungsgürtel an der Grenze, die Einbeziehung der gesamten französischen Wirtschaft in das Bereich der militärischen Mobilisierungsbehörden, so müßte es schon die größte und gerissenste Kunstfertigkeit erfordern, um aus einer Aufrüstung der Welt eine Abrüstung glaubhaft zu machen. Wenn der „Excelsior" in seiner Polemik gegen Lloyd George dessen Darstellungen als „unbewiesene Behauptungen" bezeichnet, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß diese „unbewiesenen Behauptungen" aus dem Munde eines der offiziellen Führer der ehemaligen Entente-Welt stammen.

Zum Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz.

vdz. **Berlin.** Der **Reichstagsausschuß für Wohnungswesen** beschäftigte sich am Dienstag mit den beiden

Gesetzentwürfen über Abänderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes.

Abg. **Lipinski** (Soz.) trat für die Schaffung eines dauerhaften sozialen Mietrechts ein, also für eine Aenderung des BGB. selbst. Die Herausnahme der großen Wohnungen und der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft habe schwerste Folgen gehabt. Die Mieter würden der Exmission und dem Wucher seitens der Hausbesitzer ausgesetzt und müßten, wenn sie überhaupt eine Wohnung bekämen, dem früheren Inhaber nicht nur die Umzugskosten, sondern auch alle Reparaturkosten ersetzen.

Abg. **Hellein** (Komm.) schilderte die Notlage auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Der hohen Mietssteigerung stehe nur eine geringe Lohnerhöhung gegenüber.

Reichsjustizminister Hergt

wandte sich gegen das Verlangen, schon heute die ordentliche Gesetzgebung im Bürgerlichen Gesetzbuch im Sinne der geltenden Notgesetze umzugestalten, was eine Verewigung des heutigen Notrechts bedeuten würde. **Zunächst müsse Deutschland aus der Wohnungsknappheit heraus sein,** dann erst könne die Frage erwogen werden, ob und inwieweit eine Aenderung des Bürgerlichen Gesetzbuches zweckmäßig und geboten sei.

Der Minister erläuterte nochmals die Gründe, die zu dem vorgeschlagenen Kündigungsverfahren geführt hätten. Im wesentlichen handele es sich nur um eine Vereinfachung eines bisher umständlichen, schwerfälligen und kostspieligen Verfahrens. Die Vorlage stelle ein Kompromiß dar, das auch dem Mieter wertvolle Vorteile bringe.

Zum Schluß verwies der Minister auf die bereits von der Regierung abgegebene Erklärung, wonach **die gesetzliche Miete weder am 1. April 1928 noch überhaupt in absehbarer Zeit erhöht werden solle.**

Abg. **Beuthien** (DVp.) führte aus, die Tendenz seiner Partei gehe nach wie vor dahin, **den Zwang abzuschaffen.** Aber zur Zeit sei bei der Lage des Wohnungsmarktes eine radikale Aufhebung der Schutzgesetze noch nicht möglich, was u. a. auch die Wohnungszählung bewiesen habe. Die Deutsche Volkspartei habe beantragt, das Wohnungsmangelgesetz am 1. April nächsten Jahres außer Kraft zu setzen. **Der beispiellose Bürokratismus der Wohnungsämter müsse beseitigt werden.** Der Antrag der Deutschen Volkspartei wolle aber den Ländern das Recht lassen, die materiellen Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes **ganz oder teilweise in solchen Gemeinden aufrechtzuerhalten, wo ihre Anwendung noch nötig sei.**

Abg. **Steiniger** (Dnat.) erklärte gleichfalls **Schutzbestimmungen für die Mieter für notwendig,** solange Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt sich nicht einigermaßen deckten. Die Sozialdemokraten hätten in Berlin ein großes Wohnungsbauprojekt abgelehnt. Wollten sie wirklich das Ausnahmerecht verewigen?

Abg. **Silberschmidt** (Soz.) war der Ansicht, daß am **Mieterschutz nichts geändert werden dürfe.** Solange die Erlangung von Wohnungen öffentlich-rechtlich geordnet werden müsse, dürfe auch die Kündigung nicht einfach dem Privatrecht überlassen werden. Gesundheit, Sittlichkeit und Sparsamkeit als zentrale Kulturvoraussetzungen der Nation müßten die Richtlinien bei der Neuordnung des Wohnrechts bilden. **Ueber dem Mieter dürfe nicht immer das Schwert der Kündigung schweben.** Die Wiederherstellung des früheren Rechtzustandes der völligen Freiheit des Besitzenden würde unerträglich sein. Die Geburtenverminderung sei eine Folge der Wohnungsnot, sie bilde das Menetekel für den individualistischen Materialismus auf dem Gebiete des Wohnrechts. Heute müsse das Wohnungsrecht so umgestaltet werden, daß aus der Wohnung wirklich ein Heim werde.

Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

*

Der Reichsjustizminister über die Wohnungszwangswirtschaft.

vdz. In der im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen fortgesetzten Beratung der Regierungsvorlagen und Anträge der Fraktionen über kleine Abänderungen des Mietrechts nahm auch der **Reichsjustizminister Hergt** das Wort, um seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß die Vorlagen sowohl von Seiten der Mieter wie auch der Haus- und Grundbesitzer angegriffen worden seien. Daß sich die Mieterkreise nicht für die Vorlage aussprächen, sei immerhin noch verständlich, weil es sich um eine Lockerung der Zwangswirtschaft handle. Die scharf ablehnende Haltung der Haus- und Grundbesitzerorganisationen aber sei vielleicht nur auf taktische Gründe zurückzuführen, weil diese Organisationen es vermutlich als richtig betrachteten, möglichst weitgehende Forderungen aufzustellen. **Die Regierung könne aber die Forderungen weder der einen noch der anderen Seite zur alleinigen Grundlage ihrer Entschließungen machen.** Nach ihrer Ansicht sei die Zeit für die Einführung des in der Vorlage vorgesehenen **etwas gelockerten Kündigungsverfahrens** durchaus gekommen, und diese Neuregelung sei auch für den Mieter keineswegs gefährlich.

Grundsätzlich sei über die Zwangswirtschaft als Auffassung der Reichsregierung festzustellen, daß jede Zwangswirtschaft das durch die Verfassung gewährleistete Eigentumsrecht und die ebenfalls garantierte Vertragsfreiheit beeinträchtige. Sie lähme, wie sich im Kriege und in der Nachkriegszeit gezeigt hat, die Privatinitiative rufe Unsicherheit und Verärgerung hervor und wirke nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft ein. Mißlich sei ferner der mit jeder Zwangswirtschaft verbundene **große Verwaltungsapparat** sowie die nicht zu leugnende Versuchung einer mißbräuchlichen Benutzung solcher Einrichtungen. Alles dies gelte in besonderem Maße für das Wohnungswesen. Da käme die Unlust des Privatkapitals zum Ausdruck, Geld für Bauzwecke herzugeben, woraus wieder die stockende Neubautätigkeit folge mit ihren Nachteilen für die mit der Bautätigkeit in Verbindung stehenden Handwerksbetriebe, der Diskreditierung des Vermietergewerbes usw. **Allerdings sei die Zeit zu einer völligen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft noch nicht gekommen. Immerhin müsse dem Ziele der freien Wirtschaft schrittweise zugestrebt werden.** Durch die Wiedereinführung des Kündigungsbegriffs werde der Grundsatz des Privateigentums des Hausbesitzers wieder stärker und in programmatischer Form betont.

Die Debatte wird heute Donnerstag fortgesetzt.

Aus dem Rechtsausschuß des Landtags.

Der Rechtsausschuß des Landtags trat am Dienstag noch in die Beratung der von den verschiedensten Parteien gestellten Anträge wegen

Lockerung der Zwangswirtschaft, Mieterhöhungen, Mieterschutz, Schiedsgerichte

ein. Der Vertreter des Wohlfahrtsministeriums Ministerialrat Röntzsch erklärte es als sicher, daß im Jahre 1928 eine weitere Erhöhung des gesetzlichen Mietzinses nicht eintreten werde, verteidigte die in Sachsen beschlossene Lockerung der Zwangswirtschaft, die hinter der Lockerung in Preußen, wo doch die Sozialdemokraten maßgebenden Einfluß in der Regierung haben, und in anderen Ländern zurückgeblieben sei. Der Vertreter des Justizministeriums, der um Vertagung der Materie gebeten hatte, da gerade im Reiche Beratungen auf diesem Gebiete stattfänden und noch nicht alles Material geprüft sei, behielt sich eine sachliche Stellungnahme für später vor.

Der Abg. Dr. **Kastner** gab den demokratischen Anträgen folgende Fassung: „Bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß in Mietsangelegenheiten das Schiedsgerichtsverfahren in weitestem Umfange ausgebaut und mit verpflichtender Wirkung ausgestaltet wird, ferner daß, unbeschadet der Aufhebung oder Lockerung der Zwangswirtschaft, eine grundsätzliche Aenderung des allgemeinen Mietrechts dahin eintritt, daß dem Mieter, der seine Verpflichtungen gegenüber dem Vermieter erfüllt und insbesondere eine angemessene Miete zahlt, nur dann gekündigt werden darf, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt, endlich in § 4 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung vom 6. April 1927 noch einzufügen: „und ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt."

Der Abg. **Bünger** (DVp.) stellte den Antrag, die Regierung zu ersuchen, die Einrichtung und die Tätigkeit der im Entstehen begriffenen, aus Vertretern der Interessentenkreise zusammengesetzten freiwilligen Schiedsgerichte, die sich zur Aufgabe machen, die aus der Lockerung der Raumzwangswirtschaft für die Mieter entstehenden Härten durch Herbeiführung einer gütlichen Einigung zu beseitigen, auf jede Weise zu fördern, insbesondere durch Empfehlung der Schiedsgerichte in der Oeffentlichkeit und bei den Rechtsuchenden, Raterteilung bei schwierigen Rechtsfragen, Bereitstellung von Verhandlungsräumen und dergleichen.

Von dem Vertreter der Sozialdemokratie und dem Aufwertler wurden noch weitere Anträge gestellt. Das Justizministerium erklärte auf Befragen, auch zu dem Antrage der Aufwertungspartei heute keine Stellung nehmen zu können. Mit Rücksicht hierauf beschloß der Ausschuß, die Verhandlung nochmals zu vertagen.

Es folgte der Antrag Arzt (Soz.) auf eine

grundlegende Reform des Ehescheidungsrechts und des ehelichen Güterrechts.

Frau **Schlag** begründete den Antrag. Abg. **Bünger** (DVp.) sprach sich in begrenztem Umfange für den Antrag aus. Der Vertreter der Regierung, Ministerialrat Dr. Gutmann, bezeichnete eine Reform des Ehescheidungsrechts und des ehelichen Güterrechts als erwünscht, erklärte aber, zu den einzelnen mündlich dazu geäußerten Wünschen keine Stellung nehmen zu können. Abg. Dr. **Wagner** (Dnat.) sprach sich dagegen aus, fortgesetzt Materien der Reichsgesetzgebung zum Gegenstand der Verhandlungen des Landtags zu machen. Im Reichstage seien die Fragen schon im Ausschuß eingehend durchgesprochen worden. Das sächsische Volk sei durch seine Reichstagsabgeordneten in Reichsangelegenheiten vertreten. Solche Beschlüsse des Landtags hätten auch keinerlei Wirkung auf den Gang der Reichsgesetzgebung. Der Landtag gäbe, indem er sich fortgesetzt mit **Reichssachen**

SLUB Wir führen Wissen.

Beschäftige, nur zu erkennen, daß sein eigentlicher Aufgabenkreis klein sei und ihn nicht voll zu beschäftigen vermöge. Die Landtage gewännen nichts, wenn in ihnen vorwiegend nur wiedergekaut würde, was im Reichstage verhandelt werde. Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Arzt mit Mehrheit angenommen.

Zum Reichsschulgesetzentwurf

sprachen in dem Aufklärungsabend, den der Christliche Elternverein Riesa u. Umgegend gestern in der Elbterrasse veranstaltete, die Herren Oberlehrer Kühn aus Dresden und Lehrer Kabisch aus Leipzig. Einleitend begrüßte Herr Obersekretär Bergmann alle Mitglieder und Freunde der christlichen Schule, besonders aber die beiden Redner; daran knüpfte er eine selbsterlebte Feldzugsepisode, wo das kleine Häuflein einer Kompanie im Kampfe gegen eine starke Uebermacht von Führerseite mit einem „Haltet aus!" aufgemuntert wurde. Das rufe er auch heute der christlichen Elternschaft zu, die ringsum von Feinden umgeben sei.

Herr Oberlehrer Kühn betrachtete die Bedeutung des 9. November in staats-, wirtschafts- und kulturpolitischer Hinsicht. Nichts von der vorhergesagten Freiheit sei in Erfüllung gegangen, und namentlich die kulturpolitische Lage habe sich besonders verschlechtert. Daß es im Schulwesen, das zur Zeit des Kultusministers Fleißner sehr im argen lag, etwas besser geworden sei, verdankten wir den Rechtsparteien, die bestrebt sind, den verwirrten Verhältnissen ein Ende zu bereiten. Das Ziel der jetzigen Regierung sei die kulturelle Eroberung und die Erziehung in nationalem Sinne. Sie sei an eine Regelung des Schulwesens für das gesamte Reich herangetreten und habe in dem Reichsschulgesetzentwurf den Wünschen der beiden maßgebenden Faktoren, Staat und Elternschaft, entsprechend Rechnung getragen. Der Gesetzentwurf stehe in keinem Widerspruch mit der Reichsverfassung, in der den Eltern Rechte zugestanden seien, was dankbar anerkannt werden müßte. Jede frühere Regierung hätte ebenfalls die Pflicht gehabt, eine Regelung des Schulwesens vorzunehmen. Bereits 1921 wurde von der Regierung ein Schulgesetzentwurf von dem Sozialdemokraten Schulze eingebracht, der die Gemeinschaftsschule als Regelschule hinstellte. Eigentümlicherweise waren es damals dieselben Kreise, die auch heute gegen den Entwurf sind. Der zweite Entwurf kam 1925, mußte aber infolge des Austretens der Deutschnationalen aus der Regierung zurückgezogen werden. Ein dritter Entwurf von Dr. Külz, der wieder die Gemeinschaftsschule bevorzugt haben wollte, ist nicht an die Oeffentlichkeit gekommen. Nun kommt der vorliegende Entwurf, den die Regierung als geeignete Grundlage für endgültige Regelung ansieht. Der Redner erörterte alsdann die Frage, wie es komme, daß es bisher nicht gelungen sei, aus den wirren Verhältnissen herauszukommen. Durch die Weimarer Verfassung ist das Volk zerrissen worden. Man hat 1919 versucht, es in eine unzweckmäßige Schule hineinzuführen. In unseren alten Schulen war die Verfechtung von Thron und Altar ein Vorzug der Regierung. Der jetzige Schulkampf hat zum Ziele entweder die Welt des Marxismus oder die deutsche Kulturerziehung. Das letzte Ziel der Gegner dieses Entwurfes ist die weltliche Schule, hinter der sich die Erziehung zum Marxismus und seiner Idee verbirgt. Die aufgestellte Behauptung, daß wir eine Einheitsschule haben, ist ein Irrtum. Kulturpolitisch gibt es für uns nur zwei Möglichkeiten: weltliche Schule und Bekenntnisschule. Das ist bei einer gesetzlichen Regelung der Schulen in Sachsen zu beachten. Der Staat sind wir, und er muß auch die Anschauungen von uns in Betracht ziehen. Er schöpft den Kulturwillen aus der Organisation der Elternschaft, die sich zusammengeschlossen hat und auf deren Mitwirkung er zurückgreifen muß. Kulturpolitisch ist die Gemeinschaftsschule nicht möglich, sie ist nur eine Schule des Uebergangsstadiums. Wir wollen eine gerade Linie in unsrer Kulturpolitik haben. Gebt dem Staate, was ihm gehört, und den Eltern, was ihnen ist. Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht Geistliche oder Lehrer in den Religionsunterricht einen Einblick nehmen sollen. Der Keudellsche Entwurf steht durchaus auf dem Boden der Verfassung und der Weltanschauung des Volkes. Der Kampf der christlichen Eltern geht um ihre Anschauungen und um die Erhaltung der vaterländisch-christlichen Ziele unserer Jugend. Durch ihn wird erreicht werden, daß an dem Aufbau unseres Vaterlandes zum großen Teil beigetragen worden ist.

Herr Lehrer Kabisch knüpfte an die vom Vorredner zum Ausdruck gebrachten Gedanken über Einheit und Einigkeit im Volke an und betonte, daß, solange eine Einigkeit nicht vorhanden ist, an eine Einheitsschule nicht zu denken sei! Auch der Gedanke an eine Volksversöhnung sei recht fraglich, zumal wenn ein schwächerer Gegner vorhanden ist. Es sei nur an das Rüsten in anderen Ländern gedacht. Wollte man sich versöhnen, dann müsse auch dort abgerüstet werden. Volksversöhnung könnte man finden, wenn das Deutsche Volk sich untereinander nicht bekämpfe in Parteizerklüftung. Selbst die Linksparteien bekämpfen sich untereinander in der Schulfrage und sind sich nicht klar über die Einheitsschule. Mit zweierlei Maß werde gemessen, das konstatierte der Redner an einer Hindenburgfeier in seiner Schule im Gegensatz zur vorherigen Beethovenfeier. Die Zuhörer wurden alsdann in Einzelheiten des Keudellschen Gesetzentwurfes eingeführt, mit dem der Bildungsausschuß des Reichstages seit kurzem sich beschäftigt. Vor dem Kriege seien unsre Schulen vorbildlich gewesen, die Gefühle Andersdenkender sind da nicht verletzt worden. In der Reichsverfassung sei nur von der Grundschule die Rede, nichts stehe darin zu lesen von einer Gemeinschaftsschule oder daß es eine Regelschule geben solle. Es sei berechtigt, daß alle drei vorgesehenen Schularten nebeneinander bestehen könnten. Die Behauptung, daß es in Deutschland 580 verschiedene Religionsgesellschaften geben solle, ist ebenso unrichtig wie die von Gegnern aufgestellte Kostenberechnung, da sich eine solche überhaupt noch gar nicht feststellen läßt. In Leipzig habe man gesagt, daß 10 Millionen Mark erforderlich seien. Das Schulamt hat jedoch nur 1 Million errechnet. Die Gegner nehmen immer das zehnfache an und schließen die Kosten für Neubauten ein, die sich sowieso erforderlich machen. Aehnlich liege es ja auch in anderen Städten. In Sachsen gibt es nur 10 Religionsgesellschaften. Von diesen kämen nicht alle in Frage, es würden sich verschiedene Gesellschaften zusammenschließen, die sehr wohl in einer Schule nebeneinander bestehen könnten. Der Unterricht auf religiös-sittlicher Grundlage ist ein dehnbarer Begriff. Auch die christlichen Lehrer sind für Fortschritte in dogmatischen Fragen, aber nur in gegebener Weise. Sie sind ferner der Meinung, daß mangels Wehrkraft in der körperlichen Ertüchtigung der Jugend heute mehr als früher getan werden müsse, nur dürfe nicht über das Maß hinausgeschossen werden. Die Bekenntnisschule liege ihnen besonders am Herzen; nicht nur evangelische Kinder, sondern auch andere sollen mit hineingenommen werden. An diesen Schulen müssen in erster Linie Lehrer mit Bekenntnis unterrichten. Redner äußerte sich dann zum Unterrichte in der weltlichen Schule, die keinen Religionsunterricht kenne, sowie zur Antragsstellung auf eine bestimmte Schule und zur Hinzuziehung eines Vertreters der Religionsgesellschaften in den Schulausschuß, wobei zwischen Aufsicht und Einsicht zu unterscheiden sei. Ein Schulrat, der aus der Kirche ausgetreten sei, könne doch unmöglich zur Uebernahme des Religionsunterrichtes berufen sein. Lehrbücher und Lehrplan müssen von der Religionsgesellschaft im Einverständnis mit dem Staate festgelegt werden. Bei der staatlichen Hoheit soll es bleiben, eine geistliche Schulaufsicht wie früher ist gar nicht ins Auge gefaßt. Für Sachsen sei der Charakter der Schulform noch nicht entschieden. Simultanschulen sind für Sachsen mit seiner überwiegend evangelischen Bevölkerung nicht angebracht. Sie kommen nur dort in Frage, wo gleiche Verhältnisse der Religionsgesellschaften vorliegen. Eine Trennung des Volkes durch das Reichsschulgesetz ist nicht zu befürchten. Es ist nur zu wünschen, daß es nach achtjährigem Warten endlich zur Tatsache werden möchte.

Die beiden Reden wurden beifällig aufgenommen. Folgende Entschließung wurde eingebracht:

„Der Christliche Elternverein Riesa und Umgegend beglückwünscht die Reichsregierung und insbesondere den Reichsinnenminister von Keudell, daß es nach vieljährigen Bemühungen endlich gelungen ist, einen Entwurf zur reichsgesetzlichen Regelung des Volksschulwesens fertig zu stellen, der geeignet sein wird, alle erziehlichen Kräfte zu wecken und dem Wiederaufbau des Deutschen Volkes und des Deutschen Staates dienstbar zu machen. Der Entwurf wahrt durchaus die Staatshoheit über die Schule. Er sichert den drei Schularten des Artikels 146 der Reichsverfassung völlig freie Entwicklungsmöglichkeiten. Er anerkennt das Familienrecht an der Erziehung als ein Grundrecht der Deutschen und gewährleistet die durch den Artikel 149 der Reichsverfassung festgelegte Mitwirkung der Religionsgesellschaften für die Organisation des Religionsunterrichtes, ohne jedoch die Gewissensfreiheit des Lehrers anzutasten."

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen, nachdem 8 Herren, die sich als Gegner des Reichsschulgesetzentwurfes kennzeichneten, den Saal verlassen hatten.

Herr Bergmann schloß den Aufklärungsabend mit der Bitte zum Aushalten in dem Kampfe, dessen zunehmende Verschärfung noch zu erwarten sei.

Dankschreiben des Bundes heimattreuer Schlesier.

Der Bund hat an den Herrn Amtshauptmann von Großenhain folgendes Dankschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Amtshauptmann!

Durch die hilfreiche Unterstützung des Bundes heimattreuer Schlesier in Sachsen ist es der Landesgruppe Oberschlesien der Vereinigt. Verb. heimattr. Oberschlesier möglich gewesen, in diesem Jahre im Freistaat Sachsen 68 oberschlesische Verdrängtenkinder in Familienpflegestellen unterzubringen. Für diesen Liebesdienst an jungen Menschen, die jahrelang infolge Verdrängung von Heimat und Hof seelisch und körperlich gelitten haben, sagen wir hiermit den Pflegeeltern im Namen der betreuten Kinder und der Eltern ein aufrichtiges „Vergelts Gott!"

Aber auch Ihnen, sehr geehrter Herr Amtshauptmann, drängt es uns, herzlichen Dank zu sagen für die liebenswürdige Bereitwilligkeit, dem Bunde heimattreuer Schlesier bei seinen Vorarbeiten für die Kinderunterbringung die Wege zu ebnen und bei seiner weiteren Tätigkeit für die Kinderunterbringung zu unterstützen; wissen wir doch, daß ohne die Mithilfe Ihrerseits der ausgezeichnete Erfolg nicht hätte erreicht werden können.

Mit diesem Danke gestatten wir uns die Bitte auszusprechen, den Pflegeeltern gelegentlich den innigsten Dank unserer Organisation zu übermitteln und unseren Bestrebungen auch fürderhin Ihr geschätztes Wohlwollen und weitere Empfehlung angedeihen zu lassen.

Mit der Versicherung unserer
vorzüglichen Hochachtung und deutschem Gruß
gez. J. Schwiese.
Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier
— Landesgruppe Oberschlesien. —

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 10. November 1927.

—* **Wettervorhersage für den 11. November** Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Flachland: Anfangs noch trübe und nebelig mit zeitweiligen aber nicht mehr so ergiebigen Niederschlägen. Temperaturen nur einige wenige Grad über Null. In den nächsten Nächten stellenweise Frost. Schwache bis mäßige Winde aus westlichen bis nördlichen Richtungen. Später allmählige Bewölkungsabnahme. Gebirge: Anfangs noch trüb und vielfach Nebel mit vereinzelten Schneefällen. Temperaturen um Null schwankend. Höhere Lagen unter Null. Später allmählich etwas Bewölkungsabnahme. Vorwiegend mäßige Winde aus nördlichen Richtungen.

—* **Daten für den 11. November 1927.** Sonnenaufgang 7,8 Uhr. Sonnenuntergang 16,19 Uhr. Mondaufgang 17,56 Uhr. Monduntergang 9,51 Uhr.

1599: Octavio Piccolomini, Heerführer Wallensteins, in Florenz geb. (gest. 1656); 1821: der Dichter Fjodor Dostojewskij in Moskau geb. (gest. 1881); 1852: der österreichisch-ungarische General Franz Graf Conrad v. Hötzendorff in Penzing geb. (gest. 1925); 1884: der Naturforscher Alfred Brehm in Renthendorf gest. (geb. 1829); 1918: Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente, Abdankung Kaiser Karls I. von Oesterreich.

—* **Konzert — Andreas Weißgerber.** Ein musikalisches Ereignis für unsere Stadt war das Konzert des großen Violinvirtuosen Andreas Weißgerber, das am Dienstag abend im Saale des Sächsischen Hofes stattfand. Schon als Wunderknabe von 7 Jahren unternahm er Konzertreisen und erregte damals berechtigtes Aufsehen. Heute — im Alter von 27 Jahren — ist er ein ausgereifter Künstler, der auf einem klangedlen, echten Stradivari-Instrumente höchste Kunst entfaltet. Im ersten Teil spielte er ganz wunderbar das D-Dur-Konzert von Mozart und die äußerst schwierige, nur von den Großen auszuführende Chaconne des Altmeisters Seb. Bach (für Violine allein). Dabei konnte man sehen, daß es für ihn technische Schwierigkeiten nicht mehr gibt. — Im zweiten Teile bot er auserlesene Kabinettstücke aus der Violinliteratur, wobei ihm selbst die kunstvollsten Flageolettonreihen mühelos gelangen. Das russische Volkslied: „Der rote Sarafan", in der Bearbeitung von Wieniawski, war eine Meisterleistung. Nicht minderen Beifall fanden die Brahmsschen ungarischen Tänze (in der Bearbeitung von Joachim) und das reizvolle, im Rokokostil gehaltene Menuett von Mozart. Den Schluß bildete das virtuose Bravourstück „Hexentanz" von Paganini. Am Bechstein-Flügel begleitete Wagner-Regeny und löste seine in rhythmischer Beziehung oft nicht leichte Aufgabe mit feinem Kunstverständnis. Rauschender Beifall lohnte die Vorträge und verlangte stürmisch Zugaben (Bach und Schubert). Der Besuch einer solchen Veranstaltung konnte ein besserer sein. F.

—* **Ein Vermißter als Leiche gelandet.** Der Steuerassistent Otto Hanuschka aus Lager Zeithain ist am Sonntag bei Torgau als Leiche aus der Elbe gelandet worden. Sein Fahrrad ist noch nicht aufgefunden, vielleicht ist er mit diesem in die Elbe hineingefahren. Wenn Selbstmord angenommen werden kann, so liegt der Grund jedoch nicht in dienstlichen Verfehlungen.

—* **Betriebsstörung.** Kurz nach Beginn des Druckes trat am Dienstag nachmittag infolge Kurzschlusses eine plötzliche Störung in unserem Druckereibetrieb ein, so daß die Ausgabe des „Riesaer Tageblatt" leider eine reichlich einstündige Verzögerung erfahren mußte. Wir bitten unsere geschätzten Leser, denen die Zeitung erst später zugestellt werden konnte, um Nachsicht.

—* **Ein Geschirrunfall ernsterer Art** ereignete sich Mittwoch gegen ½2 Uhr auf der Bauchhammerstraße. Ein vor einen Kutschwagen gespanntes, von einer Frau aus Zeithain im Zügel gehaltenes Pferd, scheute plötzlich und raste die Straße entlang, umkreiste den Ebertplatz, um in der Kastanienstraße erst wieder zur Ruhe zu kommen. Bei der tollen Fahrt prallte der Wagen an die Bordkante des Ebertplatzes, wodurch die Frau aus dem Wagen geschleudert wurde und schwer verletzt liegen blieb. Zu Herrn Dr. Holey gebracht, verordnete dieser nach Anlegung von Notverbänden die Verbringung derselben nach dem Krankenhause. Ein mit in dem Wagen befindlicher Knabe kam mit dem Schrecken davon.

—* **Oeffentliche Versammlung.** Der Zentralverband der Angestellten — Afa-Bund — veranstaltet morgen Freitag im Hotel Höpfner eine öffentliche Versammlung: „Bedeutung der Wahlen zur Angestelltenversicherung". (S. a. Inseratenteil.)

—g. **Ein größerer Strafprozeß** wegen Untreue und Unterschlagung kommt heute Donnerstag und voraussichtlich morgen Freitag vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden zur Verhandlung. Die Anklage richtet sich gegen den Mineralwasserfabrikanten Oskar Paul Neumann aus Riesa, dem zur Last gelegt wird, als Geschäftsführer bezw. Kassierer verschiedener Ortsgruppen des Verbandes der Reichsbankgläubiger über 7000 Reichsmark veruntreut zu haben. Dieser Termin findet im Schwurgerichtssaale statt. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsdirektor Wohlrab, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Wolle, die Verteidigung hat Rechtsanwalt Giese übernommen. Zur Aufklärung des Sachverhaltes sind ein Bücherprüfer als Sachverständiger und eine Anzahl Zeugen aus Riesa, Dresden, Bischofswerda, Kamenz, Oschatz, Wurzen, Rochlitz, Freiberg und anderen Orten vorgeladen worden. Der Verband der Reichsbankgläubiger erstrebt bekanntlich die Aufwertung der alten, rot gestempelten Tausendmarkscheine. Ueber den Verlauf dieses Prozesses wird am Schlusse zusammenfassend berichtet werden.

—* **Winterwetter in Aussicht.** Der Winter scheint sich nunmehr anzuschicken, auch uns seinen Besuch abzustatten. Die Wetterwarten melden das Vorrücken kalter Luft. In England herrschen bereits Temperaturen von unter Null Grad. Norddeutschland weist solche von nur 2 bis 5 Grad Wärme auf, während sich Mitteldeutschland zur Zeit noch einer Wärme von 5 bis 7 Grad erfreut. Der höchste Berg des sächsischen Erzgebirges ist bereits in eine Schneedecke in Höhe von 6 Zentimeter gehüllt.

—* **Schneefall im Riesengebirge.** Im Riesengebirge hat sich heute vormittag plötzlich Schneefall eingestellt. Bis etwa 500 Meter Höhe beträgt die Schneedecke etwa 5 Zentimeter. Auf dem Kamm herrscht 3 Grad und in den Vorbergen 1 Grad Kälte.

—* **Die Militärrenten für Dezember. — Nochmalige Vorschußzahlung.** Da es nicht möglich erscheint, daß die dem Reichstage vorliegende Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes so rechtzeitig verabschiedet werden kann, daß die Ende November fälligen Militärrenten für Dezember nach dem neuen Gesetz zur Auszahlung gelangen können, ist eine nochmalige Vorschußzahlung angeordnet worden. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, wird die gegenwärtige Zulage auf die bisherigen Grundbeträge von 22 vom Hundert für alle Rentenempfänger für die Zahlung der Dezember-Bezüge, bei den Beschädigten auf 60 vom Hundert, bei Hinterbliebenen aber nur auf 30 vom Hundert erhöht. Die so für Dezember zur Auszahlung gelangenden Beträge bewegen sich in der ungefähren Höhe der Auswirkung des von den Organisationen als unzureichend bezeichneten Regierungsentwurfs. Die Zusatzrenten, die von den Fürsorgestellen gezahlt werden, werden nicht erhöht, sondern kommen in der bisherigen Höhe zur Auszahlung.

—* **Zum Martinsfest.** Der Martinstag, der am 11. November gefeiert wird, erinnert an den heiligen Martin, von dem die Legende erzählt, daß er einst ein römischer Soldat war. Er habe die Hälfte seines Mantels einem Bettler gegeben, der frierend sein Mitleid erweckte. Darauf soll ihm Christus im Traume erschienen sein, der jener Bettler war, und soll ihn zu seinem Boten ausersehen haben. Martin wurde später Missionar unter den Galltern, wo er das erste Kloster gründete, das monastertum Martini, das gegenwärtig als Marmontier bekannt ist. Zuletzt wirkte er als Bischof von Tours. Der heilige Martin führt einen Kelch oder eine Gans im Wappen. Die Gans war früher ein Opfertier, das der Freya gewidmet war, wie das Pferd das Opfertier des Wotan war. Der Martinstag diente als kirchliche Umwertung eines heidnischen Erntefestes, an dem Gänse geopfert wurden. So mag es kommen, daß sich groß und klein auf den saftigen Gänsebraten freut, den es an diesem Tage gibt.

—* **Die Sächsischen Industriellen für Gütertarifermäßigung.** Die Sächsische Industrie, das Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, weist unter der Ueberschrift „Eine schwere Enttäuschung" daraufhin, daß die Reichsbahn trotz anhaltend guter Konjunktur keinen Pfennig für Gütertarifermäßigungen übrig habe, weil sie angeblich nicht in der Lage war, für ihre Neuinvestierungen sich auf dem Anleihewege Kapital zu beschaffen, und infolgedessen die gesamten Ueberschüsse für den Ausbau des Betriebes und für die inzwischen eingetretene Mehrzahlung von Gehältern und Löhnen an Beamte und Arbeiter aufgebraucht worden seien. Gegen dieses Verfahren erhebt die Sächsische Industrie schärfsten Einspruch. Ein Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller brachte dies in der letzten Verkehrsausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Ausdruck, in der einstimmig folgende Entschließung gefaßt wurde: Im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Entwickelung des Verkehrs wird eine allgemeine Ermäßigung der Gütertarife für unbedingt erforderlich gehalten. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß diese Ermäßigung durch die Finanz- und Anlagepolitik, zu der sich die Reichsbahn gezwungen glaubte, bislang verhindert worden ist, während die lohnpolitischen Forderungen in überreichem Maße Berücksichtigung gefunden haben. Die bisher dem Güterverkehr gewährten Erleichterungen stehen in gar keinem Verhältnis zu den wirtschaftlich notwendigen Frachtermäßigungen und zu den auf lohnpolitischem Gebiete erfolgten Zuwendungen. Mit Bestimmtheit wird erwartet, daß jede Möglichkeit auf Senkung der Tarife ausgenützt wird und daß die Reichsbahngesellschaft ihre Neuanlagen nicht mehr im bisherigen Maße aus laufenden Mitteln finanziert.

—* **Das Heilverfahren in der Angestelltenversicherung.** Unter Bezugnahme auf Angriffe, die im Wahlkampf anläßlich der Wahlen zur Angestelltenversicherung gegen die Versicherung gerichtet wurden, schildert W. Bösche in den Veröffentlichungen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, daß man immer nur die negative Seite der Heilverfahrensgewährung betrachte und anführe, daß fast 40 Prozent der Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens im Jahre 1926 von der Reichsversicherungsanstalt abgelehnt wurden. Demgegenüber ergebe sich, daß in der Zeit von 1913 bis 1926 das Heilverfahren fast 400 000 Ver-

Mieten zugute gekommen ist. Die Zahl der Anträge ist im einzelnen von 10 484 im Jahre 1918 zum Beispiel auf 88 165 im Jahre 1926 als Jahresziffer gestiegen. 1918 wurden 5 602 Behandlungen durchgeführt mit einem Kostenaufwand von 1 849 791,36 RM., 1926 kamen 62 814 Heilverfahren zustande, die einen Kostenaufwand von 16 040 222,49 RM. verursachten. Richtig ist also, wie sich auch aus den Zahlen der Zwischenjahre ergibt, daß das Heilverfahren nur in etwa 26 Prozent aller Fälle nicht zur Durchführung gekommen ist. Aber auch bei diesen 26 Prozent handelt es sich nicht lediglich um Ablehnungen, sondern der Bericht der Reichsversicherungsanstalt spricht klar und deutlich von Ablehnungen, Zurücknahmen und sonstiger Erledigung.

—f. **Neuer Massenbetrug mit tschechischen Hundert-Kronen-Noten.** Wie aus Pressemeldungen zu entnehmen war, hatte ein bis jetzt unbekannter Gauner vor etwa zwei Monaten bei der Darmstädter Bank, Filiale Breslau, als angeblicher Händler Johannes Richter, 70 000 tschechische Kronen in falschen Hundert-Noten einwechseln lassen. Dieser Betrug war deshalb sehr leicht geglückt, weil der Kassenbeamte zuvor erst durch verschiedene ähnliche Wechselgeschäfte, wo der Unbekannte mit echten Noten operiert hatte, sicher gemacht worden war. Vermutlich der gleiche Gauner erschien in den letzten Tagen an der Hauptkasse der Dresdner Handelsbank in der Ostraallee, bezeichnete sich als ein Viehhändler aus Bischofswerda, und ließ sich 400 gefälschte tschechische Hundert-Kronen-Noten zu 40 000 Kronen in deutscher Währung umwechseln. Nach dem Betrüger wird lebhaft gefahndet. Die falschen Noten sollen sehr gut gearbeitet sein.

—* **Landesbischof D. Ihmels in Warschau.** Anschließend an die Tagung des Sechser-Ausschusses des Eisenacher Weltkonventes in Budapest besuchen einige Herren dieses Ausschusses mit Landesbischof D. Ihmels die Lutherischen Kirchenregierungen in Siebenbürgen, Wien und Warschau. Diese Besuche dürften nicht ohne Bedeutung für die Teilnahme an der Haupttagung des lutherischen Einigungswerkes sein, die vom 19.—26. August 1928 in Hamburg-Altona tagen soll und zu deren Vorbereitung bereits Mitte Oktober Besprechungen stattfanden.

* **Görzig b. Strehla. Slavische Siedlung ausgegraben.** Auf seinem Felde, westlich des Dorfes, hatte der Gutsbesitzer Kunze in Görzig beim Umackern mehrere schwarze Stellen bemerkt. Er rief den Lehrer Mirtschin aus Riesa herbei, der daraufhin eine der Stellen untersuchte. Sie erwies sich als eine slavische Siedlungsstätte aus der Zeit 600—900 n. Chr. Sie hatte einen Durchmesser von 2,10 Meter und eine Tiefe von 65 Zentimeter. In der schwarzen Erdschicht lagen verstreut einige Scherben. Einer davon trug das typische Wellenornament als Verzierung. Die meisten Scherben und auch Knochen von Tieren fanden sich in dem nordwestlichen Teil der Grube, wo in 50 Zentimeter Tiefe der Herd zum Vorschein kam. Er war eine Steinsetzung von 45 Zentimeter Durchmesser und ganz verbacken mit schwarzer dichter Erde und kleinen Holzkohlestückchen. Herr Gutsbesitzer Kunze schenkte dankenswerterweise alle Fundgegenstände — wie neulich schon das Mahlsteinbruchstück — der nordsächsischen Urgeschichtssammlung im Riesaer Heimatmuseum. Die Ausgrabung der übrigen schwarzen Stellen, die sicherlich auch slavische Wohnstätten sein werden, soll nach der nächstjährigen Ernte erfolgen. — Meldestelle für nordsächsische Urgeschichtsfunde: Lehrer Mirtschin in Riesa, erreichbar durch Tel. 26 Riesa.

* **Leisnig. Vier Flüchtlinge festgenommen.** Von der hiesigen Gendarmerie wurden vier Zöglinge der Erziehungsanstalt Bräunsdorf, die von ihrem Arbeitsplatz entwichen waren, wieder festgenommen. Sie hatten in einem Strohfeimen genächtigt und befanden sich auf dem Wege nach Leipzig. Sie wurden der Anstalt wieder zugeführt.

Merschwitz. Für langjährige treue Dienste im hiesigen Gasthofe wurden durch den Landesverband der Saalinhaber in Sachsen die Herren Hermann Frohberg und Johannes Backen ausgezeichnet. Im Auftrage des Verbandes überreichte der Gasthofsbesitzer Herr Emil Albrecht in Gegenwart vieler Gäste, die zur Silberhochzeitsfeier des Albrechtschen Ehepaares erschienen waren, auf dem Saale obengenannten Herren je eine Ehrenurkunde, dem Hausbesitzer und Schneidermeister Hermann Frohberg für 40jährige treue Dienste in der Garderobe und dem Hausbesitzer und Zimmermann Johannes Backen für 30jährige treue Tätigkeit als Bedienung.

Meißen. Eine mißglückte Autoschwarzfahrt unternahmen in der Nacht zum Sonntag einige junge Leute von hier. Der 19jährige O., der noch gar keine Berechtigung zur Steuerung eines Autos besitzt, wußte sich in den Besitz der Garage-Schlüssel zu setzen. Er holte den Lieferwagen des Vaters heraus und fuhr mit zwei Freunden davon. Die berüchtigte Kurve bei Sora wurde den Bürschchen zum Verhängnis. Morgens gegen 1/4 5 Uhr fuhren sie in den Straßengraben und schließlich gegen die starken Drahtverstrebungen des nach mehrfachen Unfällen beiseitegesetzten Telephonmastes. Die Drahtverankerung hielt stand, d. h. sie zerriß nicht, sondern wurde durch den schweren Anprall des Wagens aus der Erde (1,80 Meter tief) gewuchtet. Der Wagen drehte sich dabei um seine Längsachse auf ein Feld. Das Vorderteil des Wagens ist schwer beschädigt, so daß der Wagen abgeschleppt werden mußte. Die verantwortungslosen Burschen kamen mit geringfügigen Verletzungen und dem Schrecken davon.

—g. **Kötzschenbroda.** Festgenommen wurde von der Kriminalabteilung in Kötzschenbroda ein Chinese, der sich Tichen-Kai-Tse nannte, und der schlesisches Porzellangeschirr als echt chinesisches Erzeugnis zu teuren Preisen absetzen wollte. Die von der Polizei beschlagnahmten Waren hatten einen Verkaufswert von 10 bis 12 Mark, gefordert wurden aber 45 Mark. Es lag hier derselbe Trick vor wie er oft von Zigeunerinnen angewendet wird, die vornehmlich ähnliche Schwindeleien mit Spitzen treiben, worauf trotz aller Warnungen immer wieder Leute namentlich auf den Landorten hinein fallen. Der geschäftstüchtige Chinese wurde dem Amtsgericht Kötzschenbroda zugeführt.

* **Dresden. Raubüberfall.** Das Kriminalamt Dresden teilt mit: Am 7. 11. gegen 6 Uhr nachmittags wurde in der 21. Polizeiwache die Anzeige erstattet, daß kurz zuvor eine 29 Jahre alte Arbeiterin im Hofe eines Grundstücks in der Bramschstraße überfallen und beraubt worden sei. Die Ueberfallene gab an, daß sie in dem dunklen Hofraum plötzlich von einem Unbekannten hinterrücks mehrere Schläge auf den Kopf erhalten habe, am Halse gewürgt und zu Boden geworfen worden sei. Hierauf habe der Unbekannte ihre Aktentasche geöffnet und aus dieser den in Papier eingeschlagenen Geldbetrag von 75 Mark entnommen. Nachdem er das Papier wieder in die Tasche gesteckt habe, sei er geflüchtet. Die Kriminalpolizei, die in die Angaben der Ueberfallenen starke Zweifel setzt, ist mit der Aufklärung des Vorganges noch beschäftigt.

—g. **Dresden. Chronik der täglichen Autounfälle.** Ein heftiger Zusammenstoß zweier Personenkraftwagen ereignete sich am Mittwoch in der 19. Abendstunde an der Ecke der Chemnitzer und Nürnberger Straße, wobei ein Kaufmann erhebliche Verletzungen, insbesondere einen Schlüsselbeinbruch erlitt. Die Beamten der 10. Sicherheitspolizeiwache und der Unfallkommission des Kriminalamtes erschienen rasch an der Unfallstelle, um den Tatbestand aufzunehmen. — Auf der Landstraße Dresden—Görlitz wurden am Montag in Schmiedefeld bei Stolpen von einem aus Dresden kommenden Personenkraftwagen, der vor einem Lastauto ausbiegen mußte, zwei Fußgänger angefahren und verletzt. — In den Abendstunden des Montag wurde auf der Landstraße zwischen Wilsdruff und Kesselsdorf ein Radfahrer, der Arbeiter Max Riese, von einem aus Dresden kommenden und nach Nossen fahrenden Auto angestoßen und ein Stück mitgeschleift. Der Radfahrer erlitt erhebliche Verletzungen am Kopfe, Armen und Beinen, er mußte in seine Wohnung gefahren werden. — In Reinhardtsgrimma wurde am Montag eine 28 Jahre alte Frau Strympe geb. Lotze aus Dresden von einem Kraftwagen angefahren und sehr schwer verletzt. Auf dem Transport nach dem Johannier Krankenhaus in Heidenau erlag die junge Frau den Folgen dieses Unfalles. Der Leichnam wurde zwecks weiterer Feststellungen vorübergehend von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

—g. **Dresden.** Wie bereits berichtet worden ist, wurde am vergangenen Sonnabend ein älterer Mann in die Diakonissenanstalt in Dresden-Neustadt eingeliefert, der erhebliche Schnittwunden am Halse und an der linken Hand aufzuweisen hatte. Da bei dem betreffenden Manne die Speiseröhre durchschnitten war, vermochte er wohl zu hören, aber kein Wort zu sprechen. In der Diakonissenanstalt machte er später einige Aufzeichnungen, er gab seine Adresse an — es handelte sich um einen in der Mitte der sechziger Jahre stehenden früheren Buchdruckereibesitzer Max Reiterl aus der Albrechtstraße — und bemerkte dazu, in der Nähe vom Fischhaus angefallen zu sein. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben die völlige Unrichtigkeit dieser Aufzeichnung. Auch der Arzt, der diesen eigenartigen Patienten zu behandeln hatte, erklärte, daß die Verletzungen nicht von fremder Hand stammen. Es liegt hier ein mißglückter Selbstmordversuch vor, der aber deshalb bemerkenswerter Natur ist, weil der betreffende alte Privatus nach der Tat mit durchschnittener Kehle vermutlich ein großes Stück der Dresdner Heide durchlaufen hatte, um dann den Versuch zu unternehmen, in dieser blutigen Verfassung mit einer vom Weißen Hirsch kommenden Straßenbahn nach der Stadt zurückzufahren. Das Straßenbahnpersonal hatte ihn aber wegen seines Zustandes von der Mitfahrt ausgeschlossen, worauf dann Beamte der Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei den Transport nach der Diakonissenanstalt vornahmen. Es war angenommen worden — der äußere Zustand ließ darauf schließen — daß die Tat bereits am Freitag abend zur Ausführung gekommen ist, dies war aber erst am Sonnabend morgen geschehen.

* **Kurort Hartha. Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft.** Die interessierten Gemeinden am Tharandter Wald beabsichtigen zur Hebung des Fremdenverkehrs einen Verkehrsverein „Tharandter Wald" zu gründen. Die Gemeinden beabsichtigen dabei die Errichtung einer Art Arbeitsgemeinschaft. Die Gründungsversammlung soll am 15. November im Kurhaus Hartha stattfinden.

—g. Gottleuba. Verdächtiger Skelettfund. Bei Ausschachtungsarbeiten in Gottleuba zum Bau der Wasserleitung nach der Bärmühle wurde ein menschliches Skelett gefunden. Die Knochenreste lagen in der gleichen Richtung wie die bisherige, vor etwa vierzig Jahren angelegte Wasserleitung und einen halben Meter tiefer, als der alte Leitungsstrang eingebettet war. Ob man hier einem früheren Verbrechen auf die Spur gekommen ist oder ob es sich um die menschlichen Reste einer dort begrabenen Person handelt, dürften die behördlichen Ermittlungen ergeben.

—g. Neustadt (Sachsen). Hier schoß sich am Montag in den Nachmittagsstunden ein zwanzigjähriger Blumenarbeiter nach vorherigen Streitigkeiten mit einem Mädchen in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in den Kopf. Die Tat verübte der junge Arbeiter auf dem Promenadenwege. Das Geschoß drang in die Schädeldecke ein und blieb dort stecken. Von den Folgen dieser gefährlichen Verletzung zunächst bewußtlos geworden, kam der Lebensmüde später wieder zur Besinnung und lief dann in der Richtung nach seiner Wohnung weg. Ein Polizeikommissar traf ihn, bekam aber keinerlei Auskunft. Nach der Polizeiwache sistiert, stellte ein herbeigerufener Arzt die gefährliche Verletzung fest und ordnete die sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus an. Auch die Personalien konnten dann bald ermittelt werden. Dieser — wieder ins Leben zurückgelaufene — Selbstmordkandidat hat bereits vor etwa zwei Jahren schon einmal den Versuch unternommen, sein Leben freiwillig zu beenden.

* **Leipzig. Erfolgreiche Revision.** Der Bürgermeister Paul Weigert von Schönfeld ist durch Urteil der Strafkammer des Landgerichts Chemnitz vom 8. April wegen Untreue verurteilt worden. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er als Bevollmächtigter der Girokasse von Schönfeld unerlaubt Kredite gegeben habe, dazu noch an solche Personen, die nicht zahlungsfähig gewesen seien. Die Revision führte aus, daß Kredite doch zumeist nur an solche Personen gegeben würden, die im Augenblick nicht zahlungsfähig seien und daß deshalb diese Eigenschaft der Kreditnehmer dem Beamten nicht zum Vorwurf gemacht werden dürfe. Das Chemnitzer Urteil wurde vom ersten Strafsenat des Reichsgerichtes gestern auch aufgehoben und die Angelegenheit wird die Strafkammer in Chemnitz nun auch nochmals zu beschäftigen haben.

* **Leipzig.** Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Goetz 60 Jahre. Die Demokratische Partei Leipzigs veranstaltete am Mittwoch einen Vortragsabend, der mit einer Feier aus Anlaß des 60. Geburtstages des Reichstagsabgeordneten Geh.-Rat Prof. Dr. Goetz verbunden war. Die Anhänger der Partei hatten sich aus Leipzig, dem Wahlkreis und darüber hinaus zahlreich eingefunden. U. a. war auch der sächsische Minister des Innern Dr. Apelt erschienen. Der Abend begann mit einem lehrreichen, eingehenden Vortrag des Professor der Nationalökonomie an der Universität Leipzig, Geheimrat Dr. Wiedenfeld, über „Kapital und Arbeit". — Von der Reichsparteileitung ging folgendes Telegramm an Prof. Dr. Goetz ein: „Zur heutigen Ehrung anläßlich ihres 60. Geburtstages entbieten wir Ihnen herzlichste Glückwünsche. Wir sind stolz darauf, Sie, den Historiker von Weltruf, den überall verehrten Politiker, der das Erbe Friedrich Naumanns getreu verwaltet, zu den Unsern zählen zu dürfen".

* **Leipzig. Schwerer Einbruch in Leipzig.** Bei einem Juwelenhändler in der Humboldtstraße ist am Nachmittag des vergangenen Montags ein schwerer Einbruch verübt worden. Es wurde Geld gestohlen, Gold- und Silbermünzen, Schmuckgegenstände verschiedener Art, sowie Wäsche und Kleidungsstücke. Von den Tätern hat man noch keine Spur. Man vermutet, daß es sich um „Klingelfahrer" handelt, die in letzter Zeit wiederholt in Leipzig bemerkt worden sind.

* **Leipzig.** Die Stadtverwaltung Leipzig beschwert sich darüber, daß sie dadurch geschädigt worden sei, daß der von ihr abgeführte Anteil der Mietzinssteuer für einen staatlichen Ausgleichsstock in Höhe von rund 8 Millionen Mark zu seinem größten Teil nicht mehr nach Leipzig zurückgeflossen sei. Leipzig habe zum Zwecke der Finanzierung von Wohnungsbauten 597 000 Mark aus dem Ausgleichsstock erhalten, 7,4 Millionen seien demnach durch den Verteilungsmodus der Stadtgemeinde Leipzig entzogen worden. Es sei notwendig, daß der für die Gelder des Ausgleichsstockes maßgebende Verteilungsschlüssel geändert werde.

* **Leipzig.** Schwerer Automobilunfall. An einer Straßenkreuzung in der Merseburgerstraße sind gestern nachmittag zwei Personenkraftwagen zusammengefahren. Der Führer des einen Wagens wurde schwer verletzt nach dem Diakonissenhaus gebracht. Der Wagen gehört dem Kommerzienrat Stöhr, der sich selbst im Wagen befand, als der Unfall sich ereignete.

Mittweida. Unglücksfall beim Abbrennen eines Buntfeuers. Sonntag abend hatten die Kommunisten eine Revolutionsfeier im Schützenhaus angesetzt und zogen mit Musik durch die Stadt hinaus. Auf dem Schützenplatze wollten sie ein Buntfeuer abbrennen und hatten zu diesem Zwecke die Buntfeuermasse auf einen Blechdeckel geschüttet; vier Mann mit Fackeln entzündeten diese gleichzeitig. Dadurch schoß eine riesige Flamme hoch, die noch durch einen Windstoß angefacht wurde. Die Fackelträger brannten sofort lichterloh und haben mehr oder weniger schwere Brandwunden davongetragen; um sie waren zwei Aerzte und Mitglieder beider Sanitätskolonnen bemüht. Die Verletzten wurden in ihre Wohnung gebracht, einer, der besonders schwer verletzt war, in das Krankenhaus.

* **Bärenstein.** 400jähriges Ortsjubiläum. Dieser Tage konnte der Grenzort Bärenstein, Bez. Chemnitz, auf ein 400jähriges Bestehen zurückblicken. Da nähere Angaben und genauere Daten über die Entstehung des Ortes fehlten, hat man das Jahr 1527 nach vorhandenen Unterlagen als Gründungsjahr angesehen.

* **Schneeberg.** Neue Autolinien. Für das Frühjahr sind nachstehende neue Kraftwagenverbindungen in Aussicht genommen: Zum Anschluß an das vogtländische Kraftwagennetz soll eine Autolinie von Schneeberg über Hundshübel nach Rothenkirchen und ferner eine direkte Kraftwagenverbindung zwischen Schneeberg und Zwickau eröffnet werden.

* **Zwickau.** Geheimnisvoller Tod eines Kommunisten. Am Montag abend hat sich während einer kommunistischen Demonstration ein 27 Jahre alter Arbeiter aus Glauchau, der das Abzeichen der KPD. trug, auf der Straße erschossen. In seinen Kleidern fand man eingenäht ein Paket scharfer Patronen.

* **Zwickau.** In Planitz erschoß sich heute vormittag in seiner Wohnung der 28 Jahre alte Polizeihauptwachtmstr. Linke mit seinem Dienstrevolver. Er war heute morgen wegen Dienstvergehen, Vornahme unsittlicher Handlungen an einer Ortseinwohnerin, vom Dienst enthoben worden. Linke wurde schwer verletzt in das Kreiskrankenstift gebracht; es besteht keine Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

* **Zwickau.** Stadtratswahl. In der am Montag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde die seit Wochen unerledigte Wahl eines besoldeten Stadtrates vorgenommen. Gewählt wurde der gemeinsame Kandidat der bürgerlichen Fraktionen, Magistratsrat Dr. Fey (Kassel) mit 25 Stimmen. Der Kandidat der SPD., Verwaltungsdirektor Bürgermeister a. D. Rauner (Chemnitz), erhielt 16 Stimmen, und der Kandidat der KPD., Landtagsabgeordneter Rötzscher (Chemnitz), 8 Stimmen. Der Versuch der SPD., die beiden Vertreter der Aufwertler unter Hinweis auf Dresden für ihren Kandidaten zu gewinnen, blieb erfolglos.

*

* **Magdeburg.** Todesurteil. Das Schwurgericht verurteilte den Gärtner Kropp zum Tode und dauernden Verlust der Ehrenrechte. Er hat im Juli die 72jährige Kantorswitwe Böhm ermordet und beraubt.

Der Revolutionsfeiertag.

* **Riesa.** Aus Anlaß des gestrigen Revolutionsfeiertages waren die städtischen Gebäude und einzelne Privathäuser beflaggt. Abends fand im Saale des Hotel Höpfner eine vom Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Riesa veranstaltete Revolutionsfeier statt, die sehr gut besucht war. Die Festrede des Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz-Zwickau über „Republik und Arbeiterschaft" umrahmten sehr beifällig aufgenommene Vorträge am Flügel des Kammervirtuosen Nino Reidhardt, sowie mehrere Lieder, dargeboten von Melanie Hoffmann, Opern- und Konzertsängerin, Dresden, ferner Sprechvorträge des Vortragskünstlers K. W. Streit, Dresden.

* Dresden. Aus Anlaß des gestrigen Revolutionsfeiertages wurden auf verschiedenen Plätzen der Stadt von links gerichteten Organisationen Kundgebungen veranstaltet. Die Kundgebungen sowohl wie die anschließenden Demonstrationszüge und Feiern in verschiedenen Lokalen sind ohne Zwischenfälle verlaufen.

* **Leipzig.** Der Revolutionstag ist in Leipzig ruhig verlaufen. Die äußere Anteilnahme der Leipziger Bevölkerung war gering. Flaggenschmuck sah man kaum; auch die öffentlichen Gebäude hatten zumeist nicht geflaggt; nur die Kreishauptmannschaft zeigte Fahnen. Ein gemeinsames Komitee der SPD. und der Gewerkschaften hatte zu einer Revolutionsfeier auf den Marktplatz eingeladen. Dieser Einladung waren etwa 3000 Personen gefolgt, die in geschlossenen Zügen mit Musik aus allen Stadtteilen anmarschierten. Die Veranstaltung war umrahmt von Vorträgen des Arbeitersängerchors und eines Posaunenchors. Der österreichische Abgeordnete Dr. Ellenbogen aus Wien hielt eine kurze Ansprache. Auch der Abmarsch der Teilnehmer vollzog sich reibungslos.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 10. November 1927.

Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei ist zu einer Tagung auf Freitag, den 11. November, nach Berlin einberufen worden. Die Verhandlungen, die der Parteivorsitzende Reichsminister Dr. Stresemann leiten wird, dienen der Vorbereitung der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, der sich am 21. November in Braunschweig versammeln wird, um zu den schwebenden politischen Tagesfragen, besonders dem Reichsschulgesetz, Stellung zu nehmen.

Austausch der Ratifikationsurkunden zum deutsch-belgischen Luftverkehrsabkommen.

X Berlin. Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-belgischen Luftverkehrs-Abkommen vom 29. Mai 1926 sind am 22. d. M. in Paris ausgetauscht worden. Das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 22 mit diesem Tage in Kraft.

Der Kongreß der rumänischen nationalen Bauernpartei

Bukarest. (Funkspruch.) Die nationale Bauernpartei hat um die Erlaubnis nachgesucht, ihren allgemeinen Parteitag am 20. November in Karlsburg abzuhalten. Die Erlaubnis dürfte erteilt werden, wenn die zu entsendenden Delegierten von den beteiligten Organisationen mit Namen angegeben werden und wenn ein anderer Tagungsort gewählt wird.

Ein englischer Militärflieger verunglückt.

London. (Funkspruch.) Bei einem Flug eines Militärflugzeuges versagte gestern in der Nähe von Imberhorne (Sussex) der Motor. Der Flugzeugführer und die Beobachter sprangen aus 700 Meter Höhe mit dem Fallschirm ab. Da der Fallschirm des Flugzeugführers sich nicht öffnete, stürzte er wie ein Stein ab und war sofort tot. Der Beobachter landete unversehrt. Die Maschine ist abgestürzt und verbrannt.

Heinze

Aus meiner enormen Auswahl in Damenbekleidung empfehle ich ganz besonders:

Das aparte Kleid
aus Rips, Samt, Veloutine und den übrigen eleganten Modestoffen mit außerordentlich reichen Verzierungen

Den eleganten Winter-Mantel
für jung und alt aus molligen Stoffen mit angewebtem Futter Velourdelaine, Ottomane, Seidenottomane, Seal-Plüsch, Astrachan und Krimmer von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung

Reiche Auswahl in Kinderkleidern, -Mänteln

Das Kleid f. Abend u. Feste
in Crepe de chine, Crepe Georgette u. Taft, mit Flitter-, Gold- u. Silberstoffstickereien, Seiden- u. Perlstickereien

Wettinerstraße 33 **Franz Heinze - Ruf 346** **Hauptstraße 28**

Kaffee billig

bei Otto Schmidts Kaffeegroßrösterei, Rosenplatz 9.

Konsum-Mischung Pfd. 240 Pf.
„ ¼ „ 60 „
Wirkl. rein schmeckend u. ergiebig!

Mischkaffee Pfd. 100 Pf.
25% Bohnenkaffee } ungemahlen
75% Malzgetreide }

Der preiswerteste Kaffee
sind meine **Karlsbader Mischungen**

Nur edle Kaffeesorten	¼ Pfd. Nr. IV	80 Pf.
von unerreichter Güte, denn nicht	¼ „ „ III	90 „
nur der Preis, sondern auch die	¼ „ „ II	100 „
Qualität verbilligt!	¼ „ „ I	110 „

Würfelzucker, kristallartig Pfd. 40 Pf.
Zucker, gemahl., Raffinade „ 32 „

Einige Backartikel
wie Sultanin, Rosinen, Mandeln in feinsten Qualitäten zu konkurrenzlos billigen Preisen

Sultanin, Kiup Auslese	Pfd. 80 Pf.	Mandeln, süß Bari mittelgr.	180 Pf.
„ goldgelb	„ 88 „	„ „ „ groß	Pfd. 210 „
„ Orientwunder, mittelhell	110 „	„ „ „ Ries. extra	240 „
„ Goldriesen	Pfd. 120 „	„ bitter Bari groß	220 „
Rosinen, feine Frucht	„ 50 „	Mandelersatz, bitter	Pfd. 140 „
„ Riesen extra	„ 60 „	„ süß	„ 90 „
Korinthen, Gartenfrucht	„ 80 „	Kokosraspel, fein gemahl.	Pfd. 80 „
		Mohn, feine blaue Thür. Ware	80 „

Feinste Weizenmehle

Kaiser-Auszug, halbgriffig	Pfd. 30 Pf.
„ glatt	„ 28 „
Weizenmehl, Saxonia	„ 26 „

6 Prozent Rabatt in Marken

Otto Schmidt Rosenplatz 9 Telefon Nr. 320

Thamsana-Fest-Tage!
11. November — 15. November.

Aus Anlaß der vor 3 Jahren erfolgten Einführung unserer Feinschmecker-Thamsana-Margarine veranstalten wir vom 11. November bis 15. November Thamsana-Fest-Tage und geben beim Einkauf von 1 Pfund zu Mk. 1.— **einen Karton enthaltend 100 gr Schokoladen-Konfekt gratis!**

Die verflossenen 3 Jahre brachten unserer Thamsana einen Erfolg, der in den 27 Jahren des Bestehens unseres Stammhauses Thams & Garfs beispiellos ist und diese Fest-Tage voll und ganz rechtfertigt. Die Einführung unserer Thamsana mußte ein einziger Siegeszug werden, weil sie stets frisch zum Verkauf kommt, immer wie Molkereibutter schmeckt, dauernd nach frischer Milch duftet und regelmäßig denselben Nährwert und Fettgehalt wie Butter hat und in der Pfanne vom zarten Hellgelb bis zum dunklen Braun schäumt, ohne jemals zu spritzen und trotz all dieser hervorragenden Buttereigenschaften nur Mk. 1.— das Pfund kostet.

Die **bekannten Gutscheine,** bei deren Rückgabe Porzellan und sonstige Hausstandsgegenstände umsonst ausgehändigt werden, verabfolgen wir weiterhin.

Thams & Garfs, Riesa, Hauptstr. 54

Schmerz laß nach!
Restlose Hühneraugen- und Hornhaut-Vertilgung.
Best. Mittel geg. Warzen
Nur 50 Pfennig.
Doppel-Fußbad Le Ma Ra
verschafft Wohlbehagen
50 Pfennig.
Millionenfach bewährt.
Nur echt mit dem roten Namenszug Le Ma Ra.
Central-Drogerie Oskar Förster.

Unsere geringen Unkosten gestatten uns, beste Ware zu führen u. billig zu verkaufen.

Größte Auswahl
in
Bettwäsche
Tischwäsche
Frottierwäsche
Damast-handtüchern
Wäschegeschäft
Arthur Hähnel
Schulstraße 5.

Conditorei und Café Grube.
Heute Donnerstag und folgende Tage **Konzert.**

Zur Hochzeit
allen Festen u. Gelegenheiten fertigt Reden, Gedichte, Prologe usw. schnellstens an
Heim-Verlag, Radolfzell Baden-Bodensee.

Pa. Hafermastgänse
empfiehlt ständig, liefere auf Bestellung, sowie gute Rupf- u. Schleißfedern.
Fedor Rendler, Heyda 22.

Bürgerhof.
Morgen Freitag
Schlachtfest.

Morgen Freitag früh
Schlachtfest.
M. Knöfel, Bhf. Röderau

Waldschlößchen Röderau
Morgen Freitag
Schlachtfest.
Um 9 Uhr Wellfleisch.

Lamms Fleischerei Röderau-Bobersen
empfiehlt
frische Knoblauchwurst Pfd. 1.— Mk.
hausschlacht. Blut- u. Leberwurst Pfd. 1.— Mk.

Brauerei-Restaurant Röderau.
Morgen Freitag
Schlachtfest.

Frischgeschossene starke
Hasen
im Fell,
gestreift, gespickt, geteilt
frischgeschoss. Stehwild
wilde Kaninchen
frischgeschlachtete fette Gänse, auch geteilt
lebende Karpfen
Schleie
frische Seefische.
Clemens Bürger.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Gratulationen und Geschenke sagen wir nur hierdurch zugleich im Namen beider Eltern
herzlichsten Dank.
Seitzheim, Novbr. 1927.
Albert Zippmann und Frau Helena geb. Anders.

Prima
Winter-Aepfel
große Tafel- und Wirtschaftsäpfel sowie weiche saftige Birnen empfiehlt im einzelnen, zentnerweise billiger
H. Hofmann
Obstgarten Gröba.

Speisekartoffeln
zu verkaufen
Heyda Nr. 32.

Parkschlößchen.
Morg. Freitag Schweineschlachten.
Ergebenst ladet ein Herm. Vogel.

Möbelwagen — Broermann fragen.

Für die uns anläßlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken herzlichst.
Riesa, Schützenstr. 8, Nov. 1927.
Sattlermeister Oswald Dietrich u. Frau.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres teueren Entschlafenen, des

Kgl. Sächs. Generalleutnants a. D.

Herrn Hugo Alexander von Altrock
auf Gröba

spreche ich zugleich im Namen aller Hinterbliebenen unseren wärmsten Dank aus.

Schloss Gröba, den 9. November 1927.

Else von Altrock geb. von Kommerstädt.

Am 7. November verschied im Virchow-Krankenhaus Berlin nach schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, Herr

Osmar Scheuer

im 31. Lebensjahre. In stiller Trauer

Familie Rudolf Scheuer
Familie Herbert Scheuer
Arthur Grün u. Frau geb. Scheuer

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung am Freitag 1 Uhr von der Friedhofshalle in Riesa aus statt.

An den Folgen eines Betriebsunfalles verschied unser treuer Mitarbeiter, der

Elektromonteur

Herr Martin Hugo Johannes Hanke.

Pflichttreu und mit größter Gewissenhaftigkeit hat er 7 Jahre in unserem Unternehmen gearbeitet und hat sich unser besonderes Vertrauen erworben. Mit Dank werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Gröba, am 10. November 1927.

Elektrizitätsverband Gröba.

Plötzlich und unerwartet schied aus unserer Mitte unser 1. Vorsitzender, der

Monteur Johannes Hanke.

Wir betrauern in ihm einen pflichtgetreuen aufrichtigen Kollegen und vorbildlichen Führer unserer Bewegung.

Wir werden ihn stets in treuem Andenken behalten.

Am 10. 11. 1927.

Freie Vereinigung der Elektromonteure Riesa.

Ich habe ein kurzes schönes Glück besessen.

Mein innigstgeliebter unvergeßlicher Gatte, mein herzensgutes Vatel, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Herr Martin Hugo Johannes Hanke

im Alter von 34 Jahren schied plötzlich von uns.

In tiefstem Schmerze

Elisabeth Hanke geb. Schlechte und Töchterchen Hannemarie sowie alle Hinterbliebenen.

Riesa-Gröba,
Elbweg 8,
am 10. Nov. 1927.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. ½2 Uhr von der Friedhofshalle Gröba aus statt.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten

Oeffentliche Angestellten-Versammlung.

Die Ortsgruppe Riesa des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hatte für Dienstag abend eine im „Wettiner Hof" stattgefundene öffentliche Angestellten-Versammlung einberufen, die von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Herrn Karl Wild geleitet wurde.

Herr Max Kahlert, Dresden, sprach über:

„Die Bankrottwirtschaft des Afa-Bundes".

Er wies einleitend auf die am kommenden Sonntag auch hier stattfindende Neuwahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung hin. Der bevorstehende Sonntag, der 13. November, sei in weiten Kreisen des deutschen Reiches der Gradmesser dafür, wie sich künftig die Entwicklung der Angestelltenversicherung gestalten werde. Mit dem Stimmzettel in der Hand habe die Angestelltenschaft über ihre Geschicke zu entscheiden. Zwei Gruppen, die um das Vertrauen der Angestellten werben, stünden sich gegenüber. Es gelte heute zu prüfen, ob die im Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Privatangestellten vereinigten Verbände ihre Errungenschaften während des Bestehens der Angestelltenversicherung zu behaupten gewillt seien oder ob sie ihre erworbenen Rechte parteipolitischen Tendenzen der Gegner, die von jeher schärfste Gegner einer besonderen Angestelltenversicherung gewesen seien, preisgeben wollen. Der gegnerische Freie Angestellten-Bund (Zentralverband der Angestellten und Deutscher Werkmeister-Verband) fordere die Einbeziehung der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung. Seine Parole laute: „Fort mit der Angestellten-Versicherung und Schaffung einer allgemeinen Volksfürsorge!" — Redner ging in kurzem auf die Entstehungsgeschichte der Angestelltenversicherung, die bekanntlich im Jahre 1913 ins Leben gerufen wurde, ein und bemerkte, daß ursprünglich der Wunsch bestanden habe, eine Pensionsversicherung zu errichten. Dieser Wunsch habe sich aber als nicht durchführbar erwiesen, da errechnet worden sei, daß die Beitragsleistung, die von den Angestellten hätte gefordert werden müssen, eine außerordentlich hohe gewesen wäre, weshalb man auf die bestehende Regelung zugekommen sei. Aber schon damals hätten sich gegenteilige Strömungen unter der Angestelltenschaft bemerkbar gemacht. Der Afa-Bund habe die Angestelltenversicherung nicht nur abgelehnt, sondern er habe sie jederzeit mit allen Mitteln bekämpft, indem er nach wie vor eine Vereinheitlichung der einzelnen Versicherungen zu einer allgemeinen sozialen Fürsorge erstrebt, während die im Hauptausschuß vereinigten Verbände einen weiteren Ausbau der Angestellten-Versicherung und ihrer Leistungen wünschten. In einigen Punkten gehe man mit den Forderungen des Afa-Bundes gleich. Man erstrebe die Verbesserung der Renten durch Erhöhung der Steigerungssätze, die Erhöhung des Kindergeldes von 90 auf 180 RM., die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre, die Herabsetzung der Wartezeit auf 60 Beitragsmonate. Ganz besonders trete man ein für höchste Förderung des Heilverfahrens. In den aufgestellten Forderungen der Gegner der Angestelltenversicherung seien diese aber nicht ernst zu nehmen, weil sie eben das Fortbestehen dieser Sonderversicherung bekämpften und in dem Wahlkampfe nur ihre alte Parole verleugneten. Redner legte dann an der Hand statistischen Materials dar, welche wesentlichen Vorteile die Angestelltenversicherung ihren Versicherten gegenüber denen der Invalidenversicherung biete. So würden von den etwa 25 000 Kollegen, die aus der Angestelltenversicherung Ruhegeld wegen Berufsunfähigkeit beziehen, 10 000 bis 15 000 nach den Bestimmungen der Invalidenversicherung nicht invalide sein. Sie bekämen mithin keinen Pfennig Rente! Von den 35 000 Witwen, die aus der Angestelltenversicherung Renten beziehen, würden 20 000 bis 25 000 sicher aus der Invalidenversicherung keinen Pfennig erhalten, weil sie nicht nachweisen könnten, daß ihre Erwerbsfähigkeit um mindestens 66⅔ Prozent beschränkt ist. Ein Versuch, diese Vorschrift aus der Invaliden-Versicherung nach dem Vorbild der Angestelltenversicherung zu beseitigen, ist auch im letzten Sommer an den hohen Kosten gescheitert. Während das monatliche Ruhegeld in der Angestelltenversicherung im Durchschnitt zur Zeit 68 RM. beträgt, nennt die Reichsregierung als Durchschnittszahl für die Höhe einer Invalidenrente den Betrag von 30 bis 33 RM. in den Städten. In der Invalidenversicherung erhält eine Witwe im Durchschnitt jährlich 236 RM., in der Angestelltenversicherung aber 480 RM.! Die Waisen der Angestelltenversicherung stehen sich in demselben Verhältnis besser gegenüber den Waisen der Invalidenversicherung, wie das bei den Ruhegeldempfängern der Fall ist. Die Beiträge zur Invalidenversicherung schwanken zwischen 5 bis 6,7 Prozent des Mittelbetrages der Lohnklassen, im Durchschnitt 5,71 Prozent. In der Angestelltenversicherung sind nur Beiträge von 4 bis 5,5 Prozent, im Durchschnitt 4,75 Prozent, trotz der bedeutend höheren Leistungen, zu zahlen. Aus dem Angeführten sei zu ersehen, daß die Leistungen der Angestelltenversicherung durchaus beachtliche seien. Es sei ein Instrument geschaffen worden, nach reellen Grundlagen zugeschnitten. Die Angestelltenversicherung trage sich selbst, ohne irgendwelchen Reichszuschuß; sie sei von vornherein auf sicherer Grundlage aufgebaut worden. Eine weitere Forderung des Afa-Bundes sei die Steigerung des Grundbetrages um 50 Prozent; aber eine Steigerung in dieser Höhe sei für einen kaufmännisch Denkenden unerfüllbar, denn die Behauptung der Gegner, die Angestelltenversicherung „schwimme förmlich im Geld" sei nicht stichhaltig. Es könne nicht davon die Rede sein, daß die Versicherung ein Vermögen von 568 Millionen zu verzeichnen habe. Der tatsächlich vorhandene Betrag sei nicht „Vermögen", sondern die „Aktiva", von der die „Passiva" abgehe. Für 2,8 Millionen Versicherte blieben nur 61 Millionen als Rücklage oder pro Kopf nur rund 22 Reichsmark, denn die 108 000 Renten hätten allein einen Kapitalwert von 472 Millionen RM. Auch der von den Gegnern geforderte Uebergang zum Umlageverfahren sei nicht auf die Dauer durchführbar. Zwar sei eine Rentenerhöhung im Augenblick möglich, in einigen Jahren aber würde sie zum Bankrott führen. Ein treffendes Beispiel, wie teuer das Umlageverfahren ist, biete die Angestelltenknappschaft. Das Umlageverfahren und die vom Afabund versprochene Rentenerhöhung würde nur den heutigen Rentenempfängern zugute kommen und ginge auf Kosten der heutigen Beitragszahler, deren spätere Ansprüche nicht erfüllt werden könnten, weil keine Mittel mehr vorhanden seien. Die Forderung des Umlageverfahrens sei also unklug. Die Politik des Afabundes lehne der Hauptausschuß ab, weil sie zum Bankrott und damit zu der von den Gegnern erstrebten Zertrümmerung der Angestelltenversicherung führen muß. Redner kam in seinen weiteren Ausführungen noch auf die von gegnerischer Seite angestrebte Aenderung des Wahlsystems, auf die Stellungnahme der Arbeitgeber und der Regierungsstellen zu dem Versicherungswesen zu sprechen und schilderte das Verhalten der Vertreter des Afa-Bundes in der Oppositionsstellung, sowie die Zusammensetzung des Arbeitsgerichts. Wiederholt betonte er, daß die Gegner ihren Vernichtungskampf gegen die Angestelltenversicherung weiter führten, wodurch sie die Verschmelzung mit der erheblich leistungsschwächeren Invalidenversicherung erstrebten, und zwar aus rein parteipolitischen Zwecken. Er streifte des weiteren die Besetzung des Vorstandes der Ortskrankenkassen und nahm schließlich noch Stellung zur Vermögensverwaltung der Reichsversicherungsanstalt. Um die Rentenansprüche der Versicherten und ihrer Hinterbliebenen zu sichern, sammelt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Rücklagen an, über deren Notwendigkeit sich die einsichtigen Versicherten klar sind. Oberster Grundsatz bei der Anlage dieser Rücklagen ist im Interesse aller Versicherten die einwandfreie Sicherung der Anlage. Hinzu kommt der Punkt, daß die ausgeliehenen Mittel auch zu volkswirtschaftlich und sozial nützlichen Zwecken verwendet werden. Weiter ist es im Interesse der Versicherten, eine ausreichende Verzinsung zu berücksichtigen. Wenn alsdann noch Auskiese möglich ist, dann werden die Mittel möglichst gleichmäßig an die Kreise zurückgeführt, die sie aufgebracht haben. Zum großen Teil kommen die Mittel der Angestelltenversicherung dem Wohnungsbau zugute. Die an Gemeinden und Gemeindeverbände gewährten Darlehen für Wohnungsbauzwecke werden mit der Bedingung gegeben, bei Vergebung der zu erstellenden Wohnungen versicherte Angestellte vorzugsweise zu berücksichtigen. Daneben wird der Wohnungsbau durch unmittelbare Gewährung von Hypothekendarlehen an gemeinnützige und ähnliche Bauvereinigungen und an einzelne Versicherte unterstützt. Hierbei erfährt eine besondere Berücksichtigung die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten („Gagfah"). Insgesamt wurden im Jahre 1926 für Wohnungsbauten rund 35 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. In ihrem Kampf gegen die Angestelltenversicherung haben die Sozialdemokraten und Afa-Bündler auch besonders Angriffe gegen die Vermögensanlage der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gerichtet. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die allgemeinen Grundsätze für die Anlegung des Vermögens im Jahre 1924 unter Mitwirkung von Vertretern des Afa-Bundes beschlossen wurden. Niemals haben die Vertreter des Afa-Bundes gegen die von einer gesunden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Vernunft getragenen allgemeinen Grundsätze Einspruch erhoben. Wenn mit den heutigen Angriffen die eigenen Vertreter desavouiert werden, so weiß jeder, daß es sich hierbei nur um Wahlmache handelt. — Redner forderte zum Schluß alle Kaufmannsgehilfen und Angestellten auf, am kommenden Sonntag ihrer Wahlpflicht zu genügen und keine Stimme für den Afa-Bund abzugeben. Wer für die Erhaltung der selbständigen Angestelltenversicherung sei, wer sich für seine Versicherungsbeiträge nicht durch ein billiges Versprechen auf unerfüllbare Leistungen abspeisen lassen wolle, wer für sich und die Seinen eine unbedingt sichergestellte und ausreichende Versorgung erstrebe, der müsse seine Stimme abgeben, für die Listen der Hauptausschußverbände. — Die Ausführungen des Referenten wurden mit starkem Beifall aufgenommen. — In der anschließenden Aussprache wurden die vom Referenten dargelegten Aufklärungen nochmals unterstrichen und befürwortet. Es sprachen Kollegen des GdA. und des DHV., während die gegnerische Seite scheinbar nicht vertreten war. — In seinem Schlußwort kennzeichnete der Vortragende das Verhalten der Gegner, die es bei ähnlichen Versammlungen fast überall vorzögen, zu kneifen, anstatt in Rede und Gegenrede Rechenschaft abzulegen. Nachdem er noch einige Worte an die Mitglieder des Deutschen Werkmeister-Verbandes gerichtet hatte, erreichte die Versammlung um 10 Uhr ihr Ende. Zuvor hatte auch der Versammlungsleiter, Herr Wild, nochmals an die Wahlpflicht jedes einzelnen Kollegen appelliert. Es gelte, den Gegnern die gebührende Antwort zu geben.

Die Besoldungsreform vor dem Ausschuß.

gn. Berlin. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Haushaltsausschuß des Reichstages die Absicht hat, **zur gründlichen Durchberatung der Besoldungsreform einen besonderen Unterausschuß einzusetzen.** Es wird damit gerechnet, daß **die ganze Neuregelung der Beamtenbezüge auf einen späteren Termin verschoben wird, also nicht als vom 1. Oktober ab in Kraft befindlich betrachtet werden soll.** In diesem Fall würden die **Vorschüsse jedoch weiter gezahlt** werden. Weiter hören wir, daß gegen die Neueinstufungen, wie sie die Regierungsvorlage vorgesehen hat, so viele Bedenken laut geworden sind, daß man in Erwägung zieht, das jetzige Gruppensystem beizubehalten.

vbz. Berlin. Die Einzelberatung über die Besoldungsordnung wurde am Mittwoch im Haushaltsausschuß des Reichstags fortgesetzt. Dabei entwickelte sich eine **ausführlichere Debatte über die Versorgungsanwärter.** Beschlüsse wurden aber auf Wunsch der Regierung noch für einen späteren Zeitpunkt der Beratung zurückgestellt.

Ministerialrat Eblck erklärte lediglich, für die **künftig zu** versorgenden Militäranwärter solle ein weiteres Dienstjahr auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden, also bis zu neun Jahren. Tue man mehr, so würden die Zivilanwärter schlecht gestellt. Durch einen angenommenen Antrag der Regierungsparteien wurde auch der Dienst im Reichswasserschutz neben dem im Heere, in der Marine und der Schutzpolizei zur Berücksichtigung in das Gesetz aufgenommen, so daß die bisherige Sonderstellung in dieser Beziehung **beseitigt ist. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.**

Die Regierung ließ im weiteren Verlauf der Debatte erklären, daß sie ihre Absichten in der Frage der **Festsetzung des Besoldungsdienstalters für die Schwerkriegsbeschädigten,** die in den Ausführungsbestimmungen ihren Niederschlag finden sollen, bei der zweiten Lesung mitteilen werde. Der Ausschuß nahm dazu einen Antrag der Regierungsparteien an, der die Reichsregierung ersucht, **das Besoldungsdienstalter der auf Grund des Beamtenscheins angestellten schwerkriegsbeschädigten Beamten angemessen zu verbessern und das Nähere in den Ausführungsbestimmungen zu regeln.** Bei dem Gesetzesteil, der die Uebernahme von Personen betrifft, die zunächst außerhalb des Reichsbeamtenverhältnisses einen Lebensberuf gefunden hatten, fand unter Ablehnung weitergehender Anträge der Oppositionsparteien ein Antrag der Regierungsparteien Annahme, die **Offiziere und Deckoffiziere** in dieser Hinsicht in die Bestimmungen für die Reichsbeamten aufzunehmen.

Mehrere Regierungsvertreter hatten vorher dargelegt, daß man sich eingehend mit der Lösung der Frage der Unterbringung der Wartestandsbeamten beschäftige. Ausgeschlossen sei es, das in der Debatte gestellte Verlangen zu erfüllen, und dem Arbeiter und Angestellten, der in den Reichsdienst tritt, die Ansprüche aus der Sozialversicherung durch Anrechnung von Dienstzeit auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit zu erhalten. Unverändert wurde der Gesetzesteil angenommen, daß **der Beamte von der Festsetzung seines Besoldungsdienstalters schriftlich zu benachrichtigen** ist und daß die Entscheidungen der Verwaltungsbehörde über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters für die Beurteilung der vor dem Gericht geltend gemachten vermögensrechtlichen Ansprüche maßgebend sind. Gegen letzteren Passus hatten sich die Oppositionsparteien gewendet.

Bei **Besprechung des Wohnungsgeldzuschusses** erklärte Ministerialdirektor Dr. Lotholz, die **Regierung halte am Wohnungsgeld-Zuschuß fest und lehne das System des Ortszuschlages ab.** Auch hier wurde unter Ablehnung weitergehender Anträge der Oppositionsparteien — die insbesondere den Ortszuschlag wollten — ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die Vorschrift streicht, daß Beamte und Soldaten, die eine Dienstwohnung innehaben, keinen Wohnungszuschuß erhalten sollen. Bei Einräumung einer Dienstwohnung wird den Beamten der ortsübliche Mietswert berechnet.

Die Weiterberatung wurde vertagt.

Besoldungsreform und Parteien.

X Berlin. Gestern fanden im Reichstag **interfraktionelle Besprechungen** über die Besoldungsreform statt. Zu Beschlüssen ist es noch nicht gekommen. Anscheinend will man, wie es in der D. A. Z. heißt, die Sitzung des Zentrums am Donnerstag abwarten. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat gestern einstimmig beschlossen, an dem Besoldungsreform-Entwurf des Reichsfinanzministers festzuhalten. Auch von der Deutschen Volkspartei wird nach dem genannten Blatt erklärt, daß Pläne, die Besoldungsreform hinauszuschieben, oder etappenweise vorzugehen, oder sie mit der Verwaltungsreform zu verknüpfen, nicht in Frage kämen. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei wird heute in Berlin zur Beratung der schwebenden politischen Fragen zusammentreten.

Das Steuervereinheitlichungs-Gesetz vor dem Reichswirtschaftsrat.

ebz. Berlin. Der Finanzpolitische Ausschuß des vorl. Reichswirtschaftsrats erledigte den Bericht seines Arbeitsausschusses für das Steuervereinheitlichungsgesetz. Dem auf die Vereinheitlichung hinzielenden Grundgedanken wurde grundsätzlich zugestimmt. Beim Mantelgesetz war die Mehrheit der Auffassung, daß das Grund- und Gewerbesteuer-Rahmengesetz dem endgültigen Finanzausgleich den Weg bereiten solle. Die im Gesetz vorgesehene Befugnis der Länder zur Erweiterung der Steuerbefreiungen wird als dem Gedanken der Vereinheitlichung widersprechend bezeichnet; sie führe auch zu einer Herabminderung des Steueraufkommens, weshalb Streichung dieser Bestimmung beschlossen wurde. Für den landwirtschaftlichen Kleinbesitz soll eine Ermäßigungsmöglichkeit gegeben werden. Die Meßzahl beim Grundsteuer-Rahmengesetz wurde von 9 vom Tausend in 1 vom Hundert abgeändert.

Zum Gewerbesteuer-Rahmengesetz wurde u. a. verlangt, daß die im § 27 vorgesehenen Steuerbefreiungen von Amts wegen, also ohne Antrag, zu erfolgen haben. Weiter wurde **eine reichsgesetzliche Rahmenregelung für die Gewerbesteuerpflicht des Wandergewerbes gefordert.**

In einer Entschließung wird die bisherige allgemeine **Freistellung der freien Berufe von der Gewerbesteuer** für nicht mehr angemessen bezeichnet und Abänderung dieses Zustandes gewünscht. Auch die gewerblichen Nebenbetriebe der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und des Gartenbaus sollen zur Gewerbesteuer herangezogen werden, ebenso Werks-Konsumanstalten. Für die **Reichsbahn und Reichspost** wird nur eine beschränkte Freistellung von der Gewerbesteuer zugebilligt, und eine Freistellung der **Staatsbanken** wird abgelehnt. Der grundsätzlichen Regelung der **Besteuerung: Gewerbeertrag plus Gewerbekapital plus Lohnsumme wurde zugestimmt.** Hauptgrundlage soll der Ertrag sein, und zwar soll baldmöglichst der **dreijährige** Durchschnitt des Ertrages für die Besteuerung berücksichtigt werden. **Konsumgenossenschaften sollen den Rundengewinn versteuern.** Steuerfrei soll sein ein Gewerbekapital bis 20 000 und eine Lohnsumme bis 10 000 RM. Die Filialsteuer wurde abgelehnt.

Bei der **Landwirtschaft** sollen die Wohnräume zur Hauszinssteuer herangezogen werden. Gestrichen wurde der Passus, daß die Reichsregierung vor dem 1. April prüfen wird, ob und inwieweit noch ein Fortbestehen dieser **Gebäudeentschuldungssteuer** erforderlich ist. Dann wird eine sachgemäße Prüfung der wirtschaftlichen Belastung des städtischen Hausbesitzes gefordert. Beim **Steueranpassungsgesetz** wurde für die vorgesehenen Finanzgerichte eine unabhängige Stellung für deren Mitglieder gewünscht.

Abgelehnt wurde aber die Einführung eines obligatorischen Anhörungsrechtes der Berufsvertretungen vor der Fassung der gemeindlichen Umlagebeschlüsse bei den Realsteuern.

Die Gemeinden sollen sparen.

vdz. Berlin. Nach der „Nachtausgabe" hat die in der Denkschrift des Reparationsagenten enthaltene Kritik an der Anleihepolitik der deutschen Länder und Gemeinden auch im Berliner Magistrat und unter den Stadtverordneten großen Eindruck hervorgerufen. Man neigt dort der Auffassung zu, daß die Anleihepolitik ein Ende hat, also die Zeit vorbei ist, in der große und kleine Pläne beschlossen werden, ohne nach der Deckung zu fragen und einfach den für die Gegenwart bequemen Anleiheweg zu beschreiten. In Verbindung hiermit stehen Gerüchte, wonach man in städtischen Kreisen mit der **Ernennung eines Sparkommissars für die deutschen Städte** rechnet. Aus dem Reichsfinanzministerium erfährt das genannte Blatt, das diese Absicht tatsächlich besteht. Allerdings soll nicht etwa ein besonderer kommunaler Sparkommissar eingesetzt werden, sondern ein Beamter des Sparkommissars Sämisch wird mit der Aufgabe betraut werden, vielleicht schon in den nächsten Tagen das Gebiet der kommunalen Anleihen zu studieren und besonders dahin zu wirken, daß eine Rationalisierung der gesamten städtischen Finanzen erfolgt.

•

Keine Finanzkontrolle über die Gemeinden.

X Berlin. Das verbreitete Gerücht, wonach ein Beamter des Reichssparkommissars delegiert werden soll, um die Gestaltung der Gemeindefinanzen und insbesondere ihre fortschreitende Rationalisierung zu überwachen, entbehrt, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, jeder Grundlage.

7 Millionen Mark Hindenburgspende.

Zu einer Mitteilung des Kyffhäuserbundes, wonach sich das Ergebnis der Hindenburg-Spende auf rund 7 Millionen beläuft, bemerkt die Tägliche Rundschau, daß sich zur Zeit genaue Angaben über das Ergebnis noch nicht machen lassen, da der Abschluß erst Mitte November erfolgen wird. Man könne aber annehmen, daß die Summe von sieben Millionen Mark ungefähr das Richtige trifft.

Um das Zweischichten-System.

vdz. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat den ersten Teil des Arbeitsschutzgesetzes begutachtet, der Rest des Entwurfs wird in den nächsten Monaten erledigt werden. Dabei wurden eine Reihe von Aenderungen meist auf Antrag der Arbeitgebervertreter beschlossen, während die Arbeitnehmervertreter im allgemeinen in der Minderheit blieben. Auf Antrag der Arbeitnehmer wurde lediglich eine Bestimmung eingefügt, wonach auch auf Freiheitsstrafe erkannt werden kann, wenn durch Unterlassungen oder wiederholte Nichtbeachtung von Anordnungen Personen zu Schaden gekommen sind.

Die Bestimmungen über die regelmäßige Arbeitszeit und über eine andere Verteilung bei Arbeitsausfall, Schichtwechsel usw. blieben gegen die Stimmen der Arbeitnehmer im wesentlichen unverändert.

Eine lebhafte Aussprache fand über den § 11 statt, der in Betrieben mit ununterbrochener Arbeit das Zweischichten-System mit 56-stündiger Arbeitswoche vorsieht. Das von den Arbeitnehmern beantragte Dreischichten-System wurde abgelehnt, aber eine Entschließung gefaßt, in der die baldige Ersetzung des Zweischichten-Systems durch das Dreischichten-System gefordert und der Reichsarbeitsminister ersucht wird, den bisherigen Zustand nur dort noch bestehen zu lassen, wo volkswirtschaftliche Notwendigkeiten gegeben seien.

Wichtig ist auch die Annahme eines Antrages der Arbeitgeberseite, die unbegrenzte Ueberarbeit, wie sie bei außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen eintreten und auf andere Weise nicht zu beseitigen sind, auch für öffentliche Verkehrsbedürfnisse gelten zu lassen. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Arbeitnehmer auf Einführung einer zwölfstündigen Minimal-Ruhezeit für Angestellte.

•

Arbeitszeit in den Stahl- und Walz-Werken.

)(Berlin. Die Großeisenindustrie hat vor kurzem beim Reichsarbeitsminister beantragt, die Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung über die Arbeitszeit in den Stahl- und Walz-Werken vom 16. Juli 1927 im Hinblick auf große technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verlängern. Ueber diesen Antrag hat am 9. November im Reichsarbeitsministerium eine Aussprache mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer stattgefunden, in der die Gründe für und gegen ein Hinausschieben des Inkrafttretens eingehend durchgesprochen wurden. Zur Prüfung der für den Antrag vorgebrachten Gründe werden noch weitere Ermittelungen erforderlich sein. Inzwischen wird die Großeisenindustrie gebeten werden, ihre Vorbereitungen für die Inkraftsetzung der Verordnung wegen dieser Ermittlungen nicht zu unterbrechen.

Verabschiedung des Kraftfahrzeugsteuergesetzentwurfs durch das Reichskabinett.

)(Berlin. Das Reichskabinett hat gestern unter Vorsitz des Reichskanzlers den Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes verabschiedet. Der Entwurf sieht von der Einführung einer Betriebsstoff-, Reifen- oder Kilometersteuer ab und schlägt Festhaltung am Pauschsteuersystem vor. Krafträder und Personenkraftwagen sollen in Zukunft nicht mehr nach Steuerpferdestärken, sondern nach dem Hubraum (Hubvolumen) besteuert werden, und zwar sollen in Anlehnung an die geltenden Steuersätze für je 100 Kubikzentimeter Hubraum bei Rädern 8 RM., bei Personenwagen 12 RM. erhoben werden. Die geltenden hohen Steuersätze für stärkere Personenwagen sollen durch Fortfall der geometrischen Staffelung des Steuertarifs gemildert werden. Für Kraftomnibusse, Lastkraftwagen und Zugmaschinen bleiben Steuermaßstab und Steuertarif unverändert. Die Erhebung landesrechtlicher Abgaben von Kraftfahrzeugen, sei es in Form von Beiträgen für außergewöhnliche Wegeabnutzung (Vorausleistungen), sei es in Form von Wege- oder Brückengeldern soll weiterhin unzulässig sein. Zur Abgeltung dieser Abgaben und im Hinblick auf die erheblichen finanziellen Erfordernisse der Wegeunterhaltung soll der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1928 in der gleichen Höhe wie bisher, nämlich auf 25 v. H., festgesetzt werden. Erleichterungen sollen geschaffen werden durch Verbilligung der kurzfristigen Steuerkarten, Einführung vierteljährlicher Teilzahlungen und Erweiterung der Erstattungsvorschriften. Das Steueraufkommen, das für das Rechnungsjahr 1927 auf 150 Millionen RM. angenommen wird, wird für 1928 nach den Vorschlägen des Gesetzentwurfes auf 160 Millionen RM. geschätzt. Die neue Regelung soll am 1. April 1928 in Kraft treten, bis dahin soll die jetzige Vorschrift weitergelten.

Das Programm der Reise nach Wien.

vdz. Berlin. Der Reichskanzler Dr. Marx und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann fahren am 13. ds. Mts. abends von Berlin ab und treffen am 14. vormittags in Wien ein. Sie werden beim deutschen Gesandten Wohnung nehmen; die Herren ihrer Begleitung werden als Gäste der österreichischen Regierung in einem großen Hotel Quartier erhalten. Am 14. vormittags findet ein Besuch bei dem Bundeskanzler D. Seipel statt, an den sich um 1 Uhr ein Frühstück bei dem Bundespräsidenten Hainisch anschließt. Abends um 8 Uhr findet der große Empfang der österreichischen Regierung für die reichsdeutschen Besucher statt, wobei Reden ausgetauscht werden. Am 15. vormittags wird das Kloster Neuburg besucht; am Nachmittag ist in der deutschen Gesandtschaft ein Empfang der reichsdeutschen Kolonie in Wien vorgesehen, wobei wiederum ein Austausch von Ansprachen stattfinden wird. Am Abend ist eine Festvorstellung im Opernhaus und danach ein Essen beim österreichischen Kriegsminister Schmidt. Am nächsten Tage vormittags reist der Reichskanzler nach München ab, wo er 24 Stunden verbleiben wird. Der Reichsaußenminister bleibt voraussichtlich am 16. noch in Wien und reist abends ab, sodaß er am 17. wieder in Berlin eintrifft. Der Reichskanzler fährt am 18. nach Berlin zurück.

Drahtlose Telephonie mit Ozeandampfern.

)(Die Deutsche Reichspost hält die Funktechnik für soweit fortgeschritten, daß man ernstlich daran gehen kann, einen Fernsprechverkehr zwischen dem Festlande und weit auf den Weltmeeren schwimmenden Dampfern aufzubauen. Die Reichspost hat bereits vor einiger Zeit einmal ausgiebige Fernsprechversuche mit schwimmenden Dampfern von der drahtlosen Station Norddeich aus unternommen. Dieser versuchsweise Fernsprechverkehr arbeitete so gut, daß er auch auf den gewöhnlichen Landleitungen nach Berlin übertragen werden konnte. Jetzt hat die Reichspost den Dampfer „Höter" ausgerüstet, der in der allernächsten Zeit seine Versuchsfahrten auf der Nordsee und auf der Ostsee aufnehmen wird. Er ist vor allem mit einer Gegensprecheinrichtung ausgerüstet. Diese neue technische Errungenschaft soll daraufhin ausgeprobt werden, mit welchem Zuverlässigkeitsgrad sie von auf hoher See befindlichen Dampfern bei jedem Wetter benutzt werden kann.

Ein Reparationspolitischer Ausschuß der Reichsregierung.

)(Berlin. Das Reichskabinett stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines Reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuß soll danach unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen, entsprechend dem interministeriellen Handelspolitischen Ausschuß aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

Beilegung des tschechoslowakischen Eisenbahnerkonflikts.

WTB. Prag, 9. November. In der heutigen Sitzung der Exekutive der Eisenbahner wurde der Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Eisenbahner den übrigen Staatsangestellten gleichzustellen, wobei der Eisenbahndienst speziell bewertet werden soll und bedeutend größere Geldbeträge für die Regulierung aufgewendet werden sollen, als sie bisher bewilligt waren, als annehmbare Basis für weitere Verhandlungen bezeichnet. Die Exekutive empfiehlt daher allen Angestellten, die durch die Unterbrechung der Verhandlungen hervorgerufene Bewegung (passive Resistenz) zu beenden und die Arbeit wie vor der Unterbrechung der Verhandlungen in normaler Weise wieder aufzunehmen.

Der serbisch-französische Bündnisvertrag.

Die sichtliche Aufregung, die die Unterzeichnung des jugoslavisch-französischen Bündnisvertrages in ganz Italien ausgelöst hat, führt die französische Presse offensichtlich zu dem Bemühen, die ganze Angelegenheit als möglichst harmlos und unwert einer Aufregung hinzustellen. Paris versichert, daß die Verhandlungen zum Abschluß eines Vertrages zu dreien, das heißt, zwischen Frankreich, Italien und Jugoslavien schon seit nahezu zwei Jahren im Gange seien und das Frankreich bis jetzt mit einer Unterschrift unter sein Abkommen mit Jugoslavien nur deshalb gezögert hätte, um Italien Gelegenheit zu geben, gleichfalls mit Belgrad zu einer Einigung zu kommen. Diese Beweisführung der französischen Presse hat das eine für sich, daß sie richtig ist. Das hindert aber nichts an der Tatsache, daß der Abschluß eines französisch-südslavischen Vertrages im Augenblick der heftigsten Differenzen Mussolinis mit Belgrad als ein schwerer Schlag in Rom empfunden wird. Man hört, daß der italienische Gesandte in Belgrad nach Rom zur Berichterstattung abgereist sei. Auch diese Tatsache ist ein Beweis dafür, wie ernst die Regierung Mussolinis die Situation auffaßt. Es bleibt nun abzuwarten, auf welche Weise Italien den Schlag zu parieren gedenkt. Die Tanger-Frage zeigt Mussolini sehr nachdrücklich die Richtung, in der er seine Bemühungen einsetzen müßte, um die augenblickliche Begeisterung in Paris für den Vertrag etwas abzudämpfen. Vorderhand begnügt sich allerdings die italienische Presse damit, eine maßlose Hetze gegen das südslavische Gewaltregiment in Mazedonien anzustimmen.

Evangelische Kirchentagung in Posen.

Warschau. Unter stärkster Beteiligung der evangelischen Bevölkerung von Posen und Pomerellen begann in Graudenz die diesjährige kirchliche Woche der Unierten Evangelischen Kirche. Die dreitägige Verhandlung wird von Generalsuperintendent D. Blau, Posen, geleitet und steht unter dem Gesamtthema „Evangelium und Volkstum".

„Das laufende Band."

vdz. Im Rahmen des von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin in Verbindung mit der Gesellschaft von Freunden der Handelshochschule veranstalteten Vortragszyklus sprach der Vorsitzende des Direktoriums der Siemens-Schuckert-Werke Dr. ing. Koettgen über „Das laufende Band".

Er setzte sich dabei mit dem System der fließenden Fertigung, der örtlich fortschreitenden, zeitlich bestimmten lückenlosen Folge von Arbeitsgängen auseinander. Fließende Fertigung sei an sich nichts neues, denn in der Chemie, auf vielen Gebieten der Ernährungsindustrie, bei den Spinn- und Webeverfahren, bei Hoch- und Stahlöfen, in Hüttenwerken usw. sei sie seit langen Jahren altbewährt. Sie habe sich aber weitere Gebiete erobert und auch in ihren Formen erhebliche Fortschritte gemacht, wobei Amerika zahlreiche Anregungen gab. Eine gewisse Monotonie lasse sich für die „fließende Fertigung" nicht bestreiten und besonders dann, wenn, wie in Amerika, die einzelnen Arbeitsoperationen bis ins Kleinste unterteilt, in ununterbrochener Folge kurzfristig zu wiederholen sind. In der deutschen Industrie sei dies aber kaum der Fall, weil die sehr viel geringeren Mengen eine Unterteilung in weniger und daher langfristigere Operationen zulassen. Vor allem aber müsse unterschieden werden zwischen fließender Arbeit, bei der das Tempo durch einen antreibenden Motor dem Arbeiter aufgezwungen wird, und den Fällen, in denen die Arbeiter selbst freiwillig das Tempo bestimmen. Die erstere, anstrengendere Einrichtung sei aber bei weitem die seltenere. Für den Arbeiter bringe eine gut eingerichtete fließende Arbeit mehr Verdienst, für den Unternehmer eine Senkung der Selbstkosten und für die Allgemeinheit die Hoffnung auf Preissenkung.

Politische Tagesübersicht.

Abg. Emminger kündigt eine Regierungskrise und Reichstagsauflösung an. In einer Rede, die der frühere Reichsjustizminister Reichstagsabgeordneter Dr. Emminger (Bayer. Vpt.) in Immenstadt im Allgäu hielt, sagte er, nach einem Bericht des „8-Uhr-Abendblatts", daß man mit vollen Segeln auf eine Regierungskrise im Reich zusteuere. In den letzten Ausschußsitzungen habe man gesagt, es werde nichts helfen, der Reichstag werde in den nächsten Wochen oder Monaten aufgelöst werden. Emminger warnte davor, vorzeitige Wahlen heraufzubeschwören, da im Jahre 1928 auch England und Frankreich ihre Parlamente und die Vereinigten Staaten ihren Präsidenten neu wählen würden, und daß man zunächst den Ausgang dieser Wahlen abwarten solle.

Abgelehnter kommunistischer Amnestie-Antrag. Im Rechtsausschuß des preußischen Landtags stand am Dienstag auch ein kommunistischer Amnestie-Antrag zur Aussprache, der in Erweiterung der Hindenburg-Amnestie grundsätzlich allen wegen politischer Verbrechen und Vergehen in Preußen abgeurteilten Personen mit Ausnahme der an den „Mordtaten oder Mordverschwörungen der Organisation „Consul" und anderer Rechtsverbände Beteiligten" Straffreiheit gewähren wollte. — Nach längerer Debatte wurde der Antrag gegen die Kommunisten abgelehnt.

Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei ist zu einer Sitzung auf Sonntag, den 4. Dezember, in den Reichstag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die politische Lage, wobei der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Koch-Weser, allgemeinpolitische Fragen und die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Bäumer das Reichsschulgesetz behandeln wird. Ferner wird sich der Parteiausschuß mit den Kandidaten-Aufstellungen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag beschäftigen.

20 Millionen Dollar-Anleihe des Norddeutschen Lloyd. Die Anleiheverhandlungen des Norddeutschen Lloyd in Bremen, die seit einiger Zeit mit einer amerikanischen Bankengruppe unter Führung von Kuhn, Loeb und Co. und der Guaranty Trust Comp., Newyork, geführt wurden, sind, wie WTB.-Handelsdienst erfährt, nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Anleihe im Betrage von 20 Millionen Dollar, für die Sicherheiten nicht gestellt werden, ist mit 6 Prozent verzinslich und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Als Trustees fungieren die Guaranty Trust Comp., Newyork, und die Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin.

Aus der Diplomatie. Der estnische Gesandte Menning ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Die Berliner Reise Dr. Jackowskis. Angesichts der bereits gemeldeten Unpäßlichkeit des Direktors des politischen und wirtschaftlichen Departements des polnischen Ministeriums des Aeußeren, Dr. Jackowski, sowie mit Rücksicht auf den schon vor längerer Zeit für den 18. d. M. vorgesehenen Besuch des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann in Wien ist die Abreise Jackowskis nach Berlin um einige Tage verschoben worden. Seine Zusammenkunft mit Minister Dr. Stresemann ist endgültig für den 17. d. Mts. vorgesehen.

Rücktritt des Kattowitzer Stadtpräsidenten. Wie aus Kattowitz aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, ist die Pensionierung des Kattowitzer Stadtpräsidenten Dr. Gornik eine beschlossene Tatsache. Dr. Gornik hat allerdings nach einem sechswöchigen Urlaub seinen Dienst wieder angetreten, doch zwingen ihn, wie amtlich mitgeteilt wird, Gesundheitsrücksichten zur Niederlegung seines Amtes. Die tatsächlichen Gründe seines Rücktritts sind aber zweifellos nationalpolitischer Natur.

Die Frage des österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschlusses. In der 2. Vollversammlung der Delegation für den österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluß erklärte der zum Obmann des Vorstandes gewählte Kammerrat Kandl in einer Ansprache über die nächsten Aufgaben der Delegation u. a.: Die Anschlußfrage ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Heute ist die österreichische Wirtschaft nicht lebensfähig; es läßt sich aber gar nicht voraussehen, welch ungeheuren Auftrieb sie durch die Angliederung an die Deutschlands gewinnen würde. 90 Prozent aller wirtschaftlichen Kreise Oesterreichs haben dies klar erkannt, und gerade im Gedanken an die Zukunft des österreichischen Volkes muß der Anschluß an das große Wirtschaftsgebiet Deutschland gesucht werden.

Urteilsverkündung im Budapester Kommunistenprozeß. Im Kommunistenprozeß wurde gestern das Urteil verkündet. Der Gerichtshof sprach den größten Teil der Angeklagten schuldig des Verbrechens des gewaltsamen Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung und verurteilte den Hauptangeklagten, den ehemaligen bolschewistischen Volkskommissar Zoltan Szanto, zu 8½ Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Amtsverlust und Verlust der politischen Rechte während dieser Zeit, Stephan Vagi zu 4½ Jahren Zuchthaus und Verlust der politischen Rechte auf 10 Jahre, Stephan Gosztola und Joh. Kriesel zu je 4 Jahren und Alexander Pohl zu 3½ Jahren Zuchthaus. 30 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von acht Monaten bis 3½ Jahren verurteilt, während 10 Angeklagte freigesprochen wurden. Während der Urteilsverkündung kam es zu Skandalszenen. Die Angeklagten ließen den Bolschewismus hoch leben und störten auch durch sonstige Zwischenrufe die Verlesung des Urteils. Die Gefängniswärter konnten nur mit großer Mühe die Ordnung aufrechterhalten. Der Präsident verhängte über die Skandalmacher eine Ordnungsstrafe von 4—5 Tagen Dunkelzelle.

Ausschluß der russischen Oppositionsführer aus der KPR. bevorstehend? Die Presse veröffentlicht einen Beschluß des Büros des Moskauer Komitees der Kommunistischen Partei der USSR., in dem die Notwendigkeit des Ausschlusses Trotzkis, Sinowjews, Kamenews, Smilgas und anderer Oppositionsführer aus der Partei und die Unmöglichkeit ihrer Belassung in verantwortlichen staatlichen Posten dargelegt wird. Der Beschluß stellt die politische Niederlage der Trotzkisten während der Oktober-Manifestationen fest und weist darauf hin, daß die Versuche der Trotzkisten, eine Gegendemonstration zu organisieren, nicht anders als eine sowjetfeindliche Aktion zu betrachten sei und daß die gesamte Tätigkeit der Opposition in der gegenwärtigen Periode die Tätigkeit einer zweiten, nicht-bolschewistischen, sondern trotzkistisch-menschewistischen Partei darstellt. Das Büro erachtet es für notwendig, seinen Antrag unverzüglich dem Zentralkomitee der Partei zu unterbreiten.

Politische Verhaftungen in Südtirol. Die Neue Freie Presse meldet aus Innsbruck: In Taufers in Südtirol wurden 24 Männer verhaftet, die beschuldigt werden, am Jahrestage des Marsches nach Rom Plakate mit dem Bildnis Mussolinis sowie Aufrufe mit Oelfarben überstrichen zu haben.

Vorträge beim Reichspräsidenten.

)(Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing gestern vormittag den Reichskanzler Dr. Marx und nahm außerdem einen Vortrag des Reichsministers des Innern von Keudell entgegen.

Die Beisetzung des Prinzen Friedrich Karl von Preußen.

)(Potsdam. Die Beisetzung des Prinzen Friedrich Karl von Preußen hat gestern vormittag um 9 Uhr im allerengsten Familienkreise in der Familiengruft im alten Park von Klein-Glienicke stattgefunden.

Keine Verhaftung der Frau Manoilesco.

)(Bukarest. Wie die Agentur Orient-Radio mitteilt, entbehrt die im Ausland verbreitete Nachricht von der Verhaftung der Frau des ehemaligen rumänischen Unterstaatssekretärs Manoilesco jeder Begründung.

Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages

ist zu einer Sitzung auf Freitag nachmittag einberufen worden, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Er wird sich besonders auch mit der Beamtenbesoldungsvorlage beschäftigen. Zur Vorbereitung dieser Frage war bereits heute ein kleiner Ausschuß, aus den Beamtenvertretern der Regierungsparteien bestehend, zusammengetreten, um den interfraktionellen Ausschuß am Freitag positive Vorschläge machen zu können.

Professor Karl von Lilienthal gestorben.

X Heidelberg. In der vergangenen Nacht ist hier der bekannte Strafrechtslehrer Geheimrat Professor Karl v. Lilienthal gestorben, der in Gemeinschaft mit Franz v. Liszt jahrzehntelang die Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft herausgegeben hat und von 1896 bis 1919 an der Universität Heidelberg lehrte.

Könnecke gibt auf?

* Berlin. (Telunion). Nach Meldungen der Morgenblätter soll der Ostflieger Könnecke kurz vor dem Abbruch stehen. Die Beschädigungen, die das Flugzeug bei der Notlandung in der Nähe von Kalkutta erlitten hat, sollen so stark sein, daß das Flugzeug nicht mehr gebrauchsfertig sei. Eine Reparatur an Ort und Stelle soll wegen Mangels an Werkzeugen und Material nicht möglich sein. Außerdem sei Könnecke selbst vom Fieber befallen und von allen Mitteln entblößt. Die deutsche diplomatische Vertretung in Kalkutta wird für die Heimkehr Könneckes Sorge tragen.

Streik in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Die Berliner Bauarbeiter sind heute in den Streik getreten, weil ein Schiedsspruch für sie nur eine Lohnzulage von 10 anstatt der geforderten 20 Prozent vorsieht. Die Former haben, wie die V. S. meldet, beschlossen, am Montag mit dem Streik zu beginnen. Eine Auswirkung auf die gesamte Metallindustrie kann erst nach einer Woche eintreten.

Der Streik in der rechtsrheinischen Textilindustrie.

)(Barmen, 9. November. Im rechtsrheinischen Textilarbeiterstreik ist nach der in Kraft getretenen Aussperrung eine Veränderung nicht eingetreten. Seitens der Parteien ist bisher kein Antrag auf Einleitung eines amtlichen Schlichtungsverfahrens gestellt worden. Dagegen haben heute die Oberbürgermeister von Barmen und Elberfeld beim Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses für das Bergische Land und beim Schlichter in Dortmund das Ersuchen gestellt, im öffentlichen Interesse das förmliche Schlichtungsverfahren zur Beilegung des Streiks einzuleiten.

Eisenbahnunfall.

Aus Ludwigshafen wird amtlich gemeldet: Die Eisenbahndirektion Ludwigshafen teilt amtlich mit: In der letzten Nacht stürzte infolge der in den letzten Tagen niedergegangenen Regenmassen auf der Bahnstrecke Biebermühle ein Felsblock ab. Ein Güterzug fuhr auf den Schutt auf und entgleiste mit der Lokomotive und 3 Güterwagen. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Fünf Familienangehörige durch Arsenik vergiftet.

)(Weiden (Oberpfalz). Gestern begann der Giftmord-Prozeß gegen die Fabrikarbeitereheleute Karl und Anna Müller. Um seine jetzige Frau heiraten zu können, hatte Müller im Jahre 1925 seine damalige Gattin und einen Monat darauf seinen Sohn durch Arsenik vergiftet. Frau Anna Müller lebte mit ihrem Schwiegervater und der Tochter Müllers aus 1. Ehe auf sehr gespanntem Fuße. Sie hatte im Januar 1926 einem Sohn das Leben gegeben. Um sich der ihnen lästigen Familienangehörigen zu entledigen, hatte das Ehepaar die beiden Kinder und den Schwiegervater mit Arsenik vergiftet. Das angeklagte Ehepaar leugnet hartnäckig.

Die Fahrt der „Emden".

)(Commodore Rivadavia (Argentinien), 9. November. Kreuzer „Emden" ist hier eingelaufen, er wird am 11. November nach Bahia Blanca (Argentinien) in See gehen.

Die Einweihung des Hans Thoma-Denkmals.

vdz. Die Stadt Karlsruhe hat bekanntlich ihrem Ehrenbürger, Hans Thoma auf seiner Ruhestätte ein Denkmal errichtet, das jetzt mit einem Gedächtnisakt für den Künstler der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Schlicht, wie das Leben des großen Malers, war die Feier; schlicht ist auch das Grabmal selbst, das, nach dem Entwurf des Architekten Dipl. Ing. Adolf Müller angefertigt, aus einem nach oben sich verbreiternden Obelisken besteht, der an der Front nur das Künstlersignum des Meisters trägt, am Sockel zwei Putten und als Krönung, nach einer Skizze des Verewigten, ein Ikositetraeder mit aufragendem Kreuz, während eine Platte am Fuß die Inschrift zeigt.

Der Ausbau der englischen Schlachtflotte.

)(London. Im Unterhaus teilte der Erste Lord der Admiralität, Bridgemann, mit, daß zur Zeit für die Flotte gebaut werden: 1 Schlachtschiff, 13 Kreuzer, 4 Fluß-Kanonenboote, 6 Unterseeboote, 2 Minenleger, 1 Unterseeboot-Depotschiff und 1 Reparaturschiff, und daß während der letzten 12 Monate fertiggestellt worden sind: 1 Schlachtschiff, 2 Zerstörer, 1 Minenleger und 1 Unterseeboot.

Bürgermeisterwahlen in England.

X London. Die gestern in über 800 Städten und Gemeinden abgehaltenen Bürgermeisterwahlen sind dadurch bemerkenswert, daß eine Anzahl von Frauen zu Mayors gewählt worden ist. Liverpool ist die einzige Stadt in England, die einen weiblichen Lordmayor gewählt hat. Es ist das Miß Margaret Beavan, die den größten Teil ihres bisherigen Lebens der Fürsorge für verkrüppelte Kinder gewidmet hat. Die Parteizugehörigkeit der gewählten Lordmayors und Mayors ist 165 Konservative, 90 Liberale, 85 Angehörige der Arbeiterpartei, 30 Unabhängige und 10, deren politische Richtung unbekannt ist.

Italien in Südtirol.

Wien. (Funkspruch.) Die Wiener Neuesten Nachrichten schreiben zu einem Erlaß der italienischen Regierung, wonach die Grabinschriften in Südtirol nur in italienischer Sprache abgefaßt werden dürfen:

Die italienische Regierung weiß gut, warum sie dem Südtiroler Volke auch noch diese Wunde schlägt. Sie will es ins Herz treffen und nicht nur dem ganzen gottesfürchtigen deutschen Stamme bis Meimat, sondern auch jedem einzelnen die Stätte der Andacht und Erinnerung an die Altvorderen rauben, ihn entwurzeln. Aber das Maß ist voll und wird überlaufen. Italien sorgt selbst dafür, daß der Kreis der Völker, welche es beständig in ihrer natürlichen Lebensart bedroht, in seinen tiefsten Gefühlen verletzt, sich eng zusammenschließt.

Die Regierungsparteien beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx empfing heute nachmittag im Reichstage die Führer der Regierungsparteien des Reichstages. An der Besprechung nahm auch Reichsinnenminister von Keudell teil. Der Reichskanzler ließ sich, wie das Nachrichtenbüro des VDB. aus parlamentarischen Kreisen hört, über die Stellungnahme der einzelnen Regierungsparteien zum Reichsschulgesetz unterrichten. Auch andere laufende Angelegenheiten wurden kurz erörtert. So u. a. die Frage der Abfindung der Standesherren.

Hochwasser im Schwarzwald.

X Freiburg. Die seit mehreren Tagen mit kurzen Unterbrechungen niedergehenden Regenfälle haben die Schwarzwaldflüsse in den Niederungen zum Ueberfluten gebracht. Die Kinzig hat im Oberlauf bereits weites Gelände überschwemmt und im Unterlauf die Dammkrone erreicht. Die Schutter hat in der Gegend von Lahr großen Schaden angerichtet. Das Vieh in den Ställen stand bis zur Brust im Wasser und mußte mit Hilfe der Feuerwehr geborgen werden. Der Bahndamm der Strecke Frankfurt—Basel ist bei Dinglingen überflutet. Da der Regen anhält, ist mit weiterem Steigen des Wassers zu rechnen. Die Temperaturen sind in den Tälern infolge Föhnwitterung verhältnismäßig hoch. Auf dem Hochschwarzwald hat es gestern und in der vergangenen Nacht stark geschneit.

Hochwasser in Zweibrücken.

)(Zweibrücken. Das im Osten der Stadt gelegene Barackenviertel wurde in der vergangenen Nacht von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Innerhalb kurzer Zeit stieg das Wasser des Schwarzbachs in den Räumen auf etwa 1 Meter. Feuerwehr und Sanitäter mußten über 100 Personen, darunter 88 Kinder, aus den Fluten retten.

Hochwasser am Rhein.

Koblenz. (Funkspruch.) Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage macht sich wieder ein Steigen der Nebenflüsse des Rheins bemerkbar. Der Neckar ist in Jagstfeld um 1,16 Meter und der Obermain bei Schweinfurth um einen halben Meter gestiegen. Besonders stark ist diesmal die Mosel in Trier gestiegen, nämlich um 2,30 Meter in zwei Tagen. Von der Obermosel wird weiteres Steigen gemeldet. Die Mosel führt Reisig, Schilf und auch Grummet mit sich, das nicht rechtzeitig geborgen werden konnte. Auch Saar, Sauer und Kyll sind über die Ufer getreten.

Kommunisten gegen Sozialdemokraten.

po. Einen interessanten Einblick in das „intime" Verhältnis zwischen Kommunisten und Linkssozialisten gewährt eine Preßfehde, die zwischen der „Dresdner Volkszeitung" und der „Arbeiterstimme" aus Anlaß des 10. Jahrestages der Sowjetregierung entbrannt ist. Das linkssozialistische Blatt hatte einen Artikel unter der Ueberschrift „In Henkershänden" veröffentlicht, in dem u. a. gefordert wurde, die Sowjetregierung solle auch die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten, die noch in Rußland gefangen sitzen, freilassen. Denn daß man kriminelle Verbrecher freilasse und jene nicht, sei eine Provokation der proletarischen Genossen.

Darauf antwortet nun die kommunistische „Arbeiterstimme": „Diese Gesellen wagen es, von proletarischem Gewissen zu sprechen, wagen es, die Sowjetregierung als Henker zu benennen. Sitzt nicht dort Scheidemann, der die Amnestie der Faschisten forderte? Sitzen nicht dort die ganze Gesellschaft der Führer, die immer und immer wieder die Amnestie der proletarischen Klassenkämpfer in Deutschland abgelehnt haben? Hat diese Partei nicht die Amnestie für Max Hölz abgelehnt? Diese Gesellschaft hat kein Recht, sich auf das proletarische Gewissen zu berufen, hat kein Recht, von Henker zu reden."

Vermischtes.

Der Schaden der Ueberschwemmungen in Kanada. Times meldet aus Toronto, daß der durch die Ueberschwemmungen in Quebec angerichtete Schaden auf 2 Millionen Dollar geschätzt wird; davon entfalle die Hälfte auf zerstörte Wege.

Der Großvater erschießt seinen Enkel. In Duisburg erschoß gestern der 70 Jahre alte Invalide Eck in einem Anfalle von Schwermut seinen dreizehnjährigen Enkel und beging Selbstmord durch Erhängen, nachdem er sich vorher noch einen Kopfschuß beigebracht hatte.

Polizeiwachtmeister als Diebe. Drei Berliner Polizeiwachtmeister, die sich von Stoffballen, die einem Diebe abgenommen und auf dem Polizeirevier untergebracht worden waren, einen Teil der Stoffe angeeignet hatten, wurden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Kampf mit Wilderern. In der Nähe von Kummelwitz bei Strehlen in Schlesien wurde ein Förster aus dem Hinterhalt von zwei Wilderern niedergeschossen. Obwohl er schwer verletzt war, hatte er noch die Kraft, den Wilddieben mehrere Schüsse nachzusenden. Der eine brach tot zusammen, der andere ist lebensgefährlich getroffen worden. Der Förster wurde dem Krankenhause zugeführt.

Zu den Diebstählen im königlichen Palast in Madrid. Zu den Gerüchten, die über einen Diebstahl im königlichen Palast im Umlauf waren, versichert die Agentur Fabra mit Bestimmtheit, daß es sich lediglich um bedeutungslose kleine Gelegenheitsdiebstähle handelt. Es sind keinerlei Juwelen von großem Wert gestohlen worden. Der Sohn eines Kammerdieners wurde verhaftet.

Absturz eines italienischen Militärflugzeuges. Nach dem Popolo di Roma stürzte auf dem Flugfeld von Centocello bei Rom gestern früh ein Militärflugzeug aus 500 Meter Höhe ab. Die beiden Insassen, ein Hauptmann und ein Major, waren sofort tot.

Untergang eines spanischen Fischerbootes. In der Nähe der vor Vigo liegenden Cies-Inseln ist ein spanisches Schleppnetz-Fischerboot gesunken. Neun Mann von der Besatzung ertranken, die übrigen drei konnten gerettet werden.

Ein eigenartiger Unfall. Fünf Personen, die in einem Automobil gestern nachmittag von Hennigsdorf zur Technischen Hochschule in Charlottenburg fuhren, waren bei ihrer Ankunft betäubt. Sie erholten sich jedoch rasch, so daß ein herbeigerufener Arzt nicht mehr einzugreifen brauchte. Der Unfall ist vermutlich auf Kohlenoxydgas zurückzuführen, das der Heizungsanlage des Automobils entströmt und in den Innenraum des Wagens gelangt ist.

Sieben Mitglieder einer Erpresserbande zu Gefängnis verurteilt. Das große erweiterte Schöffengericht Breslau verurteilte gestern sieben Mitglieder einer Bande, die sich an krankhaft veranlagte Männer heranmachte und unter Drohungen von ihnen Gelder erpreßte, zu Gefängnisstrafen von einem Jahre bis zu zwei Jahren sechs Monaten. Ein Angeklagter wurde als nicht überführt freigesprochen.

Eine Alphütte verbrannt. Auf der Etter-Alp in Ober-Kärnten ist die erst kürzlich neu eingerichtete Hütte und ein daneben stehender Stall durch Feuer vernichtet worden. Von den in der Hütte nächtigenden Holzknechten ist einer verbrannt, zwei andere erlitten schwere Brandwunden.

Eine junge „Rekord-Wienerin". Zu kurzem Aufenthalt weilte in Hamburg die 18jährige Tochter des Wiener Malers Professor Wurmb, Fräulein Liesl Wurmb, die nach einer beim „Heurigen" abgeschlossenen Wette mit ihrem Auto in einem Jahre 100 000 Kilometer „machen" will. 16 000 Kilometer hat die unternehmungslustige Dame schon geschafft. Zieht man die nötigen Ruhetage, Reparaturen usw. in Betracht, so wird Fräulein Wurmb Tagesleistungen erreichen müssen, die sich zwischen 300 bis 700 Kilometer bewegen! Dafür winken aber auch am Ende der Fahrt durch Europa und Nordafrika 20 000 Dollar.

Ein neuer Thermalsprudel am Rhein. In Niederbreisig am Rhein ist in diesen Tagen in 600 Meter Tiefe ein Kohlensäure-Thermalsprudel von mehr als 200 000 Ltr. Stundenschüttung und 35 Grad Wärme erbohrt worden. Der Sprudel wirft das Wasser in einer 35 Meter hohen Fontäne aus.

Ein Ei im andern! Aus Cleve wird gemeldet: In einem neun Zentimeter hohen und 168 Gramm schweren Ei eines Landhuhns wurde ein zweites mit harter Schale versehenes Ei von 66 Gramm gefunden.

Der goldene Scheidungstag. Ein Ehepaar, das 50 Jahre bereits von einander geschieden war, benutzte dieses Jubiläum dazu, sich wieder zu vereinigen, sich zum zweiten Male zu heiraten. Der glückliche Bräutigam und Jubilar hat allerdings schon das 84. Lebensjahr erreicht, was aber in Anbetracht der Tatsache, daß die Braut auch bereits 74 Jahre zählt, nicht schwer ins Gewicht fallen wird.

Eine Jupitersäule ausgegraben. Nachdem man bei den Ausschachtungsarbeiten in der Nähe von Heppenheim an der Stelle, wo die alte Römerstadt Nida lag, schon früher eine Römervilla aufdeckte, wurde jetzt eine gut erhaltene Jupiter-Gigantensäule ausgegraben. Neben einer Inschrift trägt das Mittelstück der Säule die Köpfe der sieben Wochengötter.

Was der Ozeandampfer auf einer Reise verbraucht. Der Norddeutsche Lloyd baut zwei neue Riesenschnelldampfer für die Fahrt von Bremen nach Newyork, die „Bremen" und die „Europa". Was zu einer Verpflegung von 3200 Personen auf dieser Reise gehört, zeigt folgende Aufstellung: 985 Zentner Fleisch, Wurstwaren, Pasteten usw., 280 Zentner Fische, Schaltiere usw., 350 Zentner Geflügel aller Art, 80 Zentner fertiges Brot und 440 Zentner Mehl. Der Kaffeeverbrauch wird etwa 43 Zentner betragen, außerdem sind 3 Zentner Tee und 6 Zentner Schokolade und Kakao erforderlich. Es sind weiter vorrätig zu halten: 17 500 Ltr. Milch, 2000 Liter Sahne, 140 Zentner Butter, 20 Zentner Schmalz, ebensoviele Flaschen Mineralwasser, 300 Hektoliter Bier, 18 000 Zigarren, 120 000 Zigaretten usw.

Kunst und Wissenschaft.

Neue Röntgenstrahlenmethode. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat auf der dortigen Polytechnischen Lehranstalt ein junger Student, R. Möllgaard-Hansen, eine neue Röntgenbestrahlungsmethode erprobt, die in wissenschaftlichen Kreisen Aufsehen erweckt. Diese neue Methode geht von einer Röntgenausstrahlung eines festen Stoffes aus und besteht in einem System aus einem lithographischen Stein, der auf einer Metallplatte ruht. Wird der elektrische Strom in das System eingeführt, so erscheint ein röntgenphotographisches Bild innerhalb eines Metallnetzes. Das System stützt sich auf das Nabek-Jonsensche System. Die Entdeckung brachte einige bis jetzt noch nicht erklärliche wissenschaftliche Beobachtungen mit sich. Der dänische Student wird in einiger Zeit seine ganze Entdeckung einem Kreise von wissenschaftlichen Interessenten vorführen.

Bayreuther Bühnenfestspiele 1928. Der große Erfolg der diesjährigen Bayreuther Bühnenfestspiele hat die Festspielleitung veranlaßt, schon im kommenden Jahre die Aufführungen zu wiederholen. Nunmehr sind für die nächsten Festspiele, die wieder im Juli und August stattfinden werden, die genauen Termine festgelegt. Zur Aufführung gelangen Tristan und Isolde, Parsival und der Ring der Nibelungen. Die erste Aufführung ist, wie der Nachrichtendienst der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung mitteilt, in der Zeit vom 19. bis 26. Juli; 19. Juli Tristan, 20. Juli Parsival, 22. Juli Rheingold, 23. Juli Walküre, 24. Juli Siegfried und 26. Juli Götterdämmerung. Die zweite Aufführung in der gleichen Reihenfolge ist vom 28. Juli bis 5. August, dann folgt am 6. und 10. August Tristan, am 7. und 9. August Parsival und vom 12. bis 16. August der Ring. Weitere Aufführungen des Tristan am 18. August und des Parsival am 19. August beschließen die Festspiele.

Eine Berliner Zeitungsprofessur. Wie dem „Börsencourier" von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, besteht die Absicht, den bisherigen Lehrauftrag für Zeitungswissenschaften an der Universität Berlin in eine außerordentliche Professur umzuwandeln. Der preußische Finanzminister hat einen solchen Antrag bereits genehmigt, über den endgültig der Landtag Beschluß zu fassen hat. Mit der neuzuerrichtenden Professur sollen gleichzeitig die Direktoratsgeschäfte des Berliner Instituts für Zeitungswissenschaft verbunden werden.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

November	Moldau Kamaik	Moldau Modran	Eger Laun	Elbe Nimburg	Elbe Brandeis	Elbe Melnik	Elbe Leitmeritz	Elbe Aussig	Elbe Dresden	Elbe Riesa
9.	+ 1	− 65	+ 2	+ 2	− 5	+ 28	+ 53	− 14	−160	−100
10.	− 3	− 62	+ 74	− 0	+ 2	+ 35	+ 80	+ 8	−155	− 96

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).

5. 11. 1927: kein Niederschlag.
6. 11. 1927: 0,4 mm Niederschlag.
7. 11. 1927: kein Niederschlag.
8. 11. 1927: 0,8 mm Niederschlag.
9. 11. 1927: 5,8 mm Niederschlag.
10. 11. 1927: 15,4 mm Niederschlag.

Chinosol
verhütet Katarrhe und Entzündungen.
Zu haben in allen Apotheken und Fachdrogerien.

SLUB
Wir führen Wissen.

Gewürze
ÜBERALL ERHÄLTLICH

Mtussi

sind Qualitätsmarke
MTUSSI G. M. B. H.

Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Merzdorf zur Kenntnis, daß ich am 4. November einen

Friseur-Salon

eröffnet habe. Indem ich den mich Beehrenden aufmerksamste Bedienung zusichere, bitte ich, mein Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.

Mit aller Hochachtung

Merzdorf
Siedlung b. H. Höhne. **Alfred Heym.**

Vereinsnachrichten

D. O. B. Heute Donnerstag abend 20 Uhr Monatsversammlung, Sächsischer Hof.

Bund der Kaufmannsjugend im DHV. Unser Briefwechselbund-Abend am Freitag, den 11. November 1927, findet diesmal nicht statt.

M.-V. Wanderer. Sonntag 4 Uhr Versammlung.

Freie Vereinigung ehemaliger 178er

Riesa und Umgebung.

Am Sonnabend, den 12. 11. 27, abends ½9 Uhr

Monatszusammenkunft

bei Kamerad Seidel, Restaurant zur Burg in Riesa.

Alle der Vereinigung noch fernstehenden Kameraden werden hierdurch besonders herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Gewerbeverein.

Freitag, 11. d. M., abends 8 Uhr im Saale des **Wettiner Hof**

Vortrag

von Herrn Staatsminister a. D. Dr. Wilhelm in Dresden über **„Die Gewerbevereine und die Zukunft des Mittelstandes".**

Zu diesem hochinteressanten Vortrag werden die geehrten Mitglieder nebst Angehörigen, sowie alle Interessenten ergebenst eingeladen. **Eintritt frei.**

3- bis 500 Liter Vollmilch

werden sofort von zahlungsfähigem Abnehmer für dauernde Lieferung gesucht.

Weitere Vereinbarungen unter Q 734a an das Tageblatt Riesa erbeten.

Amtliches.

Unter dem Geflügelbestande der Frau verw. Zeßner in Röderau ist die Geflügelcholera erloschen.

Großenhain, am 8. November 1927.
4376 F. Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 698 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Faßfabrik Gebr. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Zeithain-Lager, ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 17. Dezember 1924 auf zwölftausend Reichsmark herabgesetzt worden.

Amtsgericht Riesa, den 8. November 1927.

Freitag, den 11. November 1927, vormittags ½11 Uhr, sollen in Nünchritz (Bieterversammlung im Gasthof daselbst) 1 Acker- und 1 Kutschwagen, 1 Kalbe, 3 fette Schweine, 2 Ferkel und ca. 30 Ztr. Kartoffeln versteigert werden.

Riesa, am 10. November 1927.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung im Stadtbezirk Riesa

findet Sonntag, den 13. November 1927, von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags im Hotel „Deutsches Haus" statt und zwar **nur für die Angestellten.**

Von den versicherten Angestellten sind zu wählen 3 Vertrauensmänner und 6 Ersatzmänner.

Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche, sofern sie zu den versicherten Angestellten gehören und im Bezirke der Stadt Riesa wohnen.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen durch Vorlegung der Versicherungskarte bezw. einer Bescheinigung der Ersatzkasse. Die Versicherungskarten sind deshalb den Wahlberechtigten von ihren Arbeitgebern auszuhändigen. In der Versicherungskarte oder der Bescheinigung muß wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten 12 Monate vor der Wahl nachgewiesen sein.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraumes handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen.

Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorgeschlagenen in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung des Rates der Stadt Riesa vom 30. 9. 1927 in Nr. 229 des Riesaer Tageblattes und auf die Wahlordnung (beides kann im Rathause eingesehen werden) hingewiesen.

Zu unserer Bekanntmachung vom 4. 11. 1927 wird noch berichtend bemerkt, daß der Beruf des in der Liste A unter 9 Vorgeschlagenen Fakturist ist.

Riesa, den 10. November 1927.
Dr. Schroeter, Wahlleiter.

Freibank Seerhausen.

Freitag, den 11. November 1927, nachmittags ½3 **Uhr frisches Rindfleisch. Pfund 50 Pfg.**

Birnen
weich und saftig
Tafel- u. Wirtschaftsäpfel
in großer Auswahl
schöne Walnüsse
verkauft billigst
F. Sickert Bismarckstraße 28
und Obsthütte Moltkestr.

Möbel
neu und gebraucht
stets billig zu verkaufen
Oskar Messe
Riesa, Bruchgasse 4.

Hochfeine
Gras-Tafelbutter
versl. tägl. frisch in Postkollis von 9 Pfd. franko geg. Nachn. heute 16 Mk.
Fa. F. A. Walter
Butterversand
Heydekrug, Memelg.

Das ist die Richtige!

Jede Hausfrau sollte jetzt Rama Margarine butterfein wenigstens einmal probieren. Die hohen Butterpreise laden dazu ein.

Holen Sie noch heute für 50 Pf. ein Halbpfundpaket

Rama butterfein

Die meistgekaufte Margarine-Marke Deutschlands

Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.)

Einheitsgewerkschaft der kaufm., techn. Büroangestellten und Werkmeister — Ortsgruppe Riesa.

Morgen Freitag abends 8 Uhr Rest. Elbterrasse

große wichtige Monatsversammlung

Geschäftl., gewerkschaftl., Tarifberichte, Wahlen zur Angestellten-Versicherung. Filmvortrag: „Zeppelins Werk". Gemütliches Beisammensein mit Ueberraschungen. Wir erwarten zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Anfang pünktlich 8 Uhr. Der Vorstand.

Abonnements
auf sämtliche Unterhaltungs- u. Modezeitschriften nehme jederzeit entgegen und liefere durch Boten für Riesa und weitere Umgebung ins Haus. — Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung.
Johannes Ziller, Riesa, Hauptstraße 79
— Fernruf 272. —

Achtung. Schleswig-Holsteinische Molkerei-Tafelbutter
eigener Erzeugung, täglich frisch, mit 32 ersten und Siegerehrenpreisen prämiiert, wird täglich direkt an Private in Postkollis zu billigsten Preisen versandt.
Freie Meierei-Genossenschaft Hattstedt (Schleswig-Holstein). Rich. Wilken, Inspektor.

Weinabzug!
Feinster roter Tarragona
ff. Erdbeerwein
ff. Johannisbeerwein
ff. Heidelbeerwein
ff. Stachelbeerwein
gehabte Qualitäten
Otto Jigner, Röderau.

Kaufmännische und Büroangestellte!

Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr im Hotel Höpfner

öffentliche Versammlung.

Die Bedeutung der Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Angestellte, erscheint restlos und holt Euch Aufklärung.

Zentralverb. d. Angestellten, Afa-Bund.

Prima Peddig- u. Weidensessel
verkauft billigst
Hauptstraße 63, 1.
(Durchgang).

Frischgeschossene starke feiste
Hasen
im Fell, gestreift, gespickt, geteilt
frischgeschoss. Rehwild
prima frischgeschlachtete Hafermastgänse
auch halbe u. viertel Gänse
pa. leb. Spiegelkarpfen
in jeder beliebigen Größe
prima lebende Schleie
täglich frische Seefische
empfiehlt
Carl Jigner, Gröba.

Gesundes Blut
durch Chemiker
Sybels Hefekur
Packung RM. 2.—
Medizinal-Drogerie
A. B. Hennicke.

Neue Oderbrucher Gänsefedern
wie selbige von der Gans kommen 2.65, Ia 3.00, Pflückefedern 4.25 u. 4.50, gerissene 4.00, 4.50 u. 5.00, die besten 5.50, 6.00 u. 6.50 je Pfd. Ernst Siewert, Wuschewier, Post Neu-Trebbin (Oderbruch).

Kleine Stute
9jährig, belgischer Schlag, verkauft
Kohlenhandlung Kurte
Staucha bei Stauchitz.

Ein älteres starkes
Arbeitspferd
hat zu verkaufen
R. Zieger, Kalbitz b. Riesa.

Starke Ferkel
verkauft Bobersen 11.

2 Hunde-Ammen
sofort gesucht.
Gestütsverwaltung Glaubitz
Telefon Riesa 61.

Leicht gemacht
wird es Ihnen in Riesas erstem und größten Warenkredithause.
Niedrige Anzahlung
Bequeme Ratenzahlung.
Alte Kunden auch ohne Anzahlung.
3 bis 9 Monate Kredit.
Herren- und Damen-Konfektion
Bett- und Leibwäsche, Gardinen
Gefütterte Windjacken, Joppen
Hosen, Schlosseranzüge.
Schuhwaren.
Auf Wunsch kommt Vertreter mit Muster ins Haus.
E. Kaluscha, Schloßstr. 19.

Automobilbesitzer!
Warme Pelz-Handschuhe
aus dem Spezialgeschäft
M. Werner, Hauptstr. 65
sind im Winter unentbehrlich.

Achtung!
Hänels Roßschlächterei und Speisehaus **Nünchritz**
empfiehlt zur Kirmes
junges Fleisch, sowie hochfeine Wurstwaren, Rauchfleisch, Schinken und Speck.
Schlachtpferde zu höchstem Tagespreis kauft d. O.

Zucht- und Milchvieh-Verkauf.

Stelle von Sonnabend, 12. November an eine Auswahl bester Kühe, hochtrag. und mit Kälbern, sowie erstklassige Herdbuchkalben und Zuchtbullen zum Verkauf. — Schlachtvieh wird in Zahlung genommen.
Woldemar Tamm, Riesa, Tel. 570.

Verwaltungsrationalisierung und Landwirtschaft.

Von Frithjof Melzer.

Lw. Bei den Tagungen der verschiedenen Wirtschaftsvertretungen und wissenschaftlichen Vereinigungen ist in der letzten Zeit das Thema der Rationalisierung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden und zweckmäßigeren Reichsgliederung angeschnitten worden. Diese Fragen spielen gegenwärtig auch bei den Finanzverhandlungen im Reich eine außerordentliche Rolle. Die Landwirtschaft geht an diesen Erwägungen nicht gleichgültig vorbei. Die Landwirtschaft hat aber niemals die Gewohnheit gehabt, mit großartigen Erklärungen und Demonstrationen vorzeitig hervorzutreten. Es mag in der infolge der Bodenständigkeit natürlichen konservativen Anlage der Landwirtschaft liegen, daß sie erst wohlweislich die Dinge überlegt und nicht gern vor der großen Oeffentlichkeit der anderen Berufe an ungelösten Problemen herumtastet. In ihren eigenen Reihen haben aber diese Fragen der rationelleren Gestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern seit langem schon eine große Rolle gespielt. Schließlich hat ja dieses Problem in irgend einer Form auch fast allen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Konflikten seit der Revolution zugrunde gelegen. Jetzt aber, wo die Dinge von der finanziellen Seite her wenigstens in der vorläufigen Festlegung der Richtung spruchreif geworden sind, nimmt man sich auch in den maßgebenden Kreisen der Landwirtschaft der zielbewußten Klärung dieser Probleme vor einem größeren Kreise an.

Wenn wir in einer gewissen Entwicklungslinie den Gang der Interessenahme der Landwirtschaft an diesem großen Problem skizzieren wollen, so kann man sagen, daß nach dem ersten Abklingen der unmittelbarsten Revolutionserscheinungen der wirtschaftliche Neuaufbau als Grundlage auch zur politischen Wiederbefreiung im Vordergrunde gestanden hat. Das war die Zeit des Hilfswerks der deutschen Landwirtschaft. Dann kam in den Wirren der Ruhrkampfzeit die Erziehung zum festen zähen Willen, zum Aufbau des deutschen Staates und zur persönlichen Mitarbeit an ihm, zur Herstellung des deutschen Gemeinschaftsgefühls aller Stände und Schichten im Ringen um die Befreiung Deutschlands hinzu. Nach der Stabilisierung fand diese Tendenz nochmals eine straffere Zusammenfassung, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Eingliederung des Nachwuchses. Das Jahr 1926 darf man in diesem Zusammenhang mit dem Bestreben kennzeichnen, der Selbsthilfe der Berufsstände eine Zusammenfassung auf bodenständiger Grundlage zu geben. 1926 kam dazu die bewußte Zusammenführung von Bauer und Arbeiter als Träger des deutschen Staates. Auf dieser Linie ist die Landwirtschaft jetzt bis zur Reichsgliederung vorgeschritten, wobei man nach den bisherigen Erfahrungen erwarten kann, daß die Behandlung des Problems sich nicht nur auf die Berücksichtigung der inneren Interessen beschränken wird, sondern von vornherein auch die nach außen gehenden staatspolitischen Aufgaben des Reiches zum Maßstab anlegen wird.

Wenn heute so innerhalb des landwirtschaftlichen Berufsstandes Verwaltungsreform und Reichsgliederung ein brennendes Thema geworden sind, so muß man sich vor Augen halten, daß alle parteipolitischen Gesichtspunkte von vornherein ausscheiden. Von der Parteipolitik aus werden wir in Deutschland sowieso niemals zu einer irgendwie dauerhaften Lösung für das Verhältnis zwischen Reich und Ländern kommen. Und ebensowenig haben die Erörterungen mit Schlagworten wie Unitarismus oder Zentralismus und Föderalismus oder Partikularismus zu tun. Wird die Landwirtschaft auch gewiß nicht plötzlich mit einer Patentlösung hervortreten können, so gelten für sie doch nur die sachlichen Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit. Und es ist nicht nur so von ungefähr, daß die Landwirtschaft heute diesen Fragen besonderes Interesse entgegenbringt und sie auch außen hin in den Vordergrund stellt. Gerade die Landwirtschaft hat oft genug den Nachteil der in der Weimarer Verfassung nicht gefundenen Lösung der Reichsgliederung spüren müssen. Um nur einige Beispiele herauszugreifen: Erinnern wir uns an den Streit um die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt als Ersatz für die nach dem Dawes-Plan zu liquidierende Rentenbank. Daß damals die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt trotz der äußersten Schwierigkeiten im Agrarkredit um ein Jahr verzögert wurde, ist ausschließlich auf das Mißverhältnis zwischen Reich und Ländern zurückzuführen. Das zweite Beispiel ist die ländliche Siedlung. Die eben veröffentlichte Reichssiedlungs-Statistik hat gerade gezeigt, wie wenig eigentlich praktisch in der ländlichen Siedlung erreicht worden ist, obwohl die Siedlung nun seit der Revolution schon das große demagogische Schlagwort ist. Wir kennen den unseligen Kompetenzstreit zwischen Preußen und dem Reich und wissen, daß hier die Schuld für die schon mehr als fahrlässige Vernachlässigung der ländlichen Siedlung liegt. Und nicht anders ist es mit der Verschleppung der Vereinheitlichung der Wasserwirtschaft. Dabei zeigen gerade diese drei Beispiele, daß innerhalb der Länder besonders Preußen der Stein des Anstoßes zum Schaden der Landwirtschaft ist. Man darf es aussprechen, daß bei jeder Erörterung der Rationalisierung der Verwaltung und des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern die Beseitigung des Dualismus zwischen Preußen und Reich im Mittelpunkt stehen muß. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die preußischen drei Fünftel des Reiches die Politik der fünf Fünftel des Reiches gerade auf wirtschaftlichem Gebiet immer wieder zu durchkreuzen versuchen und daß dadurch die restlichen zwei Fünftel nicht zur vollen Auswirkung kommen können.

Freispruch im Ratiborer Jagdprozeß.

vbz. Berlin. Bei dem Lokaltermin am Montag zeigte es sich, daß der dem Publikum verbotene Weg im Wildpark Rauden, wo das Unglück geschah, doch von Fremden benutzt wird, da auf dem Wege zwei nicht zu den Beteiligten gehörende junge Männer daherkamen. Diese hatten als Arbeiter der herzoglichen Verwaltung in der Nähe gearbeitet und sich den Weg als den nächsten zum Heimweg ausgesucht.

Bei der **Fortsetzung der Zeugenvernehmung** am Dienstag wurden mehrere Zeugen vernommen, die den verstorbenen Kutscher im Krankenhaus noch vor der Operation sprechen konnten. Auf die Frage der herzoglichen Sozialbeamtin, Freifrau v. Mürbach, hat der angeschossene Kutscher geantwortet, daß der Herzog nichts dafür könne. Es sei ein Unglück gewesen. Er, der Kutscher, wollte nach dem Herzog sehen, habe ihn aber nicht bemerkt und sei in kriechender Stellung durch das Gehölz gegangen, um den Schützen nicht zu stören.

Hierauf wurden die **ärztlichen Sachverständigen** gehört, worauf die Schieß-Sachverständigen zu Wort kamen. Der Sachverständige Barella-Berlin sagte durchaus günstig für den Angeklagten aus, ebenso der Schieß-Sachverständige Major Bachelin, Direktor der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in Halensee. Der Kutscher habe genau wissen müssen, daß auf der Jagd niemand den angewiesenen Platz verlassen dürfte. Nach Ansicht des Sachverständigen ist der Kutscher in die Schußlinie in einer Haltung hineingelaufen, die als wildähnlich angesprochen werden konnte und mußte. Belastend dagegen war das Gutachten des dritten Sachverständigen, des Forstrats Roux. Der Herzog habe fahrlässig gehandelt, weil er entweder kein Büchsenlicht mehr hatte oder das vermeindliche Wild nicht genügend geprüft hätte.

Der **Oberstaatsanwalt** führte in seinem Plaidoyer aus, ein Staatsanwalt würde seine Pflicht verletzen, wenn er die Anklage in Ansehung der Person unterließe. Er erfülle hiermit seine Pflicht, wenn er sich vor den Richtern auf den Standpunkt stelle, daß er für schuldig plaidiere und im Namen des Volkes Sühne fordere. Die Frage, ob der Herzog unter den gegebenen Umständen den Schuß abfeuern durfte, sei mit Nein zu beantworten, seine Fahrlässigkeit bestände darin, daß er geschossen hätte, ehe er sein Ziel vollkommen prüfte. Oberster Grundsatz eines Jägers müsse sein, erst zu schießen, wenn er genau wisse, was er vor sich habe. **Der Staatsanwalt beantragte gegen den Herzog vier Monate Gefängnis.**

Hierauf plaidierte **Rechtsanwalt Dr. Alsberg** auf Freisprechung. Er suchte das Gutachten des dritten Schießsachverständigen zu entkräften und führte aus, der Kutscher sei deshalb getroffen worden, weil er sich in die Geschoßbahn eingeschoben habe. Die Treibjagd sei so organisiert worden, daß der Herzog keinen Menschen in der Schußbahn erwarten konnte.

Hierauf kam noch der **Herzog von Ratibor** selbst zum

Wettermäntel

als: Gummi- und Boxner Mäntel in Schlüpfer- und Schwedenform imprägnierte Windjacken, Gummi-Windjacken, Lederoljacken, doppelseitig zu tragen, Oel-Jacken und -Mäntel, Radfahrer-Gummi- und Loden-Pelerinen finden Sie für Damen, Herren und Kinder bei

Franz Heinze

Wettinerstraße 33 Ruf 346 Hauptstraße 28.

Erkämpftes Glück.

Roman von A. Below.

20. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Der graukäpfige Wangerooger nickte, noch vor der Ebbe, also in vier Stunden, so versicherte er, bringe er den Meister nach der Insel; er wolle vorgeben, er habe ihm in persönlichen Angelegenheiten etwas Wichtiges mitzuteilen und bedürfe dringend seines Rates. Ludwig Günther konnte sich nicht der Frage enthalten: „Und wo findet Ihr den Meister, Oltmann?“ Aber der Alte schüttelte mit entschiedener Verneinung den Kopf: „Wissen Sie es nicht schon, Herr Graf, so darf ich's nicht sagen, wenn Sie auch das Zeichen da — er deutete auf die silberne Agraffe — noch immer am Hute tragen.“

Ein wenig verletzt durch die Zurückweisung, verabschiedete sich der Junker von den beiden Wangerooogern, indem er nur noch bat, ihn sofort von der Ankunft des Meisters zu benachrichtigen. In heftiger Unruhe verbrachte er die nächsten Stunden, wohl hatte er sich genau überlegt, wie er dem Vater der Geliebten gegenübertreten wollte, und jedes Wort abgewogen, das er zu sprechen gedachte. Dennoch fühlte er sich unsicher, und ein geheimes Bangen erwachte auf einmal in seiner Seele, ob er trotz aller Trümpfe, die er in Händen hielt, das Spiel gewinnen werde. Zu sehr hatte der dämonische Mann den „Meister“ zu umgarnen und für sich einzunehmen gewußt.

Endlich war der Augenblick da, den Ludwig Günther ungeduldig erwartete und doch zugleich fürchtete. Ein Bote von Vater Oltmann sagte ihm an, daß er zu diesem hinüberkommen möge. Und dann stand er vor dem Manne, der sein Schicksal in Händen hielt, von dessen Entscheidung das Glück seines Lebens abhing.

Finster runzelte dieser die Stirn: „Sie, Herr Graf, haben mich zu sprechen gewünscht. Sie haben mir etwas mitzuteilen? Ich will nicht hoffen, daß Sie auf jene Angelegenheit zurückkommen wollen, welche Sie vordem schon einmal zu mir geführt hat.“

Dem Abkömmling der stolzen Grafen von Oldenburg und Freiherren von Bentinck stieg das Blut in das Gesicht. Er richtete sich straff empor und sagte: „Ich liebe Leonore Sophie mehr als mein Leben, jedoch ich werde nach dem, was Sie mir damals sagten, Ihnen nie wieder mit einer Bitte lästig fallen, und niemals werde ich Ihnen wieder von meinen Hoffnungen und Wünschen sprechen; es sei denn, daß Sie selber mich dazu auffordern.“

„Um was handelt es sich denn aber sonst?“

„Um die Entdeckung des Seeräubers und Schmugglerkönigs Pestaluz!“ erwiderte Ludwig Günther.

„Was — haben Sie etwas entdeckt? Können Sie mir Fingerzeige geben, wie ich diesem unheimlichen, gefährlichen Mann, der mit dem Bösen im Bunde zu sein scheint, auf die Spur kommen kann?“ rief der Andere in höchster Erregung.

„Mehr als das,“ antwortete der Graf, „ich will Sie zu einer geheimen Niederlage der Schmuggler führen, will wichtige Schriftstücke des Häuptlings in Ihre Hände liefern; drei freche Raubgesellen, die in seinem Auftrage in der vorigen Nacht bei mir einbrachen, sollen Ihnen Rede und Antwort stehen. Nur machen Sie sich auf eine Entdeckung gefaßt, welche Ihrem Herzen eine tiefe Wunde schlagen wird.“

„Das Letzte verstehe ich nicht, Herr Graf,“ erwiderte der Meister, „aber lassen Sie uns keinen Augenblick verlieren. Wo sind die Waren der Schmuggler, von denen Sie eben sprachen?“

In Begleitung des alten Seemanns führte der Junker hierauf den Vater Leonore Sophiens zu dem Versteck. Oltmann schaufelte den Sand beiseite und alsbald kamen die Ballen zum Vorschein. Der Meister gab sich sichtlich Mühe, seine Aufregung zu verbergen. Er ließ einzelne der Packen öffnen und prüfte den Inhalt. Kostbare Seidenstoffe kamen da zum Vorschein, teure Spitzen, allerlei seltene Gewebe aus dem Orient. Es mußte ein hoher Wert in allen diesen Gegenständen stecken.

„Junger Mann,“ sagte darauf der alte Herr zu Ludwig Günther, „wenn der Zufall Ihnen das in die Hände gespielt, wonach ich vergeblich mit aller Anstrengung schon seit Jahren suche, so spannen Sie mich nicht länger auf die Folter. Kennen Sie den Namen des geheimnisvollen Bösewichts, dem ich geschworen, das Handwerk zu legen, so nennen Sie ihn mir!“

„Sie haben nicht weit zu suchen,“ lautete die Entgegnung, „es ist jener Lucifer!“

Der Meister fuhr zurück und hob abwehrend die Hand. „Ist es soweit mit Ihnen gekommen, Graf Varel!“ rief er dann. „Unseliger Mann, so verblendet Sie die Leidenschaft! Zur schändlichsten Verleumdung greifen Sie, um einen Rivalen unschädlich zu machen, der Ihrer Meinung nach allein zwischen Ihnen und dem Ziel Ihrer Wünsche steht. O, schändlich, schändlich! So sehr konnte ich mich in Ihnen täuschen!“

Nur mit Gewalt bezwang sich der heißblütige Junker. „Es ist der Vater Leonore Sophiens!“ rief er sich im stillen zu und gewann damit die Herrschaft über sich selbst zurück. „Ich bitte Sie nur um eins, Herr,“ sagte er mit einer Stimme, die zwar ruhig klang, an deren leisem Beben und heiserem Tone man aber doch die gewaltige Erregung des Sprechenden merkte, „lassen Sie mich ruhig ausreden, ich verpflichte mich hiermit, die tatsächlichen, unwiderleglichen Beweise meiner Behauptungen zur Stelle zu schaffen, falls Sie mich ungestört vorbringen lassen, was ich zu sagen habe.“

„Dann sind Sie in einem verhängnisvollen Irrtum befangen, Herr Graf,“ entgegnete jener, „aber es ist unter diesen Umständen meine Pflicht, Sie anzuhören und das Truggewebe zu zerreißen. „Sprechen Sie!“

Ludwig Günther führte darauf den Vater seiner Geliebten an den Ort, wo er in der vorvorigen Nacht die Schmuggler belauscht hatte.

Der Graf wußte die Stelle zwar nicht genau, wo der Schmuggler die Kiste mit den Schriftstücken vorgeholt hatte, jedoch er vertraute auf sein gutes Glück, ja unmittelbar auf die Hilfe der Vorsehung. Ein gewisser fatalistischer Zug war von seiner Großmutter Charlotte Sophie auf ihn übergegangen. So fühlte er denn in diesem kritischen Augenblick eine auffallende Ruhe und Zuversicht ihn überkommen; jedes Bangen war verschwunden, jeder Zweifel ausgelöscht in seiner Seele, und dieses Vorgefühl sollte ihn auch nicht getäuscht haben. Der alte Oltmann hatte noch nicht lange gegraben, da stieß er schon auf ein Brett. Er arbeitete rüstig weiter und rief nach einer Weile erfreut: „Da haben wir den Fuchsbau, Herr! Und geschickt angelegt, das muß man sagen.“ In der Tat zeigte sich den Blicken der beiden anderen Männer, die sogleich näher traten, ein sorgfältig hergestellter Verschlag von Brettern, die innen mit wasserdichtem Oelzeug überzogen waren. In diesem dann erst steckte die eichene Lade, die der Graf neulich bemerkt hatte. Oltmann hob die Kiste heraus. Bleich, die Lippen fest auf einander gepreßt, beugte sich der „Meister“ zu derselben nieder. „Sie ist verschlossen, Herr,“ bemerkte Ludwig Günther, „wir müssen sie aufsprengen.“ Jener nickte nur, und Oltmann holte die fürsorglich mitgebrachten Werkzeuge hervor, welche zur gewaltsamen Oeffnung dienen sollten. Es kostete dem trotz seines Alters noch so rüstigen Manne gewaltige Anstrengungen und viele Mühe, ehe der eichene Behälter die ihm anvertrauten Geheimnisse preisgab. Endlich sprang der Deckel mit lautem Krach auf. Der „Meister“ legte einen Moment die Hand über die Augen, dann aber murmelte er: „Es kann ja nicht möglich sein! Es darf nicht möglich sein!“ und bückte sich entschlossen nieder, um ein oben aufliegendes Paket der Schriftstücke an sich zu nehmen. Kaum hatte er aber das zweite oder dritte Blatt durchmustert, so fuhr er erschrocken zurück: „Wahrhaftig, seine Handschrift!“ Er ward jetzt aufmerksamer und las mit fieberhafter Spannung. War er schon vorher bleich gewesen, so nahm sein Antlitz alsbald eine wahre Leichenfarbe an; seine Hände zitterten, seine Kniee wankten und der Atem rang sich schwer aus seiner Brust. Mit einem Aufschrei des Schmerzes sank er schließlich neben der Kiste zu Boden, verbarg sein Antlitz in den Händen, während ein dumpfes Schluchzen, das wie das Aechzen eines Gefolterten klang, seinen Körper erschütterte. Dieser Schmerzensausbruch des Mannes, der der Vater des Mädchens war, an dem er mit jeder Faser seines Herzens hing, schnitt Ludwig Günther in die Seele. Aber er mußte sich sagen, daß jedes Trostwort hier banal klingen und wirkungslos sein würde, die Wunde mußte sich ausbluten. Die Briefschaften waren der Hand des „Meisters“ teilweis entfallen und am Boden verstreut worden; der Seewind trieb mit den einzelnen Blättern, den schwerwiegenden Dokumenten einer unsühnbaren Schuld, sein mutwilliges Spiel, bis Ludwig Günther sorgsam Blatt für Blatt aufhob. Da war u. a. der Brief eines holländischen Kaufmanns, welcher den Empfang von Waren bestätigte und eine neue Sendung bestellte. Randbemerkungen in der charakteristischen Handschrift des Schmugglerkapitäns stempelten diesen Brief zu einem unwiderleglichen Beweisstück, daß Lucifer Schmuggel und bei Gelegenheit auch Seeräuberei getrieben. Ein anderer Brief von einem Angestellten des Bundes, den dieser Dämon in Menschen-

Schlußwort, der kaum seine innere Bewegung bemeistern konnte.

Hierauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Ungarische Wertpapierfälschungen.

)(**Berlin.** **Umfangreiche Fälschungen ungarischer Vorkriegsanleihe in Paris sind in Berlin aufgedeckt worden.** Während des Holzmann-Prozesses belasteten die Rumänen Paris und Simeon Topbini, die in der Angelegenheit des Kutisker'schen Hanauer Lagers als „Führer einer rumänischen Regierungsdelegation" eine bedeutsame Rolle gespielt haben, den Angeklagten Holzmann bei ihrer Vernehmung als Zeugen. Ein in Berlin ansässiger russischer Arzt, der dem Prozeß als Zuhörer beiwohnte, teilte einem Rechtsanwalt mit, die Brüder Topbini hätten ihm andeuten lassen, daß mit ungarischer Vorkriegsanleihe, die in Frankreich fabriziert wurde, ein gewaltiges Geschäft zu machen sei. Der Anwalt teilte dies der französischen Botschaft und durch Vermittlung des Regierungsrates Bartels einem diesen bekannten Mitglied der Berliner ungarischen Gesandtschaft mit. Die ungarische Regierung entsandte darauf einen Kriminalbeamten nach Berlin, der nach den hier gewonnenen Informationen nach Paris fuhr, wo dann die französischen Kriminalbehörden zum entscheidenden Schlage gegen die Fälscher ausholten.

)(**Budapest**, 9. November. Der Pariser ungarische Gesandte Baron Koranyi äußerte dem Pariser Berichterstatter des Uffag gegenüber in der Angelegenheit der gefälschten ungarischen Anleiheobligationen, er habe in einer Besprechung mit Briand Gelegenheit gehabt, auch auf die frühere Frankenfälschungsangelegenheit sowie darauf zu verweisen, daß für solche Unannehmlichkeiten niemals die Regierung des betreffenden Landes verantwortlich sei. Baron Koranyi erklärte dem Berichterstatter weiter, daß man im Juni auf die Spur der Fälschungen gekommen sei und er in Budapest dem französischen Gesandten davon Mitteilung gemacht habe. Nach Paris zurückgekehrt, habe er das über die Angelegenheit ausgearbeitete Memorandum dem Sekretär der Reparationskommission zukommen lassen, um zu verhindern, daß die Angelegenheit gegen Ungarn ausgebeutet werden könne. Gleichzeitig habe er auch dem Vertreter der französischen Obligationsinhaber über die Angelegenheit Bericht erstattet. Außenstehende wollten an der ungarischen Gesandtschaft Erpressungen verüben, da sie keine Kenntnis davon hatten, daß die Untersuchung gerade auf Wunsch der Gesandtschaft eingeleitet wurde. Der Wiener Bankier Blumenstein hat eine ziemlich große Transaktion eingeleitet. Auch größere Banken ständen in Verbindung mit ihm. Der französische Polizeikommissar Perrier erklärte, die Schuld der beiden Brüder Tobini stehe außer Zweifel; gegen Blumenstein liege schweres Beweismaterial vor. In der Kanzlei des französischen Rechtskonsulenten der Pariser ungarischen Gesandtschaft, Maitre Brunet, wurde dem Korrespondenten die Aufklärung zuteil, daß der Austausch, die Einlösung und die Auszahlung der Wertpapiere erst am 25. Oktober ausgesetzt wurde, als nach Ungarn in großer Anzahl Koupons geschickt wurden, die die Nummern daheim noftrifizierter Papiere trugen. Die Größe des Schadens kann noch nicht genau angegeben werden, doch dürfte Ungarn um etwa zwei Millionen Franken geschädigt sein. Der Untersuchungsrichter, der von seiten des französischen Gerichts die Angelegenheit führt, erklärte, unzweifelhaft stehe man einer Hochstapelei größten Stils gegenüber. **Der Schaden dürfte sich auf etwa 30 Millionen Francs belaufen,** der jedoch nur zum Teil auf Ungarn entfalle, da sich unter den Geschädigten auch andere Nachfolgestaaten befänden. Dafür, daß auch ungarische Komplizen vorhanden wären, liege noch nicht der geringste Anhalt vor.

•

Die Verhaftung Blumensteins in Paris.

)(**Wien.** Nach Feststellungen der Polizei ist der in Paris wegen Fälschung ungarischer Wertpapiere verhaftete angebliche **Bankier Blumenstein mit dem früheren Spritzhändler Joseph Blumenstein identisch,** der seinen ständigen Wohnsitz in Wien hat.

)(**Berlin.** (Funkspruch). Der in Paris wegen Fälschung ungarischer Wertpapiere verhaftete **Bankier Blumenstein** soll ein **Vermögen von 15 Millionen Dollar** besitzen. Ein in seinem Besitz gefundener Koffer enthielt noch für 30 Millionen Francs ungarische Wertpapiere.

Hilfswerk des Sächsischen Gemeindetages für die Unwettergeschädigten.

Der Aufruf des **Vorstandes des Sächsischen Gemeindetages** zur Beteiligung der sächsischen Gemeinden an dem **Hilfswerk für die von der Unwetterkatastrophe im Gottleuba- und Müglitztal betroffenen Gemeinden** hat erfreulicherweise die Folge gehabt, daß zahlreiche Gemeinden trotz ihrer eigenen Finanznot in der empfohlenen Höhe (10 Pfg. je Kopf der Einwohnerzahl) und darüber hinaus Spenden bewilligt haben.

Seit der letzten Verteilung am 17. August bezw. 5. September d. J. stehen dem Hilfsfonds

rund 290 000 M.

zur Verfügung.

Außerdem sind als Beitrag sächsischer Gemeinden, soweit wir feststellen konnten, über **300 000 M.** (darunter von der Stadt Dresden allein 250 000 M.) an andere Stellen, zum Teil direkt an den Staatskommissar abgeführt worden. Hierzu treten

242 243,19 M.,

die sofort nach der Katastrophe bezw. später den betroffenen Gemeinden und Amtshauptmannschaften zugeführt worden sind, sodaß die Gesamtsumme der von den **sächsischen** und **außersächsischen** Gemeinden bisher aufgebrachten Spenden die Höhe von nahezu

850 000 M.

erreicht hat.

Der vom Vorstand des Sächsischen Gemeindetages für die aus Anlaß der Unwetterkatastrophe im östlichen Erzgebirge eingesetzte Verteilungsausschuß hat in seiner letzten Sitzung von den oben erwähnten, a. Kt. noch verfügbaren rund 290 000 M. eine **erneute Verteilung** vorgenommen und weitere

241 500 M.

den betroffenen Gemeinden überwiesen. Diese erneute Zuwendung ist hauptsächlich für die **Beseitigung der Schäden an den gemeindeeigenen Gebäuden, Einrichtungen usw. bestimmt,** während die früheren Zuweisungen in der Hauptsache für die privaten Geschädigten (Kleingewerbetreibende, Handwerker usw.) bestimmt waren. Die Spenden konnten so im Sinne der Geber den Stellen des dringendsten Bedarfes unverzüglich und ohne Umwege zugeführt werden.

In der Summe von rund 530 000 M. der beim Sächsischen Gemeindetag direkt eingegangenen Spenden sind etwa **160 000 M. von außersächsischen Gemeinden,** insbesondere von badischen, württembergischen, bayrischen und preußischen Gemeinden enthalten. Die Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft der deutschen Gemeinden wird dadurch i das rechte Licht gerückt.

Besonders namhafte Beträge haben außer den Städten Leipzig (100 000 M.) und Dresden (250 000 M.) die Städte Chemnitz mit 84000 M., Plauen (Vogtl.) mit 20000 M., Zwickau mit 10000 M., Meißen mit 5000 M., Zittau mit 5000 M., Freiberg mit 4000 M., Meerane (Sa.) mit 3000 M. und andere mehr gespendet.

Wie bereits erwähnt, haben sich auch die **außersächsischen Städte und Gemeinden** mit besonderem Eifer und hohen Beiträgen an dem Sammelwerk beteiligt. Besonders genannt zu werden verdienen die Städte: Berlin mit 50000 M. (unmittelbar an den Staatskommissar überwiesen), München mit 15000 M., Köln mit 14000 M., Essen mit 6000 M., Darmstadt mit 3000 M., Duisburg mit 2700 M., Hamborn mit 2500 M., Aachen mit 1500 M., Baden-Baden mit 1250 M., Teplitz (T.-Sl.) Hilfsausschuß mit 1243,19 M., Lennep mit 1200 M., M.-Gladbach mit 1100 M. Stuttgart, Mainz, Hannover mit je 10000 M. Würzburg, Elberfeld, Stettin, Frankfurt a. M. mit je 5000 M. Pforzheim, Heidelberg mit je 4000 M. Remscheid, Trier, Bochum mit je 2000 M. Crefeld, Mühlheim a. Ruhr mit je 1300 M. Hindenburg (O.-S.), Jena, Bamberg, Erlangen, Nordhausen, Rostock, Marburg a. Lahn, Coburg, Kolberg, Freiburg i. Br., Altona, Lüneburg, Wiesdorf (R.-Rh.), Bremerhaven, Bonn, Naumburg i. S. mit je 1000 M.

Besonders anzuerkennen ist, daß auch ganz kleine Landgemeinden in Württemberg und Baden ihr Scherflein zu dem Hilfswerk beigetragen haben.

Gerichtssaal.

Ein Rangierunfall bei der Reichsbahn vor Gericht. Am Abend des 13. Juni ereignete sich im Bereiche des [illegible]bahnhofes Dresden-Neustadt ein ernster Rangierunfa[illegible] aus 54 Achsen bestehender Güterzug, der auf der Ladestelle Pieschen zusammengestellt war und auf ein anderes Gleis gedrückt werden sollte, kam mit 5 Wagen zur Entgleisung. Einer dieser Güterwagen lief noch 80 Meter neben den Gleisen her und ging dann völlig in Trümmer. Ein anderer entgleister Wagen rannte gegen einen Lagerschuppen und zertrümmerte dessen Stirnseite. Der 1871 zu Glashütte geborene **Oberweichenwärter Karl Otto Hentschel,** der die Weiche nicht gestellt hatte, wurde bei dem Unfall angefahren und zur Seite gestoßen. Er zog sich außer einem Schlüsselbeinbruch auch zwei Rippenbrüche und andere Verletzungen zu. Hentschel hatte sich am Dienstag mit dem **Rangierführer Ernst Paul Spreer,** geboren 1893 zu Nauendorf bei Grimma, wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden zu verantworten. Gegen Spreer war auch noch Anklage erhoben worden wegen fahrlässiger Körperverletzung gegenüber Hentschel, der durch Nichtstellen der Weiche erst das Unglück verursachte. Um die Schuldfrage restlos zu klären, wurden zuvor die Unfallstelle und der Rangierbetrieb eingehend besichtigt. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß die Rangierung „gemütlich" durchgeführt worden sei, daß man nach eigenen Methoden und Uebungen gehandelt hatte. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie es überhaupt möglich gewesen, daß der rangierende Zug ohne vorheriges Signal zurückstoßen konnte, erklärte Hentschel unter großer Heiterkeit, man sei dabei auf „Gut Glück" gereist, es wäre auch nichts passiert, wenn er die Weiche gestellt hätte, und dazu sei er noch nicht gekommen, es sollte aber gerade geschehen, wo er bereits umgerissen wurde. Das Gericht verurteilte die Angeklagten je wegen Eisenbahntransportgefährdung (Spreer mußte als Rangierleiter auf richtige Stellung der Weiche achten), Spreer auch wegen fahrlässiger Körperverletzung und zwar letzteren zu 200 Mark, Hentschel zu 100 Mark Geldstrafe.

(R—g.)

Kombella **ausdrücklich verlangen**

und nichts anderes zu nehmen, ist ein Gebot der Klugheit, denn gegen rauhe, rote, spröde Haut und das lästige Aufspringen der Hände, wie überhaupt zur Haut- und Schönheitspflege, ist Kombella seit 20 Jahren die wirksamste, daher für Sie

die einzige Hautcreme

Tube 35, 60, 100 Pfg., dazu Kombella-Seife 60 Pfg.

Ueberall erhältlich

gestalt in ähnlicher Weise umgarnt haben mochte wie neulich nachts den armen Georg, legte sonnenklar seine geheimen Machinationen gegen das Oberhaupt der geheimen Organisation dar. Nicht minder gravierend war ein Brief von Lars Hansen, dem schurkischen Sekretär des Reichsgrafen Wilhelm, in welchem dieser von Fälschungen berichtete, die er im Auftrag Lucifers begangen, um den „Meister" zu täuschen. In cynisch-frecher Weise rühmte sich der verbrecherische Däne seiner Geschicklichkeit, auch hielt er sich für die Zukunft bestens empfohlen; denn, so wie er seinen Auftraggeber kenne, werde dies ja nicht der letzte Streich der Art sein. Der Graf versagte es sich, die übrigen Blätter einzusehen, und ordnete die Papiere stillschweigend.

Endlich erhob sich Sophiens Vater wieder von der Erde. Seine Züge waren verstört und seine Augen schienen allen Glanz verloren zu haben. Ludwig Günther zögerte, ob er dem schon so schwer Betroffenen auch noch den letzten, infamsten Streich jenes Schurken mitteilen dürfte. Aber sollte er später nochmals in der Wunde wühlen? Und war die Mitteilung, die er zu machen hatte, für den Bedauernswerten andererseits nicht auch Balsam und Trost und brachte ihm Heilung des Schmerzes, der länger als zwei Jahrzehnte in seiner Seele gebrannt und ihn unsagbar elend gemacht hatte? Freilich wußte der feinfühlige Junker kaum, wie er die wichtige Kunde möglichst rasch in Worte kleiden sollte, um dem Manne, den er trotz alles Leids, das er durch denselben erfahren, innig verehrte, Aufregung und Pein zu ersparen. Nicht eben geschickt fiel er zuletzt geradezu mit der Tür ins Haus, indem er sagte: „Noch eines, Herr! Jener Schuft, von dessen Schuld Sie sich ja nunmehr überzeugt haben, wußte seit Jahren, daß eine Person, die Sie als tot beklagen, lebt; er sah ihr Leid mit an und freute sich an dem Weh, das Sie litten. Mit einem Wort konnte er die furchtbare Last von Ihrer Seele nehmen — er tat es nicht."

„Gott im Himmel!" rief der andere, indem er den Junker mit starren, weit geöffneten Augen anblickte. „Was meinen Sie, Graf Varel?"

„Rabbi Iskafar," antwortete Ludwig Günther, „ist nicht von Ihnen erschlagen worden; er lebt noch im gegenwärtigen Augenblick auf Schloß Varel. Ich kenne ihn gut, den alten Kabbalisten."

Beide Hände abwehrend gegen den jungen Grafen erhoben, während Staunen, Schrecken und Unglauben nacheinander in seinen Zügen sich ausdrückten, so stand der „Meister" gleichsam erstarrt da; dann aber trat er auf den jungen Mann zu, faßte ihn schmerzhaft an die Schultern und blickte ihm fast drohend in die Augen:

„Sei barmherzig, Junker, wenn Du ein Mensch bist und ein menschliches Herz in der Brust trägst, täusche mich nicht durch trügerische Hoffnungen! Rabbi Iskafar, der Kabbalist lebt?"

„Rabbi Iskafar ben Josef ben Halewi lebt — lebt auf Schloß Varel, allerdings ein gelähmter, hilfloser Greis, gepflegt von seinem Diener, dem alten Mardochai."

„Wie, der alte Mardochai ist ebenfalls noch am Leben? Oh mein Gott, mein Gott! Also ist's Wahrheit, ich habe mehr als zwanzig Jahre lang Buße getan für ein Vergehen, dessen ich mich garnicht schuldig gemacht hatte! Und jener Mensch, so behaupten Sie, Graf Varel, habe gewußt, daß der jüdische Rabbi, um dessen Tod ich wehklagte, noch am Leben sei, ganz in der Nähe sich aufhalte."

„Er hat es gewußt, Sire!"

„Erzählen Sie, bitte, doch noch einmal von Anfang an, Herr Graf, und so genau wie möglich von dem Augenblick an, wo die Zigeunerin Sie zu dem nächtlichen Gange abholte. — Oltmann trägt vielleicht die Kiste voraus in seine Wohnung; wir beide folgen langsam nach. Ich brauche Dir wohl nicht erst zu empfehlen, mein Alter," wandte er sich an den grauköpfigen Schiffer, „genau Obacht zu geben, daß niemand die Truhe und ihren Inhalt auch nur berührt; ich will nachher noch einmal alles genau durchmustern."

Es geschah diesen Worten gemäß. Während der Alte mit der Kiste auf der Schulter vorausschritt, folgte Ludwig Günther mit dem Vater seiner Erwählten und berichtete dabei nochmals aufs Eingehendste von seinen Erlebnissen in jener Nacht. Ein paarmal mußte er unterwegs unwillkürlich zur Seite auf seinen Begleiter blicken. Derselbe kam ihm auf einmal noch höher und stattlicher vor als sonst; dazu schritt er so elastisch dahin; jede Bewegung zeugte von Kraft und Energie. Vor dem Häuschen angekommen, das Oltmann gehörte, verabschiedete der „Meister" den jungen Grafen, indem er sagte: „Sie haben mir zu gleicher Zeit unendlich wohl und überaus wehe getan, mir eine hoch herrliche und eine gar böse Kunde übermittelt. Ich danke Ihnen für beides, Günther von Varel. Der Sache, der ich mein ganzes Dasein geweiht, haben Sie einen unschätzbaren Dienst geleistet. Ja, ich darf den furchtbaren Gedanken garnicht ausdenken, daß jener Sohn der Nacht mein Lebenswerk in sein Gegenteil verkehrt, daß er die gewaltige Macht, die der Bund seinem Leiter gewährt, mißbraucht hätte, zur Erreichung seiner schnöden, egoistischen Zwecke. Lassen Sie mir jetzt ein paar Stunden Zeit, die Dokumente seiner Schuld des näheren zu prüfen und mit mir selber zu Rate zu gehen. Sie hören noch von mir, ehe ich Wangerooge wieder verlasse."

Dankbar gegen das Schicksal, daß soweit alles geglückt war, schritt Ludwig Günther einstweilen heimwärts. Mehrere Stunden waren verflossen, und die Sonne neigte sich bereits dem Untergange zu, da sah er den „Meister" in Begleitung des alten Oltmann auf seine Behausung zukommen. Ein paar Minuten später und die hohe Gestalt des Ersteren stand vor ihm. Bewundernd schaute er auf den Mann. So hatte er ihn erblickt an jenem Abend, da Leonore Sophie von dem braunen Hanko und seiner Bande bedroht wurde, in dieser Weise ihn im Gedächtnis behalten alle die Jahre hindurch, welche seitdem verflossen waren. Ja, das war dieselbe majestätische Haltung wie damals, ganz so hatte er den Kopf getragen, so hoch und stolz, und die blauen Königsaugen leuchteten in dem gleichen Feuer. Die ganze letzte Zeit, in welcher Kummer und Leid übermächtig geworden waren und diese große Seele unterjocht hatten, war wie weggelöscht. Völlig der Alte trat der Vater der Geliebten wieder vor ihn hin, ein Mann, der zum Gebieten und Regieren geboren war, dem die Natur selber der Herrschaft Stempel auf die Stirn gedrückt hatte. Und das war sein Werk, das hatte er bewirkt, er, Ludwig Günther von Varel. Freudig erglänzten dem Junker die Augen, und immer wieder ließ er sie bewundernd hingleiten über die hohe, herrliche Gestalt. Der „Meister" mochte die Gedanken so ungefähr erraten, welche den jungen Edelmann bewegten, und mit der alten Herzlichkeit im Ton und Wesen trat er näher auf ihn zu und sagte: „Noch einmal, Graf Varel, danke ich Ihnen von Herzensgrunde. Sie sammeln in Wahrheit feurige Kohlen auf mein Haupt. Schon einmal haben Sie mich zu Ihrem Schuldner gemacht, indem Sie mir die Tochter retteten; nun haben Sie mich selber vor einer Gefahr bewahrt, deren Umfang und Größe mir erst völlig klar geworden ist, nachdem ich die erbeuteten Schriften jenes Buben Stück für Stück durchgemustert habe. Gottlob jedoch bin ich ja jetzt in der Lage, Ihnen alles zu vergelten."

Seine sonore Stimme klang von Satz zu Satz gütiger, und aus den großen, blauen Augen brach ein warmes Licht, Ludwig Günther errötete unter diesem Blick über und über, und sein Herz begann stürmisch zu pochen in der Vorahnung eines langersehnten, großen Glücks. Mit einem gewinnenden Lächeln streckte der „Meister" ihm alsdann die Hand hin: „Schlagen Sie ein, Graf, zwischen uns beide soll sich fortan kein Mißverständnis mehr drängen. Habe ich Ihnen vordem wehe getan, so vergeben Sie dies dem verblendeten alten Manne, den jener dämonische Mensch völlig umgarnt hatte. Ich habe seinen Namen ausgelöscht im Buche meines Herzens, die bisherige Neigung zu ihm mit der letzten Wurzelfaser aus meiner Brust gerissen. Es hat weh getan, aber doch nicht so weh wie unter anderen Umständen, denn ich habe ja Ersatz. Die Lücke in meinem Dasein wird von einem besseren und würdigeren Manne ausgefüllt werden, und wenn ich den zum Tochtermann begehre, bin ich heute schon sicher, daß Leonore Sophie nicht „nein" sagt. Weißt Du, wen ich meine, Ludwig Günther?"

Er breitete die Arme aus und mit einem Jubelruf warf sich der Graf an seine Brust. Eine Weile hielt ihn der andere innig umschlungen, dann bemerkte er, sich sacht aus der Umarmung lösend:

„Laß die Früchte ruhig ausreifen, mein Sohn, Dein Glück ist Dir sicher; warte nur in Geduld noch kurze Zeit. Ehe ich die Hand meines Kindes in die Deine lege, muß ich selber wieder frei dastehen und der Bund gesäubert sein von allen Schlacken, allen unlauteren Elementen, die sich vielleicht, wer weiß schon in welchem Umfange, eingedrängt haben."

Fortsetzung folgt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Fürstenhochzeit in Italien.

In Neapel fand soeben mit großem Pomp die Trauung des Herzogs von Apulien mit der Prinzessin Anna von Frankreich statt.

Das Brautpaar, Herzog Amadeo von Apulien und Anna von Bourbon, Tochter des französischen Thronprätendenten Herzogs von Guise, beim Verlassen der Kirche auf dem Wege zum Königspalast.

Ankunft des Königs von Spanien in Neapel, rechts im Boot der italienische Kronprinz, links der Herzog von Apulien.

Die erste Literaturhistorikerin an einer reichsdeutschen Universität.

Dr. Melitta Gerhard.

Fräulein Dr. Gerhard, eine Tochter der Dichterin Adele Gerhard, hat sich als erste Privatdozentin für neuere deutsche Literaturgeschichte an der Kieler Universität habilitiert. Ihre Habilitationsschrift behandelt den „Deutschen Entwicklungsroman bis zu Goethes Wilhelm Meister", ihre Antrittsvorlesung die „Wandlung des Schillerbildes in unserer Zeit".

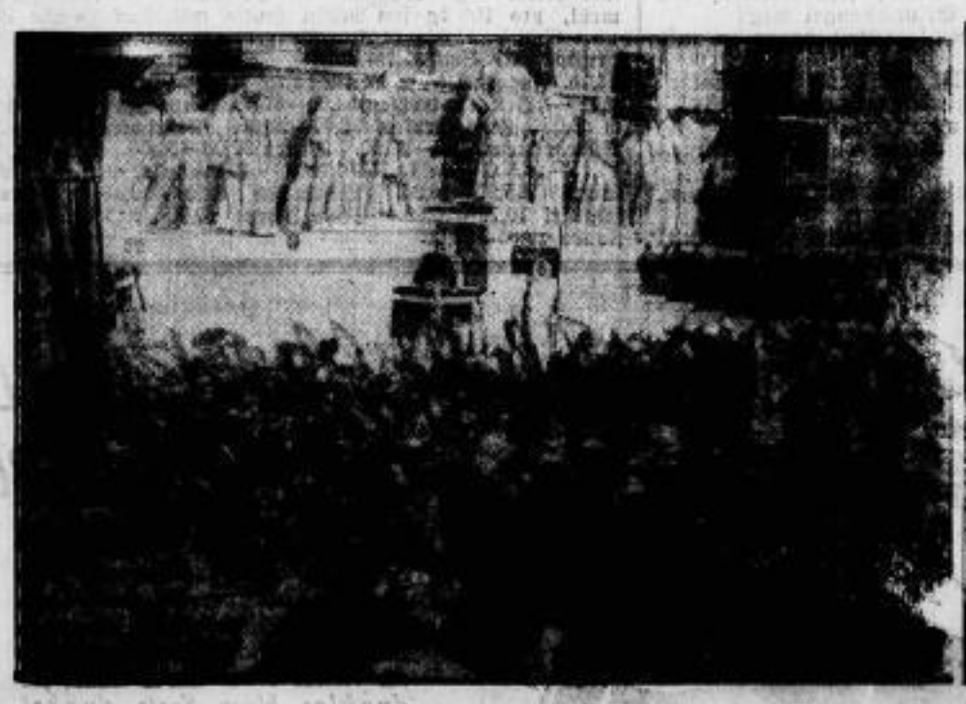
Deutschlands bedeutendster Kolonial-Dichter zum Ehrendoktor ernannt.

Hans Grimm.

Die Universität Göttingen ernannte gelegentlich der Feier des 100. Geburtstages Paul de Lagardes den Dichter Hans Grimm zum Ehrendoktor. Grimms Romane und Novellen: „Südafrikanische Novellen", „Der Gang durch den Sand", „Die Olewagen-Saga", „Der Oelsucher von Duala" und sein neuester zweibändiger Roman „Volk ohne Raum" spielen sämtlich in den deutschen Kolonien und in der Südafrikanischen Union. Buren und Deutsche mit der „niedersächsischen Ordentlichkeit im Leibe" sind prachtvoll gezeichnet, und in eindringlicher Weise erfährt man, einen wie schweren Stand die Deutschen unter Fremden haben.

Die frühere Gemahlin des Prinzen Eitel Friedrich wieder verlobt.

Die geschiedene Gattin des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, Sophie Charlotte, geborene Prinzessin von Oldenburg, hat sich in Rastede, dem in Oldenburg gelegenen Landsitz ihres Vaters, des vormaligen Großherzogs Friedrich August von Oldenburg, mit dem Rittmeister a. D. Harald von Hedemann verlobt.



Ein Nationalfeiertag in Ungarn.

Enthüllung des Kossuth-Denkmals in Budapest.

Unter Teilnahme des gesamten amtlichen Ungarn und einer nach vielen Zehntausenden zählenden Menschenmenge wurde am Sonntag das Kolossal-Denkmal des ungarischen Freiheitskämpfers Ludwig Kossuth vor dem Parlament enthüllt. Graf Apponyi sprach am Fuße des Denkmals im Namen des ungarischen Volkes.

Trauerfeier in Nikolskoe bei Potsdam.

Die Hohenzollernprinzen unter den Trauergästen, von links: Prinz Eitel Friedrich, Prinz August Wilhelm und Prinz Oskar.

Anläßlich der Ueberführung der Leiche des im Weltkriege gefallenen Prinzen Friedrich Karl von Preußen aus Frankreich nach Klein-Glienicke fand in der Peter- und Paulskirche zu Nikolskoe eine Trauerfeier statt.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse zeigte der Effektenmarkt am Mittwoch große Schwankungen. Die gestrigen Ansätze zur Besserung setzten sich anfangs nicht fort. Die ersten amtlichen Notierungen waren nicht einheitlich. Verstimmend wirkten die Nachrichten über Ausstände und Aussperrungen in der Metallindustrie und in der Textilindustrie. Dann aber wurde die Stimmung etwas günstiger, als der Abschluß der 20 Millionen Dollar-Anleihe des Norddeutschen Lloyd in Amerika bekannt wurde. Außerdem zeigten die Sätze des Geldmarktes weiterhin Neigung zum Nachgeben. Zum Schluß zeigte die Börse eine recht feste Haltung. Am Rentenmarkt notierte Ablösungsanleihe 50 Prozent, Anleihe ohne Auslosungsrecht 10,9 Prozent und Schutzgebietsanleihe 6¼ Prozent. Von den Bankaktien verloren Bank für elektrische Werte 2¾ Prozent, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank 3, Berliner Handelsanteile und Darmstädter Bank je zwei, Prozent, Kommerzbank 1½ Prozent. Bei den Montanaktien gab es zeitweilig höhere Kurssteigerungen, Harpener z. B. gewannen vorübergehend 5 Prozent. Kaliwerte lagen sehr fest. Salzdetfurth gewannen 5 Prozent, Aschersleben 1 Prozent. Von den chemischen Werten gewannen die Aktien der Farbenindustrie 2½ bis 3 Prozent. Von den Elektrowerten gewannen Unternehmungen und Poege 1½ Prozent, Akkumulatoren 2½ Prozent, Siemens 1½ Prozent. Dagegen verlor Schuckert 1½ Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert, während die Sätze für tägliches Geld auf 5 bis 7 Prozent zurückgingen. Der Satz für Monatsgeld blieb bei 8 bis 9½ Prozent.

Ravag, Rauchwarenversteigerungs-A.-G. in Leipzig. Der zweite Versteigerungstag nahm bei gutem Besuch einen anregenden Verlauf. Die Tendenz kann im allgemeinen als fest bezeichnet werden. Zickel waren weniger gefragt, so daß die Vormonatspreise der einzelnen Gewichtsklassen nicht ganz erreicht wurden. Schwere Qualitäten behaupteten letzte Notierungen. Das verhältnismäßig bedeutende Angebot in zahmem Kanin wurde flott aufgenommen. Schmelze und Leder II lagen 10 Prozent höher. Leder I und weiße Leder waren gut behauptet. Futter lagen preishaltend, mit Ausnahme von Silber- und Blaufutter, die billiger verkauft wurden. Kürschner II erzielten durchweg Oktobernotierungen. Eine lebhafte Nachfrage zeigte sich für Kürschner I. Die abgegebenen Gebote bewegten sich zum Teil 10—20 Prozent über den Vormonatspreisen. Wildkanin waren unverändert. Hasen lagen fester als zur Vorauktion. Die nächste Ravagauktion findet vom 14. bis 16. Dezember statt. Der Annahmeschluß ist der 1. Dezember.

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Gau Nordsachsen im V.M.V.V.

Riesa: „Sturm" Chemnitz errang gestern gegen den RSV. einen glücklichen 5 : 2- (4 : 1) Sieg. Trotz einem Eckenverhältnis von 10 : 3 für den RSV. ernteten die Gäste dank ihres vorzüglichen Torwarts den Sieg.

RSV. Reserve—Spvg. Coswig 5 : 0.

Döbeln: Der SC. mußte vom SV. 99 Leipzig (1b Kl.) eine 7 : 0-Niederlage einstecken.

•

Riesaer Sportverein e. V. Abteilung für Jugendpflege.

Riesaer Sportverein 1. Jun.—Döbelner Sportclub 1. Jun. 0 : 7 (0 : 3).

Unerwartet hoch verloren die Junioren mit 8 im Felde gegen die durch den Schiedsrichter (Jugendleiter März) begünstigten Döbelner. Dieses Spiel dürfte man eigentlich nicht Fußballspiel, sondern Schlammbad oder Wasserballspiel nennen. Denn in welcher Verfassung der DSC.-Platz, aber auch die RSV.er waren, ist keines Wortes wert. — Leider fehlten bei dem RSV. wieder der Jugendleiter sowie ein Spieler der Mannschaft. Kutl.

RSV. 2. Jun.—Spvg. Coswig 1. Jun. 9 : 1 (5 : 0).

Einen so hohen Sieg hatte man von den Platzbesitzern nicht im geringsten erwartet. Doch bewiesen sie wieder einmal, daß sie bei gutem Willen einen gefährlichen Gegner abgeben können. Die Mannschaft ist jetzt gut in Schwung und dürfte ihrem Verein auch weiterhin Ehre einlegen. In diesem Spiele waren sie ihrem Gegner jederzeit überlegen und gaben demselben sehr wenig Chancen zu Erfolgen. Den Ehrentreffer erzielten die Coswiger beim Stande von 7 : 0. Ka.

Vergangenen Sonntag spielte die 2. Knaben gegen die spielstarke Mühlberger 1. Knaben und gewannen verdient mit 4 : 3. Kommenden Sonntag fahren die 1. Knaben nach Döbeln und werden versuchen, den Sieg zu wiederholen. r.

•

Sächsische Feiertagsspiele.

Am Mittwoch kamen in Sachsen verschiedene Fußball- und Handballspiele zur Durchführung. In **Leipzig** standen sich im Fußballverbandsspiel VfB. Leipzig und Viktoria Leipzig gegenüber. Viktoria siegte wie erwartet mit 3:1 Toren. Der mitteldeutsche Meister VfB. Leipzig ist in diesem Jahre in so schlechter Verfassung, daß er mit ernsten Abstiegssorgen zu kämpfen hat. — In **Dresden** schlug Guts Muts Dresden im Freundschaftsspiel den Spitzenführer in der Tabelle des Gaues Nordwestsachsen, die Leipziger Sportfreunde, überlegen mit 8:3 (5:0). Mit dem gleichen Ergebnis endete das Spiel Brandenburg-Dresden gegen Radebeuler BC. zugunsten Brandenburgs, während der Sportverein Meißen 08 über Preußen Chemnitz nur knapp 4:3 erfolgreich blieb. — In **Chemnitz** trafen sich die zurzeit spielstärksten mitteldeutschen Vereine Dresdner Sport-Club und Chemnitzer BC. in einem Gesellschaftsspiel. Das Treffen endete dem Stärkeverhältnis entsprechend 4:4 unentschieden. — In einem Handballspiel Guts Muts Dresden gegen den Polizeisportverein Chemnitz, blieben die Chemnitzer knapp mit 6:5 Sieger.

•

Um den V.M.V.V.-Pokal spielen

in der ersten Zwischenrunde am Sonntag, den 20. November, in:

Sonneberg: VfB. Coburg gegen FC. 05 Zella-Mehlis.
Erfurt: Sportklub Erfurt gegen Preußen, Langensalza.
Rudolstadt: VfB. Rudolstadt gegen Fortuna, Leipzig.
Dresden: Spielvereinigung Dresden gegen VfL. Bitterfeld.
Dresdner Sport Club gegen T. und R. Weißenfels.
Dessau: Dessau 98 gegen Chemnitzer Ballspiel-Club.

Beachtenswert bei diesen Pokalspielen ist, daß Leipzig, die Fußballhochburg in Sachsen, nur noch einen einzigen Vertreter in der 1. Zwischenrunde hat. Ob der Leipziger Tabellenerste Fortuna bis zum Endspiel Teilnahme berechtigt bleibt, hängt von der Zusammensetzung der nächsten Zwischenrunde, bezw. der Vorschlußrunde ab. Sollte jedoch Guts Muts Dresden bei dem bereits am Sonntag, den 13. November vorgelegten ersten Zwischenrundenspiel zwischen Meerane 07 und Guts Muts, Dresden, das in Meerane stattfindet, Sieger bleiben, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß sich für das Endspiel der Dresdner Sport-Club und Guts Muts Dresden qualifizieren. Das Endspiel würde demnach auch in Dresden auszutragen sein.

Polizei-Sportverein „Sportlust 24" e. V., Riesa.

Sportverein Oschatz 1. Herren und Dresdner Sport-Club 1. Junioren Gäste des Polizeisportvereins.

Kommenden Sonntag 14 Uhr stehen sich im fälligen Verbandsspiel SV. Oschatz 1. und Sportlust 1. gegenüber. Die ehemaligen Erstklassigen sind Sportlusts allerstärkster Konkurrent um den Aufstieg in das Oberhaus. Ein Sieg ihrerseits dürfte Sportlust die Führung kosten. Die letzte Begegnung beider Vereine endete mit einem recht glücklichen 4 : 3-Sieg Sportlusts.

Den Auftakt zu diesem Treffen werden des

Mitteldeutschen Meisters 1. Junioren

in einem Gesellschaftsspiel gegen Sportlusts 1. Junioren geben. Die letzte Begegnung beider Mannschaften in Dresden konnten die Riesaer zu einem ehrenvollen 2 : 2 gestalten, was ihm diesmal auf eignem Platz auch gelingen sollte. F. K.

•

Herren-Handball im RSV.

Riesa: Der RSV. hatte am Sonntag erstmals 1. Klasse und zwar die spielstarke Viktoria Leipzig zu Gaste. Die Leipziger imponierten durch größte Schnelligkeit und Fangsicherheit, sodaß diese einen hohen 7 : 2-Sieg landeten. Beim RSV. konnte die Hintermannschaft einschließlich Torwart gefallen, während die Läuferreihe, besonders die Außen, die Aufbauarbeit vermissen ließen. Im Sturm war Kube die treibende Kraft, welcher auch durch 2 prächtige Würfe die beiden Treffer erzielte, aber bei seinen Nebenleuten wenig Unterstützung fand. Aus der Mannschaft ist bei fleißigem Training und Verpflichtung von guten Gegnern noch viel zu machen. Wg.

•

Der 1. Lehrgang der Deutschen Turnschule.

Die Deutsche Turnerschaft hält in der Zeit vom 28. November bis 10. Dezember zum erstenmal in der Deutschen Turnschule in Berlin einen Ausbildungslehrgang für fortgeschrittene Vorturner ab. Dieser untersteht der Leitung des neugewählten Direktors Ohnesorge aus Osnabrück. Teilnahmeberechtigt sind 30 Turner. Die Unterkunft erfolgt kostenlos im Hause der Deutschen Turnerschaft, die den Lehrgangsteilnehmern auch eine Fahrtunterstützung zuteil werden läßt. Als nächsten Lehrgang plant die D. T. einen solchen für Leiter von Kinder-Abteilungen im Anfang des nächsten Jahres.

•

Das Ergebnis des Berliner Sechs-Tage-Rennens.

Berlin. Das 19. Berliner Sechs-Tage-Rennen wurde heute um 23 Uhr beendet. Als Sieger ging die belgisch-holländische Mannschaft Dewolf-van Kempen hervor. Der Holländer van Kempen sicherte seiner Mannschaft in den Wertungsspurts der letzten Stunden einen überlegenen Sieg.

Das Ergebnis ist folgendes:

1. van Kempen-Dewolf 544 Punkte.
2. Tietz-Thollembeek 422 Punkte.
3. Ehmer-Kroschel 389 Punkte.

Zurückgelegt wurden 3701 km.

•

Zehn Gebote für Schiedsrichter.

Eine schweizerische Sportzeitung veröffentlicht folgende 10 Gebote für Schiedsrichter, die in allen ihren Punkten so treffend sind, daß wir sie den deutschen „Pfeifenmännern" nicht vorenthalten möchten.

1. Sei pünktlich, präzis wie deine Uhren, deren du mehrere haben mußt!
2. Wähle die rechte Kleidung. Erscheine weder als „Spieler" noch als Zivilist!
3. In der Saison trainiere zweimal in der Woche!
4. Iß wenig vor dem Spiel. Meide Flüssigkeiten, vor allem Alkohol und lege den Glimmstengel weg!
5. Sei erst theoretisch vollkommen sattelfest, bevor du aufs Feld gehst!
6. Doch halte dann ständige Uebung durch alle Sorten von Spielen — auch als Linienrichter für das Beste!
7. Vergiß nicht, daß du immer noch lernen kannst!
8. Laß von Zeit zu Zeit deine Augen durch Spezialisten prüfen!
9. Sei kein Tyrann, keine Primadonna, kein Waschlappen, sondern ein — Mann!
10. Halte dich rein, auf daß du das Spiel reinhalten kannst!

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 7. November 1927 zu Dresden.

Preise für 50 kg in Mark.

Schlachtviehgattung und Wertklassen	Lebend- Gewicht	Schlach- Gewicht
Rinder: A. Ochsen (Auftrieb 3 Stück):	Geschäft belanglos, daher ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt.	
1. Vollfl., ausgemästete, höchsten Schlachtw. 1. junge		
2. 2. ältere		
2. sonstige vollfleischige . . . . . 1. junge		
2. ältere		
3. fleischige		
4. Gering genährte		
B. Bullen (Auftrieb 5 Stück):		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete		
3. fleischige		
4. gering genährte		
C. Kühe (Auftrieb 6 Stück):		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete		
3. fleischige		
4. gering genährte		
5. Holsteiner Weiderinder		
D. Färsen (Kalbinnen) (Auftrieb — Stück):		
1. vollfleisch., ausgemästete höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige		
E. Fresser (Auftrieb — Stück):		
mäßig genährtes Jungvieh		
Kälber (Auftrieb 798 Stück):		
1. Doppellender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	80—86	132
3. mittlere Mast- und Saugkälber	70—77	123
4. geringe Kälber	62—68	120
5. geringste Kälber	—	—
Schafe (Auftrieb 99 Stück):	belanglos	
1. beste Mastlämmer und jüngere Masthammel:		
1. Weidemast		
2. Stallmast		
2. mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gutgenährte Schafe		
3. fleischiges Schafvieh		
4. geringgenährte Schafe und Lämmer		
Schweine (Auftrieb 563 Stück):		
1. Fettschweine über 300 Pfd.	69—70	87
2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd.	66—68	86
3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pfd.	64—65	86
4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pfd.	60—63	85
5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pfd.	55—58	81
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.	—	—
7. Sauen	—	—

Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Ueberstand: 15 Rinder, davon 3 Ochsen, 3 Bullen, 9 Kühe, außerdem 72 Schafe und 2 Schweine. Geschäftsgang: Alles langsam.

Marktberichte.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 9. November. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen,** märkischer 239—242, pomm. —. **Roggen,** märkischer 233—237, märkischer, neu —, pomm. —. **Gerste,** Sommergerste 220—263, neue Wintergerste —. **Hafer,** märkischer 197—208, schlesisch. —. **Mais,** loco Berlin —, Waggon frei Hamburg 193—194. **Weizenmehl,** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 31,00—34,25. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 31,75—33,35. **Weizenkleie,** fr. Berlin 14,50 b. 14,75. **Roggenkleie,** fr. Berlin 14,75—15,00. **Raps** 335—345. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 52,00—57,00, **kleine Speise-Erbsen** 32,00 b. 36,00. **Futtererbsen** 22,00—24,00. **Peluschken** 21,00—22,00. **Ackerbohnen** 22,00—23,00. **Wicken** 22,00—24,00. **Lupinen,** blaue 13,75—14,50, gelbe 14,75—15,50. **Serradella,** neu —. **Rapskuchen** 15,90—16,20. **Leinkuchen** 22,20—22,40. **Trockenschnitzel** 10,70—10,80. **Soja-Schrot** 20,00—20,30. **Kartoffelflocken** 22,85—23,00.

Drucksachen

für den geschäftlichen Verkehr liefert in modernster, saubersten Ausführung die besteingerichtete

Tageblatt-Druckerei

Riesa, Goethestraße 59.

Herren-Wintermantel wie neu, f. mittlere Statur passend, dunkelbraun, und 20 St. Kanarienweibchen verkauft billig Ang. Nische, Neuweida Finkenberg 13.

Dünger zu kaufen gesucht. Gärtnerei Korf, Telef. 25.

Bettst. m. Matratze 2 Polstersessel, Spiegel billig zu verkaufen Hauptstraße 68, 1. (Durchgang).

Gut erh. Grundofen zu kaufen gesucht. Off. unt. P 788a a. d. Tagebl. Riesa.

Junger Mann sucht **Schlafstelle** in Riesa per 15. 11. oder 1. 12., evtl. eigenes Bett u. Wäsche. Off. unt. S 786 an das Tageblatt Riesa.

Damen u. Herren die im Verkauf an Privatkundsch. Erfahrg. haben, z. Vertrieb bekannt. Markenartikel ges. Bei Eignung nach kurzer Einarbeitung feste Anstellung. Ang. erb. an Dr. Berthold Hoffmann, Leipzig-Zwenaundorf 96.

Lohnender Verdienst durch Einrichtung eines **Restergeschäftes.** Laden nicht nötig. Für Waren 200—600 Mk. erforderl. Off. u. D. C. 7985 beförd. Rudolf Mosse, Dresden.

Reparatur-Schlosser 27 J. alt, sucht Stellung, gl. w. Art. Werte Offert. erbeten unter O 782 an das Tageblatt Riesa.

Ob Sie blond sind oder dunkel

davon hängt ab, welche besonderen Stoffe Ihr Haar zu seiner Pflege bedarf. Eine „persönliche" Haarpflege ermöglicht Ihnen das neue Schwarzkopf-Schaumpon-Extra: für helles Haar Sorte hell, für dunkles Haar Sorte dunkel. Als Beilage enthält jeder Beutel eine Probe Trocken-Schaumpon, der Haarwäsche ohne Wasser!

7 Tage schönes Haar für 30 Pf.

Schwarzkopf-Schaumpon-Extra

Sorte „hell" für helles Haar **mit Dauer-Parfüm** Sorte „dunkel" für dunkles Haar

Die übrigen Sorten „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf" nach wie vor 20 Pfennig.